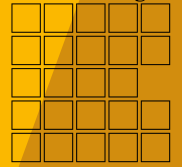


GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

Stadt Erlangen



**NACHHALTIGKEITSBERICHT DER STADT ERLANGEN
2020**

GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

NACHHALTIGKEITSBERICHT DER STADT ERLANGEN
2020

IMPRESSUM

Herausgeber

STADT ERLANGEN
Amt für Umweltschutz und Energiefragen
Frau Dipl.-Ing. (FH) Verena Fiedler (Projektverantwortliche)
Schuhstr. 40
91052 Erlangen
Fon +49 (0)9131 86-2873
Fax +49 (0)9131 86-2956
verena.fiedler@stadt.erlangen.de
www.erlangen.de

Konzeption, Gesamtdredaktion und wissenschaftliche Begleitung

Institut für Nachhaltigkeit, Nürnberg
Frau Dr. Dina Barbian
info@nachhaltigkeit2050.de
www.nachhaltigkeit2050.de

Visuelle Konzeption, Gestaltung

grafikbuero x, Nürnberg
www.grafikbuero-x.de

Druck Druckhaus Haspel Erlangen e.K.
100 % Recyclingpapier

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Stand November 2020

INHALT

<u>Vorwort</u>	<u>7</u>
<u>1. Warum ein SDG-Bericht?</u>	<u>9</u>
<u>2. Wir und die SDGs</u>	<u>11</u>
<u>3. Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt</u>	<u>13</u>
<u>4. Erlangen als Klimanotstand-Stadt</u>	<u>16</u>
<u>5. Nachhaltigkeitsprojekte und -initiativen in unserer Stadt</u>	<u>18</u>
<u>6. Unsere Stadt und die 17 Nachhaltigkeitsziele</u>	<u>19</u>
6.1 Menschen in unserer Stadt	20
6.1.1 Keine Armut (SDG 1)	20
6.1.2 Kein Hunger (SDG 2)	24
6.1.3 Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3)	28
6.1.4 Hochwertige Bildung (SDG 4)	32
6.1.5 Geschlechtergleichheit (SDG 5)	38
6.2 Zustand unserer Umwelt	42
6.2.1 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen (SDG 6)	42
6.2.2 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12)	46
6.2.3 Leben unter Wasser (SDG 14)	50
6.2.4 Leben an Land (SDG 15)	52
6.3 Wohlstand und Lebensstandard	56
6.3.1 Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)	56
6.3.2 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8)	62
6.3.3 Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)	66
6.3.4 Weniger Ungleichheiten (SDG 10)	70
6.3.5 Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)	74

6.3.6 Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)	84
6.4 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16)	90
6.5 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele (SDG 17)	96
<u>7. Was wollen wir bis 2030 erreichen?</u>	<u>102</u>
ANHANG 1 ___ Musterresolution	104
ANHANG 2 ___ Ziele und Indikatoren der Stadt Erlangen	108
ANHANG 3 ___ Abschließende Zusammenfassung	120
ANHANG 4 ___ Steckbriefe (aus dem Bericht „SDG-Indikatoren für Kommunen“)	125
SDG 1 ___ Keine Armut	125
SDG 2 ___ Kein Hunger	126
SDG 3 ___ Gesundheit und Wohlergehen	127
SDG 4 ___ Hochwertige Bildung	129
SDG 5 ___ Geschlechtergleichstellung	130
SDG 6 ___ Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	133
SDG 7 ___ Bezahlbare und saubere Energie	134
SDG 8 ___ Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	135
SDG 9 ___ Industrie, Innovation und Infrastruktur	138
SDG 10 ___ Weniger Ungleichheiten	140
SDG 11 ___ Nachhaltige Städte und Gemeinden	143
SDG 12 ___ Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	147
SDG 13 ___ Maßnahmen zum Klimaschutz	149
SDG 14 ___ Leben unter Wasser	150
SDG 15 ___ Leben an Land	150
SDG 16 ___ Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	151
SDG 17 ___ Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	153

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Als erste bayerische Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen hat und als Fairtrade-Stadt ist es uns ein großes Anliegen, die Agenda 2030 mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen umzusetzen. Unser erster Nachhaltigkeitsbericht widmet sich diesen 17 Zielen, die auch unter SDGs (Sustainable Development Goals) bekannt sind. Die fünf Kernaussagen der Agenda 2030 sind Mensch, Umwelt, Wohlstand, Frieden und Partnerschaften. Diese spiegeln sich in den Hauptkapiteln dieses SDG-Berichts wider. Alle Aktivitäten und Ergebnisse unserer Stadtentwicklungspolitik sind für die Jahre 2016 bis 2018 aufgezeigt.

Bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele kommt den Städten und Gemeinden eine besondere Rolle zu, denn dort wo die Menschen leben, arbeiten und wohnen, sind auch die Herausforderungen wie bezahlbarer Wohnraum, (Geschlechter-)Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen für alle zu meistern. Gerade beim Klimawandel und dem Artensterben müssen wir uns als Weltbürger*innen sehen, denn diese Themen sind globaler Natur.

Wir freuen uns sehr, dass bisher viele Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Vereinen, Naturschutzorganisationen sowie Bürger*innen bei den Nachhaltigkeitstagen „Deine Stadt und Du“ mitgemacht haben und im neuen Nachhaltigkeitsbeirat der Stadt Erlangen aktiv sind.

Die Erstellung dieses ersten Berichts zur Erhebung relevanter Nachhaltigkeitsdaten war aufgrund der vielen verschiedenen statistischen Daten eine Herausforderung, jedoch steht der damit verbundene Nutzen für uns im Vordergrund. Daher wollen wir kontinuierlich an der Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele arbeiten und bedanken uns an dieser Stelle bei allen Mitarbeiter*innen aus den unterschiedlichen Ämtern, die an diesem Bericht beteiligt waren.

Liebe Leserinnen und Leser, machen Sie mit, Erlangen zu einer lebenswerten Stadt für heutige und zukünftige Generationen zu machen!



Ihr Dr. Florian Janik

Oberbürgermeister
der Stadt Erlangen



Ihr Reiner Lennemann

Amtsleiter, Amt für Umweltschutz
und Energiefragen

1. WARUM EIN SDG-BERICHT?

Die Sustainable Development Goals – auch SDGs, 17 Nachhaltigkeitsziele oder Agenda 2030 (Abb. 1) – wurden im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York verabschiedet. 193 Länder haben unterzeichnet und sich damit zur Umsetzung der Agenda bis 2030 bekannt. Diese Ziele skizzieren einen Zukunftsplan für die ganze Welt, um Armut und Hunger zu reduzieren, Gesundheit zu verbessern, Gleichberechtigung zu ermöglichen, den Planeten zu schützen und weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahrt werden. Die SDGs gelten für alle Staaten dieser Welt, für Entwicklungsländer, Schwellenländer und Industriestaaten. Die 17 Ziele berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft. In den Zielen sind ebenfalls fünf Kernbotschaften enthalten: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft.

Jedes Ziel besteht aus einer Vielzahl an Unterindikatoren. Insgesamt haben die Vereinten Nationen 169 Unterziele definiert und die Länder beauftragt, diese in ihren nationalen Plänen zu verankern. Dabei kommt gerade den Kommunen eine wichtige Bedeutung zu, denn dort entscheidet sich konkret, welche Maßnahmen und Strategien umgesetzt werden können, um bspw. dem Klimawandel entgegen zu wirken. Das Ziel Nr. 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ widmet sich insbesondere den Kommunen, aber auch alle anderen Nachhaltigkeitsziele haben eine kommunale Relevanz.

Die Bertelsmann Stiftung hat gemeinsam mit vielen Partnern (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsches Institut für Urbanistik, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Engagement Global) im Jahr 2017 die Studie „SDG-Indikatoren für Kommunen“¹ herausgebracht, um die 17 Ziele in deutschen Städten umzusetzen². Dabei wurden Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals identifiziert und bereitgestellt. Die SDG-Indikatoren sollen für alle Städte, Kreise und Gemeinden in Deutschland geeignet sein und von den Kommunen für ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement verwendet werden.

¹ Assmann, D.; Honold, J.; Grabow, B.; Roose, J. (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen (Hrsg.: Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global), Gütersloh.

² Die Bereitstellung von Daten erfolgt durch die Bertelsmann Stiftung über die beiden Internet-Portale www.wegweiser-kommune.de und www.sdg-portal.de.



Abb. 1 Die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)
Quelle: Engagement Global gGmbH

Auch die Stadt Erlangen hat sich zum Ziel gesetzt, die Agenda 2030 umzusetzen. Zusammen mit weiteren 149 von mehr als 11.000 Kommunen in Deutschland gehört Erlangen mit zu den ersten Zeichnungskommunen in Deutschland³ (Club der Agenda-2030-Kommunen). Die Wichtigkeit der Umsetzung in der Stadt Erlangen zeigt sich auch durch eine im Jahr 2018 dazu eigens eingerichtete und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Stelle. Damit sollen die SDGs in der Erlanger Stadtgesellschaft und der Verwaltung besser bekannt gemacht werden. Aus diesem Grund hat die Stadt im Mai 2019 die Musterresolution zur „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (Anhang 1) unterzeichnet. Es wurde ebenfalls beschlossen, eine Dachstrategie zu entwickeln, unter der alle Maßnahmen zum Thema Nachhaltigkeit gebündelt werden.

Wir nehmen diese Verantwortung gegenüber unserer Umwelt und zukünftigen Generationen ernst und haben uns daher entschieden, für die Jahre 2016 bis 2018 einen SDG-Bericht, den ersten Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Erlangen, zu erstellen.

Dieser Bericht soll verschiedene Zwecke erfüllen. In erster Linie soll der Stadtrat eine Grundlage über den Stand der Umsetzung der 17 Ziele in der Stadt Erlangen erhalten, um daraus zukünftige relevante energie- und klimapolitische Entscheidungen zu treffen. Der neu gegründete Nachhaltigkeitsbeirat erhält mit diesem Bericht eine umfassende Informationsbasis über die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in Erlangen und kann als wichtiges Organ zwischen der Bevölkerung und den städtischen Ämtern ebenfalls Vorschläge für einen Nachhaltigkeitsdiskurs ableiten. Schließlich dient der Report als generelle Informationsgrundlage für die Erlanger Bevölkerung.

2. WIR UND DIE SDGS

Der hier vorliegende SDG-Bericht orientiert sich an den SDG-Indikatoren für Kommunen laut Bertelsmann Stiftung. Diese hat aus den für alle Länder geltenden 169 Unterzielen insgesamt 126 Indikatoren identifiziert, die eine Relevanz für Kommunen haben. Die Stadt Erlangen hat daraus 77 Unterziele ausgewählt. In diesem Bericht sind insgesamt 72 Unterziele erfasst, davon wurden drei Indikatoren (Wärme- und Stromverbrauch der städtischen Gebäude und Einrichtungen, geförderter Wohnungsbau) neu hinzugefügt.

In Anhang 2 sind alle 72 Indikatoren tabellarisch mit einer Erläuterung zur Aussage und Berechnung aufgelistet. In Anhang 3 sind insgesamt 80 Indikatoren mit einer Farbskala bewertet und aufgelistet⁴. Die Skala ist nach einer Ampel mit den Farben rot bis grün gestaltet und zeigt den Stand der Umsetzung der Indikatoren in Erlangen im Vergleich zu ganz Deutschland⁵.

Am Ende dieses Berichts (Anhang 4) sind die Steckbriefe der Kernindikatoren – wie sie die Bertelsmann Stiftung in ihrem Bericht „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ausweist – aufgelistet. Hier ist zu beachten, dass (noch) nicht alle Indikatoren als Steckbrief zur Verfügung stehen.

Bei der Gliederung dieses SDG-Berichts orientieren wir uns an den 5 Kernbotschaften bzw. 5 P's (People, Planet, Prosperity, Peace, Partnerships). Innerhalb dieser fünf Kernbotschaften sortieren wir die einzelnen SDGs wie folgt ein:

1. MENSCHEN IN UNSERER STADT



³ Eine Deutschlandkarte mit allen bisher teilnehmenden Städte, Kreise und Gemeinden, die die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion bisher unterzeichnet haben, ist zu finden unter: <https://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html>. Diese Liste wird fortlaufend ergänzt.

⁴ Die Zahl 80 ergibt sich aus den 69 Indikatoren vom Katalog der Bertelsmann Stiftung, den drei neu hinzugekommenen und den 8 Unterzielen, für die es noch keine Daten für Erlangen gibt.

⁵ Bewertung laut Wegweiser Kommune (<https://www.wegweiser-kommune.de/>): Statistiken zu „Nachhaltigkeit / SDGs“, Stadt Erlangen (abgerufen am: 30.05.2020).

2. ZUSTAND UNSERER UMWELT

3. WOHLSTAND UND LEBENSSTANDARD

4. FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

5. PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

Die Bürger*innen unserer Stadt stehen im Mittelpunkt, daher widmet sich Kapitel 3 speziell der Stadtbevölkerung. Als erste Stadt in Bayern hat Erlangen den Klimanotstand ausgerufen (Kapitel 4). Kapitel 5 zeigt alle Nachhaltigkeitsprojekte und -initiativen in unserer Stadt auf. Schließlich werden dann in Kapitel 6 die 17 Ziele mit allen Unterindikatoren in einem umfangreichen Nachhaltigkeitsmonitoring tabellarisch für die Jahre 2016 bis 2018 erfasst und erläutert. In der Tabelle ist auch die Veränderung des Indikators in absoluten und relativen Zahlen für den Berichtszeitraum angegeben. Dort wo die relative Veränderung zwischen minus und plus einem Prozent ($\pm 1\%$) schwankt, gehen wir aufgrund der statistischen Ungenauigkeit von keiner Veränderung aus, d. h. der Indikator hat sich weder verbessert noch verschlechtert.

Die jeweiligen Abschnitte beginnen mit einer Erläuterung des SDGs und der Nennung der Unterindikatoren mit Ausweisung der jeweiligen Werte für die Stadt Erlangen. Außerdem sind Beispiele für städtische Aktivitäten mit einem Bezug zum Nachhaltigkeitsziel erwähnt. Der Bericht schließt in Kapitel 7 mit einem kurzen Ausblick.

3. BÜRGERINNEN UND BÜRGER IM MITTELPUNKT

Wie die Entwicklung der Hauptwohnbevölkerung zeigt (Abb. 2), ist Erlangen als Wohnort sehr attraktiv. Seit 20 Jahren ist ein kontinuierlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen. Während die Einwohnerzahl in den Jahren bis zur Jahrtausendwende stagnierte, ist in den Folgejahren ein stetiger Anstieg zu beobachten. Allein in den Jahren zwischen 2000 und 2018 stieg diese Zahl um beinahe 14 Prozent auf 113.752 Personen an. Dabei ist das Geschlechterverhältnis innerhalb der Erlanger Bevölkerung sehr ausgewogen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung stieg von 13,3 Prozent im Jahr 2000 auf 19,3 Prozent im Jahr 2018.

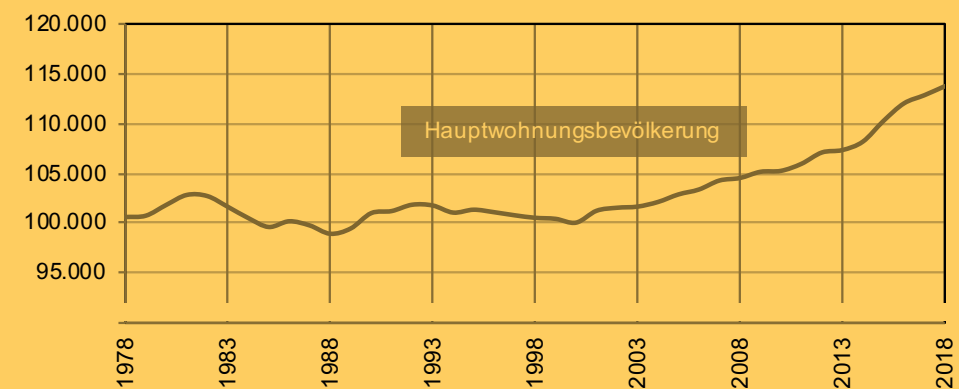


Abb. 2 Entwicklung der Hauptwohnbevölkerung zwischen 1978 und 2018
Quelle: Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

Hinsichtlich der Alterszusammensetzung macht sich Erlangens Charakter als Studentenstadt bemerkbar. Der sogenannte „Studentenbauch“, ein Zuwachs der Bevölkerung im Alter von 18 Jahren bei gleichzeitiger Abnahme der Bevölkerungszahlen in einem Alter ab 27 Jahren, ist deutlich ausgeprägt (Abb. 3).

Der stetige Anstieg ist zum einen auf natürliche Bevölkerungsbewegungen zurückzuführen. Dieser Faktor bildet die Differenz zwischen den Lebendgeborenen und den Verstorbenen innerhalb eines Jahres ab. Zwischen den Jahren 2000 und 2018 verzeichnet Erlangen im Durchschnitt 1.024 Geburten und 973 Sterbefälle. In diesem Zeitraum war also ein Geburtenüberschuss von ca. 50 Personen pro Jahr zu verzeichnen.

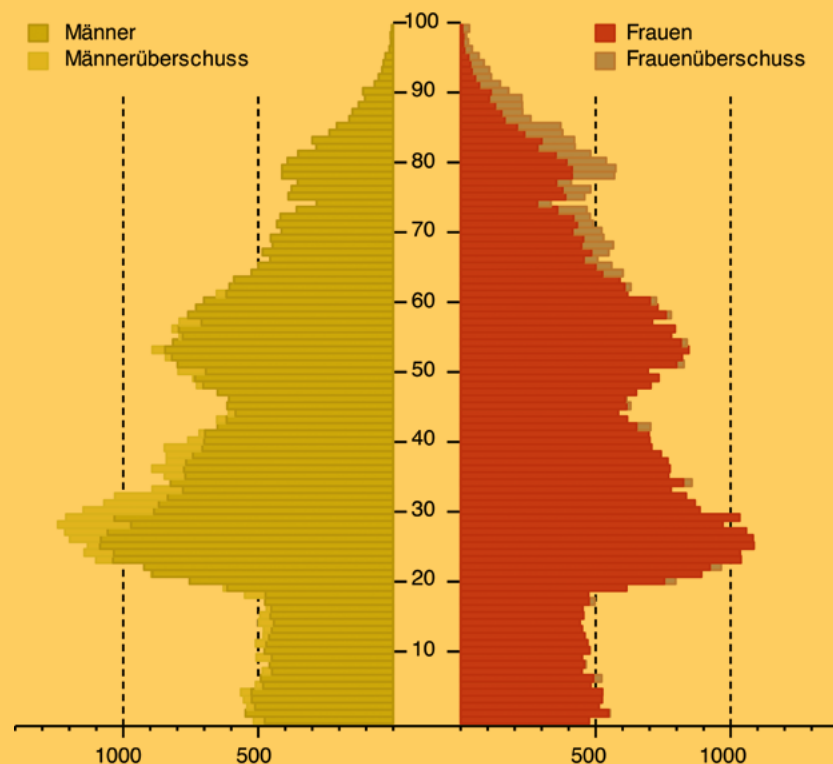


Abb. 3 Hauptwohnbevölkerung der Stadt Erlangen nach Altersjahren zum 31.12.2018
Quelle: Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

Zum anderen kann das Bevölkerungswachstum der Stadt Erlangen durch den Wanderungssaldo beschrieben werden. Dieser bezeichnet die Bilanz der Zu- und Wegzüge innerhalb eines Jahres (Abb. 4). In den Jahren zwischen 2000 und 2018 lag der durchschnittliche Wanderungsüberschuss bei ungefähr 600 Personen pro Jahr. Der größte Teil des Bevölkerungszuwachses ab dem Jahr 2001 resultiert daraus, dass der Zuzug nach Erlangen gegenüber dem Wegzug deutlich überwog.

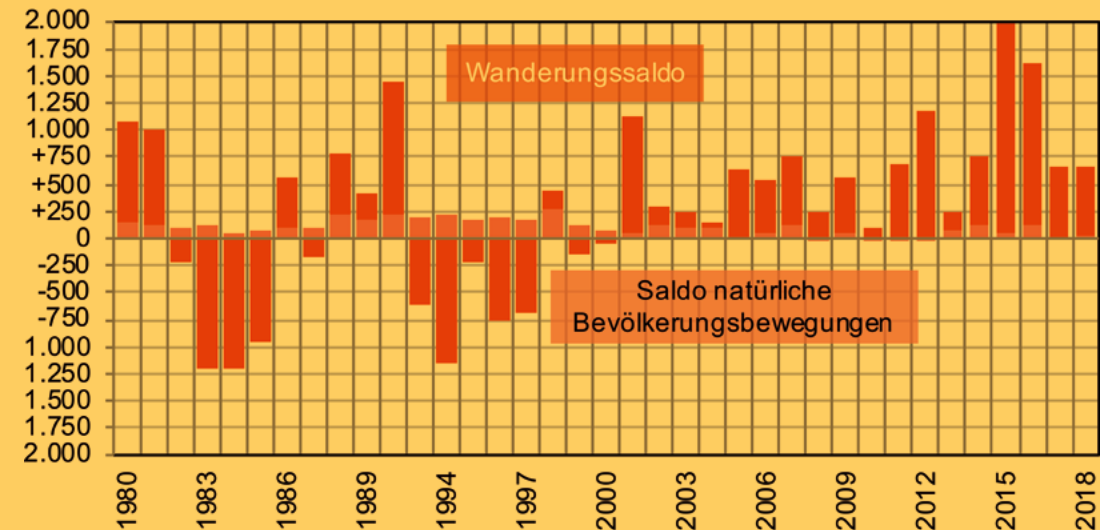


Abb. 4 Zu- und Wegzüge zwischen 1980 und 2018
Quelle: Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

In Abbildung 5 ist der Verlauf von Jugend- und Altenquotient sowie der Greying-Index abgebildet. Der Jugendquotient ist das Verhältnis von Menschen, die das „erwerbsfähige“ Alter noch nicht erreicht haben, zu Menschen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Der Altenquotient ist das Verhältnis von Menschen, die das „erwerbsfähige“ Alter überschritten haben, zu Menschen im erwerbsfähigen Alter. (Unter „Erwerbsfähigen“ werden hier die 15- bis unter 65-Jährigen verstanden.) In Erlangen blieben sowohl der Alten- als auch der Jugendquotient über die letzten Jahre weitgehend konstant, während der Greying-Index stark zunahm. Letzterer bildet die Zahl der Menschen ab 80 Jahren bezogen auf 100 Menschen im Alter von 60 bis unter 80 Jahre ab.

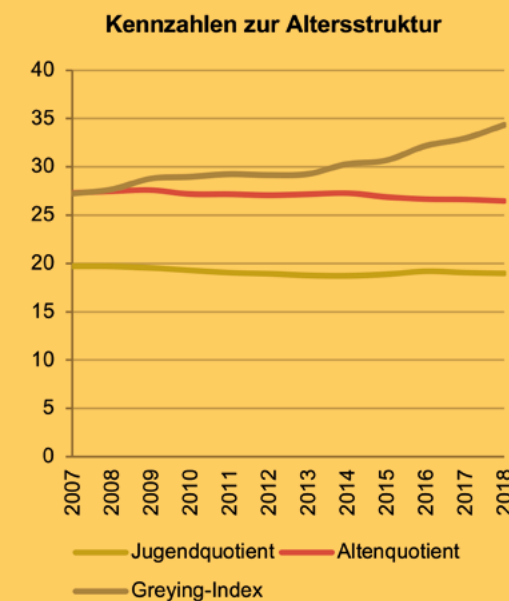


Abb. 5 Kennzahlen zur Altersstruktur
Quelle: Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

4. ERLANGEN ALS KLIMANOTSTAND-STADT

Erlangen hat am 29. Mai 2019 mit einem Stadtratsbeschluss den Klimanotstand erklärt. Ausgangspunkt war ein Antrag von „Fridays for Future“, der in einer Bürgerversammlung mit großer Mehrheit angenommen wurde. In den vergangenen Jahren wurde bereits viel für den Klimaschutz in Erlangen erreicht, jedoch wollen wir noch mehr Maßnahmen für einen konsequenten Schutz unseres Klimas umsetzen. Wo immer möglich, sollen Maßnahmen bevorzugt werden, die den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

In Erlangen ist eine der Konsequenzen aus dem erklärten Klimanotstand die massive Aufstockung des Förderprogramms für CO₂-mindernde Maßnahmen an Gebäuden. Es werden nicht nur wesentlich mehr Maßnahmen zur Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energie gefördert, auch der Kreis der Zuwendungsberechtigten wurde deutlich ausgeweitet. Damit die Fördermittel nicht zu schnell ausgegeben sind, wurden die Haushaltsmittel mehr als verdoppelt. Gefördert werden Maßnahmen an der Gebäudehülle wie Dämmung der Fassade, des Daches und der Kellerdecke. Bei der Kombination mehrerer Maßnahmen, werden zusätzlich Boni gewährt. Zum Kreis der Zuwendungsberechtigten zählen nun neben Eigentümer*innen von Wohngebäuden auch gemeinnützige Vereine und Stiftungen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit eigenen Immobilien. Auch Eigentümer*innen von Wohnungen oder Mieter*innen können von Zuschüssen für Balkon-Photovoltaikanlagen profitieren. Die städtische Förderung ist kombinierbar mit den Förderprogrammen des Bundes und des Landes.

Derzeit prüft die Verwaltung der Stadt, wie mehr Parkplätze in Fahrradstellplätze umgewandelt werden können. Mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWO-BAU soll eine Vereinbarung zu Klimaschutzmaßnahmen des städtischen Wohnungsbauunternehmens vorbereitet werden. Weiterhin geht es um eine Intensivierung der Anstrengungen um einen Klimaschutz bei Dienstreisen, Druckaufträgen und anderen Beschaffungsmaßnahmen. Außerdem soll der Anteil an vegetarischen Gerichten in Schulen und städtischen Kindertagesstätten erhöht werden.

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 hat zum Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Hier haben alle Städte eine besondere Verantwortung, weil konkrete Maßnahmen nur vor Ort umgesetzt werden können. Wir, als Stadt Erlangen, haben daher eine externe Studie in Auftrag gegeben, um abschätzen zu können, was die Erreichung des 1,5 Grad-Ziels für die Stadt Erlangen bei den Unternehmen, Forschungseinrichtungen, bei Infrastruktur und für die Bürger*innen konkret bedeutet. Die Studie soll aufzeigen, bis wann die CO₂-Neutralität erreicht sein muss, um die 1,5 Grad Erwärmung nicht zu überschreiten, und welche Maßnahmen in Erlangen notwendig sind, um die nötige Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen.

Nicht erst seit den Forderungen der Fridays-for-Future-Bewegung hat sich Erlangen im Klima- und Umweltschutz eine sehr gute Position erarbeitet. Dies zeigt sich durch die im Jahr 2014 entwickelte Energieeffizienzstrategie zur Erreichung der Klimaneutralität Erlangens im Bereich Wohn- und Nichtwohngebäude bis zum Jahr 2050 erstellt, aber auch durch das im Jahr 2016 verfasste „Integrierte Klimaschutzkonzept“ (IKSK) (Abschnitt 6.3.6). So soll unter anderem der Strombedarf bis zum Jahr 2030 jeweils zur Hälfte mit Hilfe hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) sowie auf Basis regenerativer Energien erzeugt werden. Gemeinsam mit den Erlanger Bürger*innen wurde ein Maßnahmenplan entwickelt, um das Klima zu schützen und die Energiewende voranzubringen. Das IKSK dient als kommunale Entscheidungshilfe, verknüpft technische Lösungen mit sozialen Fragestellungen und bietet einen Ausgangspunkt für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit. Der komplette Prozess der Konzepterstellung wird durch eine intensive Akteursbeteiligung begleitet. Dies bedeutet, dass die Erlanger Bevölkerung, Vereine, Initiativen, Vertreter*innen aus Wirtschaft und Forschung eingeladen sind, zusammen mit der Verwaltung Maßnahmen und Handlungsschritte zu erarbeiten. Ein wichtiger Partner sind die Erlanger Stadtwerke (ESTW).

LEBEN
AN LAND



5. NACHHALTIGKEITSPROJEKTE UND -INITIATIVEN IN UNSERER STADT

Die Stadt Erlangen hat diverse Aktionen und Projekte mit einem Bezug zu Nachhaltigkeit zu bieten.

Jährlich finden die Nachhaltigkeitstage „Deine Stadt und du“ unter dem Motto „Mitmachen, Experimentieren, Ausprobieren“ statt. Hier werden Alternativen zum konsumorientierten „Immer mehr“ geboten. Die Aktionstage zeigen, was jeder tun kann, um nachhaltig, fair und gesund zu leben.

Ein weiteres Projekt im Rahmen der Nachhaltigkeitstage ist das „Mitmachhaus“ mit mehr als 50 Vereinen, Initiativen, städtische und staatliche Ämter, die Erlanger Stadtwerke und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Das „nachhaltige Mitmachhaus“ bietet allen Interessierten in einer visuell gestalteten Wohnung mit Küche und Garten viel Wissenswertes zum Thema nachhaltige Lebensweise. Regenerative Energien, Elektromobilität, Trinkwasserschutz, energieeffiziente Haustechnik, Küchenhygiene, Lebensmittelsicherheit, Sportangebote, Tauschbörsen, regionale Produkte und Leckereien aus dem interkulturellen Gemeinschaftsgarten gehören unter anderem zum reichhaltigen Programm.

Die Stadt Erlangen hat eine sehr aktive Anzahl an Nachhaltigkeitsakteuren vorzuweisen. Diese finden sich zum großen Teil im 2020 neu gegründeten Nachhaltigkeitsbeirat (Nachfolge des Agenda-21-Beirats) als wichtiges Organ zwischen der Bevölkerung und den städtischen Ämtern. Für eine breite Einbindung der Zivilgesellschaft sollen sogenannte Agendaforen entstehen, in denen konkrete städtische Nachhaltigkeitsprojekte geplant, entwickelt und umgesetzt werden. Die Foren sind nicht einheitlich definiert, sondern sollen sich kontinuierlich entwickeln.

6. UNSERE STADT UND DIE 17 NACHHALTIGKEITSZIELE



1 KEINE ARMUT



Armut in jeder Form und überall beenden

6.1 Menschen in unserer Stadt

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
SGB II-Quote / SGB XII-Quote [in % der Bevölkerung]	5,1	5,3	5,1	keine	keine	▶
Mindestsicherungsquote [in % der Bevölkerung]	6,1	5,9	5,5	-0,6	-9,8 %	●
Armut – Kinderarmut [in % der Bevölkerung unter 15 Jahren]	10,0	10,2	9,8	-0,2	-2 %	●
Armut – Jugendarmut [in % der Bevölkerung zwischen 15 und 17 Jahren]	7,5	8,3	8,2	+0,7	+9,3 %	■
Armut – Altersarmut [in % der Bevölkerung ab einem Alter über 65 Jahren]	2,6	2,7	2,5	-0,1	-3,8 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

Das erste Nachhaltigkeitsziel widmet sich der Reduktion von Armut. Hier geht es in erster Linie darum, entsprechende Sozialleistungen bedarfsgerecht für anspruchsberechtigte Menschen zu gewähren. Eine breite Unterstützung der von Armut betroffenen Bevölkerung soll erreicht werden. Armut ist ein Kernaspekt von Nachhaltigkeit, denn diese beeinflusst viele andere Bereiche wie kulturelle und soziale Teilhabe und Gesundheit. Bei Kindern und Jugendlichen können spätere Berufschancen beeinträchtigt sein.

Beim ersten SDG wird erfasst, wie viele Menschen Sozialleistungen erhalten und damit Gefahr laufen, entweder langfristig oder auch nur zeitweise von Armut betroffen zu sein. Für die Bewertung des Indikators sollte in Betracht gezogen werden, dass vermutlich nicht alle anspruchsberechtigten Personen ihre Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen.

Erlangen weist deutschlandweit eine der geringsten SGB-II- und SGB-XII-Quoten auf. Bemerkenswert ist lediglich, dass eine ausgesprochen hohe soziale Segregation (räumliche Ungleichverteilung der Merkmale Einkommen, Bildung und Beruf) herrscht.⁶ Die Abbildung 6 zeigt den Erlanger Sozialindex für das Jahr 2017. Der Sozialindex spiegelt die sozialen Belastungslagen der Bevölkerung innerhalb der 39 bewohnten Bezirke in Erlangen. Die höchsten Ausprägungen (Farbe rot) hat der Sozialindex in den Bezirken Büchenbach Nord (Bezirk 77), Tal (Bezirk 04) und Anger (Bezirk 40). Dagegen finden sich die niedrigsten Werte (Farbe grün) in Hüttendorf (Bezirk 63), im

⁶ Helbig, M.; Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, Berlin, S. 29.

Meilwald (Bezirk 21) und in Dechsendorf West (Bezirk 80). Bei den weißen Gebieten handelt es sich um ländliche, wenig bebaute Gebiete. Für die Bezirke 51 (St. Egidien), 60 (Neuses), 73 (Häusling), 74 (Staudach) und 75 (Industriehafen) können keine Werte ermittelt werden, da die Bevölkerungszahl dort zu gering ist, um sichere Aussagen treffen zu können. Nähere Erläuterungen finden sich im „Sozialmonitoring 2018“.⁷

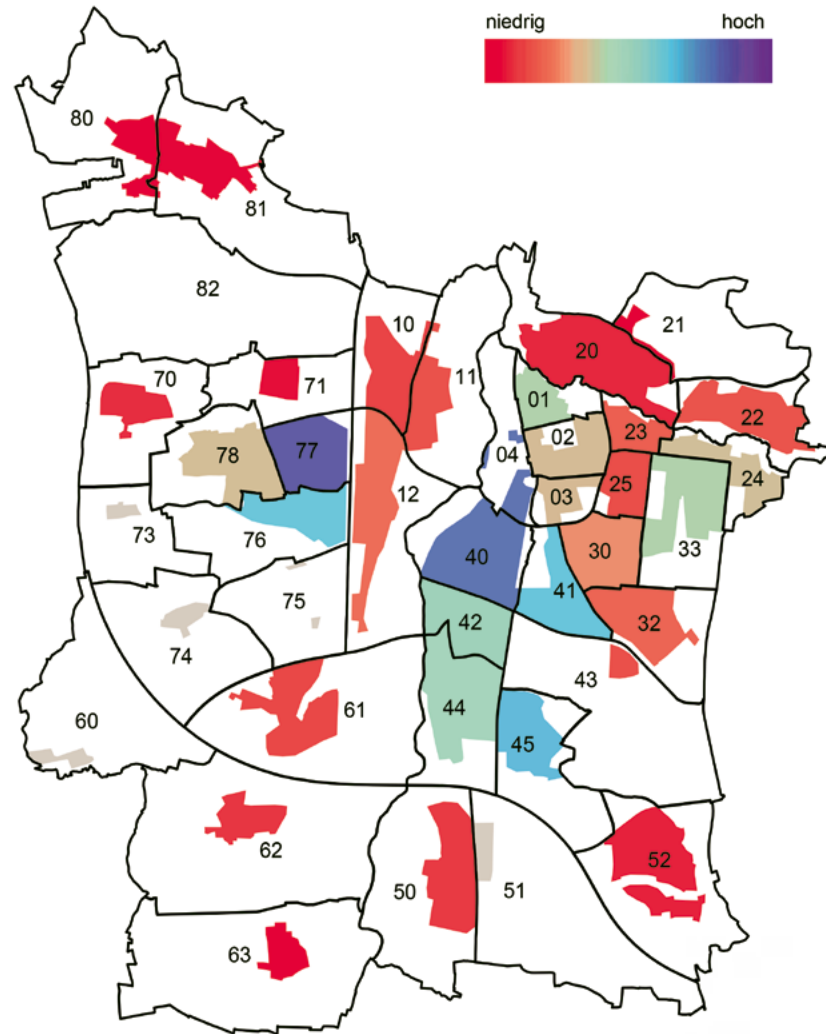


Abb. 6 Sozialindex nach Statistischen Bezirken in Erlangen zum 31.12.2017
Quelle: Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

Die Mindestsicherungsquote gibt den Anteil von Personen an, die SGB II-, SGB XII- und Asylbewerber-Leistungen in Anspruch nehmen. Auch hier weist Erlangen im deutschlandweiten Vergleich einen geringen Wert auf und hat sich im Berichtszeitraum noch weiter verbessert. Laut Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage⁸ sind generell in Bayern vergleichsweise wenige Menschen auf staatliche Hilfe zur Sicherung ihrer Grundbedürfnisse angewiesen.

Sowohl Kinder- (unter 15-Jährige) als auch Jugendarmut (15- bis 17-Jährige) stehen eng in Abhängigkeit zur Armutslage der Erziehungsberechtigten, die sich häufig in Langzeitarbeitslosigkeit befinden oder ein zu geringes Haushaltseinkommen haben. Betroffene haben ein erhöhtes Risiko von sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen. Kinder- und Jugendarmut wirken sich auf den späteren Erfolg am Arbeitsmarkt aus. Der Indikator „Jugendarmut“ beinhaltet oft dieselben Personengruppen aus der Kinderarmut. Betroffene Jugendliche haben ein erhöhtes Risiko für eine Untätigkeitszeitspanne, die eine weitere Eingliederung in den Arbeitsmarkt erschwert. Sowohl die Kinder- als auch die Jugendarmut sind in Erlangen verglichen mit dem bayerischen Landesdurchschnitt (Kinderarmut: 7,6 %; Jugendarmut: 5,3 %) etwas erhöht. Demgegenüber ist der Anteil der Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, sehr gering. Erfreulich ist, dass sowohl die Kinder- als auch die Altersarmut sich verbessern konnten, lediglich bei der Jugendarmut besteht in Erlangen Handlungsbedarf, denn hier hat sich der Wert weiter verschlechtert.

Verschiedene Aktivitäten in der Stadt helfen, den Folgen von Armut (d. h. Benachteiligungen und Unterversorgung in verschiedenen Lebenslagen (materiell, sozial, gesundheitlich, kulturell, bildungsbezogene)) entgegenzuwirken und den Menschen Teilhabe sowie ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Beispielweise leistet soziokulturelle Arbeit Anreize, um Menschen zusammenzuführen. Dies fördert deren Teilhabe an der Gesellschaft und die Fähigkeit, diese mitzugestalten, stärkt das Zusammenleben und bietet Raum für Begegnungen und Miteinander. Soziokulturelle Angebote schaffen Frei-Räume und Experimentierfelder und unterstützen niedrigschwellig dabei, Selbstwirksamkeit zu erfahren. Der ErlangenPass bietet Vergünstigungen für die Teilhabe an diversen Angeboten. Darüber hinaus sind die stadtteilbezogenen Seniorenanlaufstellen und die Seniorenberatung, die sozialpädagogische präventive Beratung bei (drohender) Wohnungslosigkeit, die „Bildungs- und Teilhabeleistungen“ (BuT) für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Flüchtlings- und Integrationsberatung sowie die Pflegeberatung (z. B. zu finanziellen Leistungsansprüchen) zu nennen. Weitere Angebote werden durch die Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit (GGfA AöR, z. B. Sozialkaufhaus) gewährleistet.

⁷ Stadt Erlangen, Statistik und Stadtforschung (2017): Sozialmonitoring 2018, Statistik Aktuell 5/2018, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/statistik/13-4_B_2018_5.pdf (abgerufen am: 23.05.2020).

⁸ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (2017): Vierter Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München, verfügbar unter: https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/sozialpolitik/stmas_4.bsb_a4_webfinal.pdf (abgerufen am: 30.05.2020).

2 KEIN HUNGER



Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Indikator	2016	2017	2018
Ökologische Landwirtschaft [% der insgesamt landwirtschaftlich genutzten Fläche]	4,3	k.A.*	k.A.*

* Für 2017 und 2018 wurden keine Zahlen erhoben. (k.A. = keine Angabe)

2

Das zweite Nachhaltigkeitsziel widmet sich der Ernährungssicherheit und der Förderung einer ökologischen Landwirtschaft. Hier soll bis zum Jahr 2030 jegliche Form der Fehlernährung beendet, die Nachhaltigkeit der Systeme zur Nahrungsmittelproduktion sichergestellt und die genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Nutz- und Haustieren und wildlebender Tiere bewahrt werden.

Ein wichtiger Beitrag zu einer ausgewogenen und gesunden Ernährung bietet die Ökologische Landwirtschaft. Sie setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden sowie auf eine artgerechte Tierhaltung. Dies gelingt durch eine flächenabhängige Begrenzung der Zahl der Tiere. Der Einsatz mineralischer Düngemittel sowie chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel ist in der ökologischen Landwirtschaft nicht gestattet. Damit leistet der ökologische Landbau einen Beitrag zur globalen Verantwortung und für eine Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Bereits 2016 hat Erlangen den Einsatz von Glyphosat auf allen städtischen Flächen verboten und damit den Erhalt der Artenvielfalt in den Fokus gerückt.

Nicht nur die Erfassung von Daten zur Ökologischen Landwirtschaft spielen in diesem SDG eine Rolle. Für Erlangen fehlen noch die Daten zum Indikator „Übergewicht“ (bei den Schuleingangsuntersuchungen) und „Stickstoffüberschuss“ (pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche). Übergewicht ist vor allem in den Industrienationen zu einem Problem geworden und kann zu ernsten Folgeerkrankungen führen. Es mindert die Lebensqualität und senkt die Lebenserwartung. Im SDG 2 wird deswegen der Anteil der Kinder erfasst, bei denen bei der Schuleingangsuntersuchung Übergewicht festgestellt wird. Im Kindesalter kann durch eine gesunde Ernährung und durch viel Bewegung einem Übergewicht entgegengewirkt werden, noch bevor im Erwachsenenalter Erkrankungen zum Vorschein kommen.

Die Messung des Stickstoffüberschusses ist deswegen sehr wichtig, weil zu viel davon die Wasser- und Land-Ökosysteme gefährdet. Auch das Klima, die Luftqualität und die Artenvielfalt werden beeinträchtigt. In Deutschland verursacht die konventionelle Landwirtschaft über 50 % des Stickstoffs⁹ durch den Einsatz mineralischer und organischer Stickstoffdünger.

⁹ Die restlichen Anteile am Stickstoffüberschuss gehen zu Lasten von Industrie, Verkehr und den privaten Haushalten mit je ca. 15 %.

Die Stadt Erlangen bietet verschiedene Aktivitäten mit einem Bezug zum SDG 2. Hier sind einige Beispiele zum Thema Ernährung: Das vhs Lesecafé als Kooperation der Volkshochschule Erlangen mit dem Verein Lesecafé Anständig essen e.V. wurde 2012 als Projekt „Bildungscafé zum Thema Nachhaltige Ernährung“ gestartet. Diese Aktivitäten richten ihren Fokus auf die Grundlagen der Ernährungsbildung. Im Rahmen von Kochkursen wird eine gesunde, bewusste und ökologisch nachhaltige Ernährung vermittelt. Eine bio-vegane Küche (wenn möglich saisonal, regional und mit fair gehandelten Produkten) und eine Buchausstellung zu verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen zeichnen das Lesecafé aus. Das Lesecafé initiierte ein Urban-Gardening-Projekt in der Altstadtmarktpassage (2013). Auch der jährliche Nachhaltigkeitstag mit über 30 Initiativen (seit 2016 regelmäßig mit der Stadt Erlangen) wurde realisiert. Darüber hinaus ist in den Räumen der vhs ein Fair-Teiler der Erlanger Foodsharing-Initiative eingerichtet, der rege von der Erlanger Bevölkerung genutzt wird.



3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

3

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Vorzeitige Sterblichkeit [Todesfälle bei Personen unter 65 Jahren je 1.000 Einwohner*innen]	1,5	1,5	1,4	-0,1	-6,7 %	●
Ärzteversorgung [Allgemeinärzt*innen je 100.000 Einwohner*innen]	51,8	51,4	47,5	-4,3	-8,3 %	■
Luftqualität (NO ₂ Jahresmittelwert) [µg/m ³]	19	18	18	-1	-5,3 %	●
Luftqualität (Ozon 8h Mittelwert) [µg/m ³]	26	27	20	-6	-23,1 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

Mit dem SDG 3 wollen die Vereinten Nationen ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. Bis 2030 ist es das Ziel, die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle zu erreichen. Bis 2030 sollen zudem die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringert werden.

Bei den für die Stadt Erlangen erfassten Indikatoren handelt es sich um Daten zur Gesundheitssituation und zur Luftqualität. Bei dem Indikator „Vorzeitige Sterblichkeit“ wird die Anzahl der Todesfälle der Personen unter 65 Jahren erfasst. Hier weist Erlangen einen geringen Wert auf, der im Berichtszeitraum sogar noch verbessert werden konnte.

Bei der Ärzteversorgung liegt Erlangen leicht unter dem bayernweiten Durchschnitt von 52,8 Ärzt*innen je 100.000 Einwohner*innen. Dieser Indikator bezieht sich auf die Versorgung mit Allgemeinärzt*innen. Da die Stadt Erlangen über eine hohe Anzahl an Fachärzt*innen und dem Universitätsklinikum verfügt, relativiert sich dieser Indikator.

Für das dritte Nachhaltigkeitsziel spielt die Luftverschmutzung in den Städten eine wichtige Rolle, denn eine schlechte Luftqualität erhöht die Anzahl der Lungen- und Hauterkrankungen insbesondere von Kindern und älteren Menschen.

Um die Luftqualität in Erlangen allumfassend darstellen zu können, wurde seitens der Stadt die „Abschätzung der Schadstoffimmissionen in Erlanger Straßen mit dem Screeningverfahren IMMIS“ im Jahr 2015 in Auftrag gegeben. Darüber hinaus wird im Rahmen des Lufthygienischen Landesüberwachungssystems Bayern (LÜB) die städtische Hintergrundbelastung der Schadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon kontinuierlich gemessen und überwacht. Daher liegen für Erlangen diese beiden Werte für den Berichtszeitraum 2016 bis 2018 vor. Es fehlen die Daten für Schwefeldioxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub. Sowohl die Belastung durch Stickstoffdioxid als auch durch Ozon konnte in Erlangen verbessert werden. Sowohl bayern- als auch deutschlandweit sind die Werte besser als der Durchschnitt.

Im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Erlangen wurden verkehrslenkende Maßnahmen erarbeitet, um eine Reduzierung der Schadstoffbelastung in ausgewählten Straßenzügen zu erreichen. Spezifisch für diese Maßnahmen werden Immissionsberechnungen durchgeführt, um die Auswirkungen der geplanten Reduzierung des Durchgangsverkehrs ermitteln zu können. Es konnte festgestellt werden, dass die Verkehrslenkung zur Verringerung des Ost-West-orientierten Durchgangsverkehrs geeignet ist, vorherrschende hohe NO₂-Belastungen maßgeblich zu verringern, ohne an alternativen Routen zusätzliche Überschreitungen des NO₂-Grenzwertes zu bewirken.

Die Stadt Erlangen hat diverse Aktivitäten mit einem Bezug zum SDG 3: Bereits im Jahr 2018 haben sich die Stadt Erlangen und der Landkreis Erlangen-Höchstadt zu einer Gesundheitsregionplus zusammengeschlossen, mit dem Ziel, die regionale Strukturentwicklung in den Bereichen Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie Pflege zu verbessern. Die Gesundheitsregionplus bildet ein regionales Netzwerk, um Fragen der medizinischen Versorgung und der Gesundheitsförderung zu diskutieren, passgenaue Angebote zu erarbeiten und die Gesundheit der Menschen in der Region zu verbessern. Der Fokus liegt dabei auf Chancengleichheit, um den besonderen Bedarfen von Menschen in schwierigen Lebenslagen gerecht zu werden. Fünf Handlungsfelder bilden die Grundlage für eine gemeinsam beschlossene Gesundheitsstrategie: Medizinische Versorgung, Mittlerstrukturen, Arbeitswelten, niedrigschwellige und professionelle Hilfen für Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Daneben gibt es vielfältige gesundheitsfördernde Angebote in der Stadt Erlangen, die Sport, Bewegung und Gesundheit möglichst allen Teilen der Bevölkerung nahebringen möchten. Das Netzwerk der „bewegten Unternehmen“ bietet Mitarbeiter*innen der beteiligten Unternehmen einen Austausch von Themen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement, um ein gesundes Arbeitsleben zu ermöglichen und eine nachhaltige Gesundheitspolitik vor Ort zu schaffen.



4 HOCHWERTIGE BILDUNG



Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Betreuung von Kindern Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen [in % der Kinder im Alter unter 3]	36,4	36,2	37,4	+1	+2,7 %	●
Betreuung von Kindern 3- bis U6-Jährige in Tageseinrichtungen [in % der Kinder im Alter von 3 bis U6]	102,2	98,9	98,3	-3,9	-3,8 %	■
Schulabbrecherquote [in %]	3,22	3,6	2,8	-0,42	-13,0 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

4

Das SDG 4 fordert, dass alle, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und vor allem die Ärmsten und am meisten Benachteiligten, Zugang zu einer hochwertigen Grund- und Berufsbildung erhalten. Dies ist wichtig zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes. Die Bildung soll sich an den individuellen Bedürfnissen und am Lebensumfeld ausrichten. Damit soll diese einen Beitrag zu einer sicheren und nachhaltigen Welt leisten.

Bei diesem Nachhaltigkeitsziel werden Daten zur Kinderbetreuungssituation als auch zur Schulabbrecherquote erhoben. Bei der Kinderbetreuung wird unterschieden in „Betreuung von Kindern unter 3 Jahren“ und in „Betreuung von Kindern zwischen 3 und U6 Jahren“.

In Erlangen können Eltern bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (U3-Alter) zwischen einer Kindertageseinrichtung oder einer Kindertagespflege wählen. Insgesamt stehen hier 1.427 ausgewiesene Plätze zur Verfügung. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 42,4 % für das Jahr 2018 (Abb. 7). Davon entfallen 37,4 % auf die Kindertageseinrichtungen und 5 % auf die Tagespflege. Damit liegt die Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren sowohl deutschland- als auch bayernweit zwar über dem Durchschnitt, aber immer noch unter dem vom Stadtrat beschlossenen Zielkorridor von 45 bis 50 %.

Die zusätzlichen, geplanten regulären Betreuungsplätze können nicht in dem Tempo realisiert werden, in dem sie für die in Erlangen lebenden Kinder und Familien benötigt werden.

Die U3-Versorgungsquote in den Planungsbezirken (Abb. 7) bezeichnet das Verhältnis zwischen den vorhandenen Plätzen für Kinder unter 3 Jahren und den dort lebenden Kindern in dieser Altersgruppe. Um die Versorgung weiterhin bedarfsgerecht anbieten zu können, hat der Stadtrat im Juli 2018 die Schaffung von temporären Betreuungsplätzen auf den Weg gebracht.

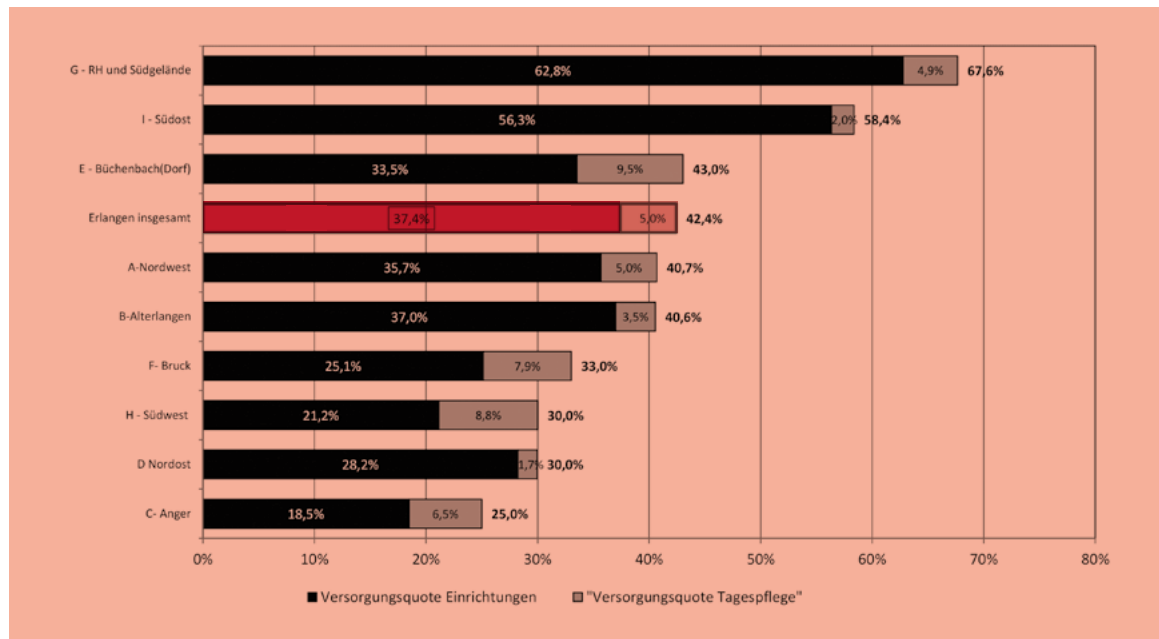


Abb. 7 _____ Versorgungsquoten im U3-Bereich¹⁰
Quelle: Stadtjugendamt

Die Inanspruchnahme eines Kindergartenplatzes zur Betreuung von 3- bis U6-Jährigen stellt für die überwiegende Mehrheit aller Eltern eine Normalität dar. In der Stadt Erlangen lag die Betreuungsquote für Kindergartenkinder im Jahr 2016 bei 102,2 %. Diese Quote weist deswegen einen Wert von über 100 % auf, weil in Erlangen viele Kinder aus dem Umland betreut werden. Bis 2018 sank dieser Wert auf 98,3 %, was aber immer noch über dem Durchschnitt von Bayern und Deutschland (jeweils 93 %) liegt.

Die Versorgungsquoten in den einzelnen Planungsbezirken sind sehr unterschiedlich. Infolge der Kinderzahlsteigerung ist die stadtweite Versorgungsquote erneut auf den Stand von 2009 gesunken. Rechnerisch steht damit immer noch fast jedem in Erlangen lebenden Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung, nicht jedoch jedem Kind in seinem direkten Wohnumfeld.

In Abbildung 8 ist die Versorgungssituation der Kindergartenkinder in Erlangen dargestellt.

¹⁰ Stadt Erlangen, Stadtjugendamt (2018): Kindertagesbetreuung in Erlangen – Bestands- und Planungsbericht 2018 (S. 30), verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/040_kinder_familie/dokumente/51JHP-2018-alle_Altersgruppen.pdf (abgerufen am: 20.07.2020).

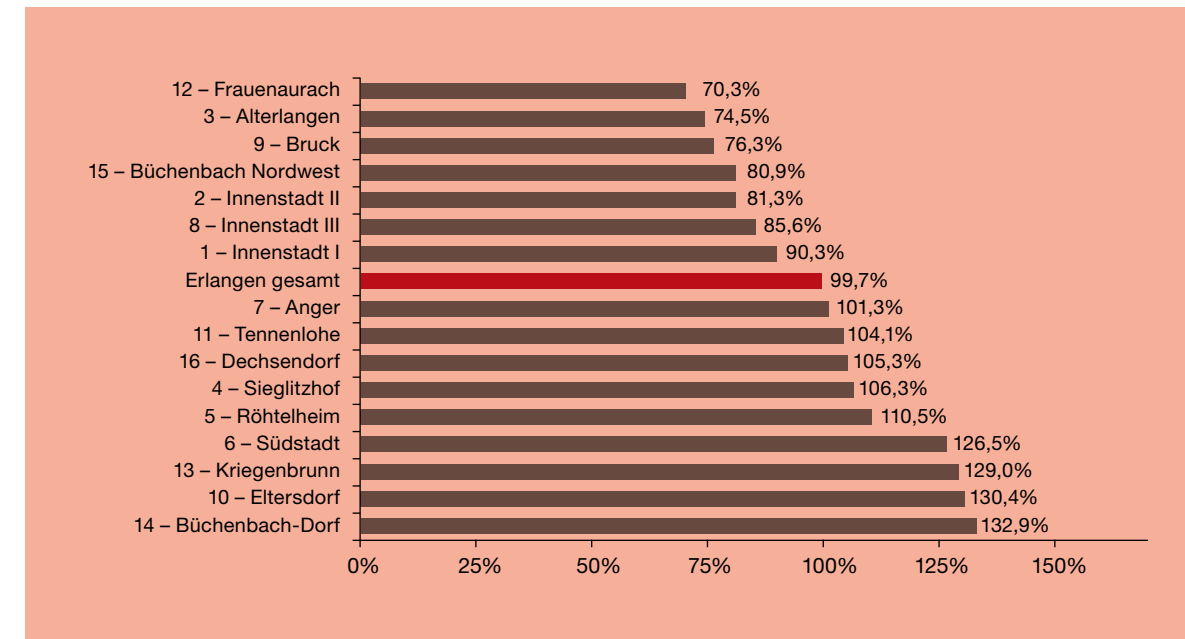


Abb. 8 _____ Versorgungsquote Kindergartenkinder¹¹
Quelle: Stadtjugendamt

Die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung stellt eine besondere Betreuungsform dar. Die Vereinten Nationen haben hierzu keinen expliziten Indikator. Für die Stadt Erlangen ist „in Bezug auf Inklusion, also behinderte bzw. von einer Behinderung bedrohte Kinder in Regeleinrichtungen, in den Jahren von 2007 bis 2012 zunächst ein deutlicher Anstieg (von ca. 30 auf ca. 75 Kinder) zu verzeichnen. Seither ist die Zahl nahezu konstant geblieben (80 Kinder im November 2017). Dies ist nach Einschätzung von Fachkräften vor Ort jedoch weniger darauf zurückzuführen, dass nun alle behinderten Kinder versorgt seien, sondern vielmehr, dass die in den Einrichtungen zur Verfügung stehenden Plätze voll ausgelastet sind. Der wohnortnahe Ausbau von integrativen Betreuungsplätzen bleibt in Erlangen ein erklärtes Ziel für die kommenden Jahre.“¹²

Die Stadt Erlangen hat bei dem Indikator „Schulabbrecherquote“ mitberücksichtigt, dass es sich hier auch um Schüler*innen handelt, welche die Schule nicht abbrechen, sondern die Abschlussprüfung nicht schaffen. Zudem ist ein Schulabgang nicht gleichzusetzen mit einem Abbruch, da es auch nach dem ersten Schulverlassen alternative Wege zum Schulabschluss gibt. Es erscheint daher sinnvoll, bei diesem Indikator von „Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss“ zu sprechen. In 2016 verließen in Erlangen 59 Schüler*innen die Schule ohne Schulabschluss, das sind rund 3,22 % der Schulabsolvent*innen.¹³ Im Jahr 2017 verließen 66 Schüler*innen

¹¹ Stadt Erlangen, Stadtjugendamt (2018): Kindertagesbetreuung in Erlangen – Bestands- und Planungsbericht 2018 (S. 59), verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/040_kinder_familie/dokumente/51JHP-2018-alle_Altersgruppen.pdf (abgerufen am: 20.07.2020).

¹² Stadt Erlangen, Stadtjugendamt (2018): Kindertagesbetreuung in Erlangen – Bestands- und Planungsbericht 2018 (S. 55f.), verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/040_kinder_familie/dokumente/51JHP-2018-alle_Altersgruppen.pdf (abgerufen am: 20.07.2020).

¹³ ohne Absolvent*innen aus beruflichen Schulen

die Schule ohne Schulabschluss, was einem Anteil von rund 3,6 % entspricht. Bis zum Jahr 2018 sank dieser Wert auf 2,8 %. Damit liegt Erlangen unter dem bayernweiten Durchschnitt von 3,5 % (hier „Schulabbrecherquote“ laut Indikator der Vereinten Nationen).

Der Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf ist für Schüler*innen eine Herausforderung. Praktika nehmen eine zentrale Rolle in der Berufsorientierung ein. Sie ermöglichen Schüler*innen qualifizierte Einblicke in den Berufsalltag und können dazu beitragen, dass Jugendliche eine Ausbildung finden. Aus diesem Grund hat die Stadt Erlangen 2018 das Projekt „Qualifiziertes Praktikum (QP)“ gestartet. Ziel des QP-Gütesiegels ist es, Berufsorientierung und Ausbildung gemeinsam mit Schulen und Betrieben zukunftsfähig zu gestalten. Hierdurch profitieren sowohl Schüler*innen als auch Unternehmen. Ersteren ermöglicht es einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf sowie qualifizierte Einblicke in den Berufsalltag und das jeweilige Berufsfeld. Letzteren bietet es, angesichts der Zunahme unbesetzter Lehrstellen, die Chance, Jugendliche während des Praktikums für das Berufsfeld zu begeistern.

Das Gütesiegel erhalten Schulen und Betriebe für zwei Jahre, wenn sie definierte Qualitätskriterien und festgelegte Abläufe bei der Durchführung von Praktika einhalten. Derzeit nehmen 40 Betriebe unterschiedlichster Branchen und zehn Schulen aus dem Stadtgebiet Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt teil.

In Erlangen haben das Sozialamt und die Volkshochschule in enger Zusammenarbeit mit den Schulen das Bildungsprojekt „Optimierte Lernförderung“ entwickelt, bei dem der Nachhilfeunterricht für Kinder, die Anspruch auf staatliche Leistung haben (Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes), direkt an den Schulen organisiert wird. Das erspart Eltern und Kindern Aufwand, wird dadurch intensiver genutzt und führt so zu mehr Erfolg.

In Erlangen leisten verschiedene Ämter und Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zum SDG 4 „Hochwertige Bildung“:

Die Stadtbibliothek Erlangen garantiert inklusive, gerechte und hochwertige Bildung für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status. Die Stadtbibliothek ermöglicht darüber hinaus lebenslanges Lernen und berufliche Weiterbildung. Im kommunalen Miteinander hat sich das Bürgerpalais zu einem „dritten Ort“ für Menschen aller Altersgruppen und Gesellschaftsschichten entwickelt. Als demokratiebildende Vorbildinstitution begleitet und gestaltet die Stadtbibliothek den gesellschaftlichen Wandel in Erlangen. Die Fahrbibliothek übernimmt die wohnortnahe Literaturversorgung in den Außenbezirken (bringende Bibliotheksarbeit).

Die vhs spielt eine besondere Rolle, denn unabhängig von Zugangsvoraussetzungen kann sich hier jeder weiterbilden.¹⁴ Viele Veranstaltungen und fast alle Angebote des vhs club INTERNATIONAL sind kostenfrei. Bei den kostenpflichtigen gibt es

zahlreiche Ermäßigungen für Menschen mit geringem Einkommen (z. B. ErlangenPass mit 75 %) und für Menschen, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden. Für Menschen mit Behinderungen und/oder Psychiatrie-Erfahrung existieren zielgruppenspezifische, oft kostenfreie Kurse und Unterstützungsangebote. Das Ziel ist es, jegliche Ungleichheit im Bildungsbereich zu reduzieren.

Um alle Menschen zu erreichen, auch diejenigen, die von den klassischen Bildungsangeboten nicht oder nur schwer erreicht werden, legen die soziokulturellen Stadtteilzentren einen besonderen Schwerpunkt auf die Niedrigschwelligkeit ihrer Angebote. Dies wird durch offene Formate erreicht, bei denen weder eine Anmeldung noch eine längere Festlegung erforderlich sind. Durch überschaubare Einrichtungsgrößen, Angebote im direkten Wohnumfeld und nicht zuletzt durch Beziehungsarbeit der Sozialpädagog*innen vor Ort wird die Zielgruppe angesprochen.

Im Stadtjugendamt wirken verschiedene Einrichtungen und Dienstleistungen der Jugendhilfe eng abgestimmt zusammen, um Erlanger Kinder, Jugendlichen und Familien zu unterstützen, die aufgrund individueller, familiärer, materieller oder sozialer Belastungen mit besonderen Risiken aufwachsen. Diese Familien / jungen Menschen müssen besondere Herausforderungen und Hürden bewältigen, um gute Lebensperspektiven und eine gelingende Bildungsbiographie aufbauen zu können. Die Leistungen des Jugendamtes verfolgen das Ziel, Kinder und Jugendliche bei ihrer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu unterstützen (vgl. §1 SGB VIII). Um diese Aufgabe gut zu erfüllen, verknüpfen sich die Einrichtungen und Leistungen zu einer sogenannten Bildungs- und Präventionskette.

Diese ist biografisch entlang der Lebensphase der Kinder und Jugendlichen angelegt und reicht von der Schwangerschaft und Geburt bis hin zum Übergang in den Beruf. Die Einrichtungen begleiten, beraten, fördern, erziehen und bilden die Kinder frühzeitig, altersgemäß, gruppen- und einzelpädagogisch, entsprechend ihrem individuellen Bedarf und in der Regel im direkten Wohnumfeld der Familie. Die Eltern werden, wo immer möglich und sinnvoll, einbezogen. Der besondere Schwerpunkt liegt auf einer individuellen, ganzheitlich verstandenen Bildungsbegleitung und -förderung. Das Konzept des Jugendamtes zur Unterstützung setzt auf Prävention statt auf eine - in der Regel kostenintensive - Intervention. Gleichzeitig wird durch die niederschwellige Unterstützungsmöglichkeit ein wichtiger Beitrag im Bereich Vermeidung von Kindeswohlgefährdung geleistet.

¹⁴ Weitere Informationen hierzu im Bericht „Erwachsenenbildung in Erlangen 2019“ (siehe https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/bildungsbuero/KURZVERSION_Erwachsenen_Bildungsbericht.pdf).

5

GESCHLECHTER- GLEICHHEIT



Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung		
				2016 bis 2018 absolut	relativ	
Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern [in %]	87,7	87,6	86,7	-1	-1,1 %	■
Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern [in % des Medianeinkommens]	67,6	68,5	68,5	+0,9	+1,3 %	●
Frauenanteil im Stadtrat [in %]	44,0	42,0	40,0	-4	-9,1 %	■
Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung [in %]	40,2	41,1	41,6	+1,4	+3,5 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

5

Beim fünften Nachhaltigkeitsziel geht es in erster Linie um den Schutz von Frauen und Mädchen vor allen Formen der Diskriminierung und Gewalt. Zudem soll die Chancengerechtigkeit für Frauen in Bezug auf Führungspositionen sowie in sämtlichen Entscheidungsebenen im ökonomischen, politischen und öffentlichen Bereich gewährleistet, die reproduktive Gesundheit sichergestellt, unbezahlte Pflege- und Hausarbeit anerkannt und die geteilte Verantwortung im Haushalt gefördert werden.

Der Stadt Erlangen sind die Gleichstellungs- und Vereinbarkeitspolitik ein sehr großes Anliegen. Als Arbeitgeberin fördert diese die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, insbesondere hinsichtlich von Frauen in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Konkret heißt dies, dass faire Auswahlverfahren, flexible Arbeitszeitmodelle (auch in Führungspositionen), Telearbeit sowie die Förderung von Elternzeit (gerade auch bei Männern) und die Beratung zu gleichstellungsrelevanten Themenbereichen für Beschäftigte selbstverständlich sind. Im Jahr 2015 wurde das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt gegründet, in dem das Team Diversity (Gleichstellungsbeauftragte, Diversity Managerin, Inklusionsbeauftragte, Antidiskriminierungsbeauftragte und Büroleitung/Leitung der Koordinationsstelle Integration) daran arbeitet, dass die Stadt von der Vielfalt ihrer Bürger*innen profitiert und dass alle gleichberechtigt an städtischen Strukturen teilhaben können.

Dies spiegelt sich in den erfassten Indikatoren, die im Vergleich zum bayern- und deutschlandweiten Wert überdurchschnittlich sind. Positiv ist, dass der Frauenanteil im Stadtrat und in leitenden Positionen in der Stadt Erlangen sehr hoch ist. Im Jahr 2017 war Erlangen laut Genderranking deutscher Großstädte der Heinrich-Böll-Stiftung¹⁵ sogar auf Platz 1. Bei den Führungspositionen in der Stadtverwaltung ist der Frauenanteil seit über 20 Jahren als Ergebnis der intensiven Gleichstellungs- und

¹⁵ Heinrich-Böll-Stiftung e. V. (2017): Genderranking Deutscher Großstädte 2017, Berlin, verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/demokratiereform-03_genderranking_-_baf.pdf (abgerufen am: 23.05.2020).

Vereinbarkeitspolitik stetig steigend. 2018 wurde ein Höchststand von 41,6 % erreicht. Dabei lag dieser in der ersten Führungsebene bei 50 %, in zweiter Ebene bei 40,5 % und in der dritten Ebene bei 37,8 % Frauen.

Im Bereich Gleichstellung werden immer wieder neue Projekte und Maßnahmen entwickelt, damit Frauen dauerhaft im Beruf bleiben bzw. in den Beruf zurückkehren können. Erlangen gilt unter anderem durch ein vergleichsweise gutes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten und durch eine Ganztagsbetreuung in den Schulen als familienfreundliche Stadt.

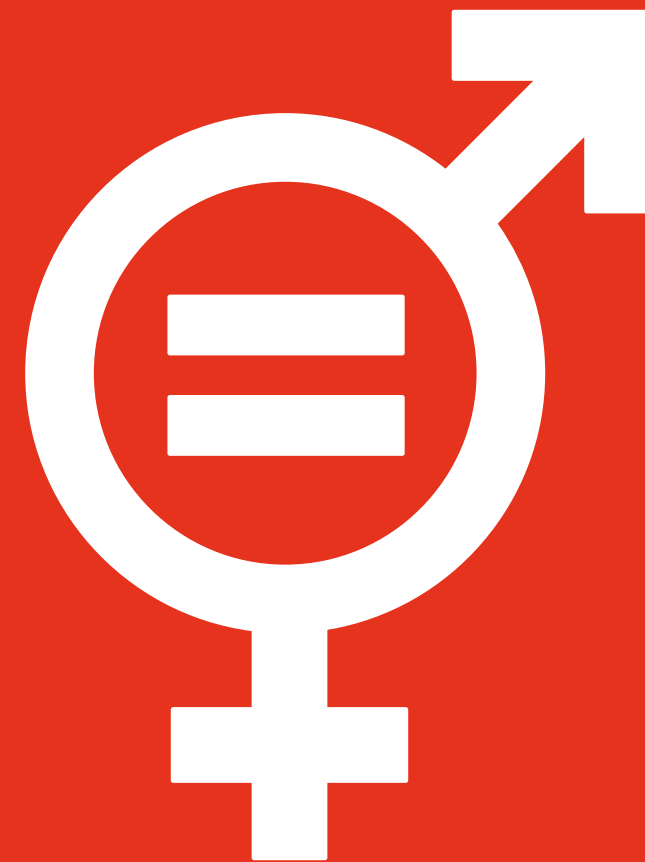
Auf kommunaler Ebene sind die Gleichstellungsmaßnahmen sehr erfolgreich. Anders sehen jedoch die Zahlen aus, wenn man alle Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt Erlangen betrachtet. Hier ist die Beschäftigungsquote von Frauen im Vergleich zu Männern mit 86,7 % im Jahr 2018 eher niedrig. Diese Zahl ist tendenziell sogar sinkend und lag 2016 noch bei 87,7 %. Erlangen schneidet hier deutschlandweit durchschnittlich ab. Auch beim Medianeinkommen liegt die Stadt im Durchschnitt. 2018 verdienten Frauen lediglich 68,5 % des Einkommens eines Mannes. Seit 2016 ist der Anteil zwar um 1,3 % gestiegen, dennoch ist der Verdienstabstand immer noch zu hoch.¹⁶ Diese Lohnlücke ist unter anderem durch die in Erlangen vorherrschende Betriebslandschaft begründet. Hier kommen die Unternehmen aus Bereichen, die vor allem von männerdominierten Berufszweigen bestimmt werden, z. B. aus der IT-Branche und dem Technikbereich.

Für dieses SDG ist ebenfalls die Reduktion der Gewalt an Frauen von Bedeutung. Im Jahr 2018 wurden in Erlangen 95 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zur Anzeige gebracht, 86,3 % davon gegen Frauen. Ein weiteres Delikt, welches überwiegend Frauen betrifft, sind die Fälle von häuslicher Gewalt. Hier wurden im Jahr 2018 insgesamt 125 Fälle zur Anzeige gebracht. In über zwei Drittel (67,2 %) waren Frauen die Opfer. Die Anzahl der Anzeigen ist seit 2016 angestiegen (2016: 101 Fälle von häuslicher Gewalt (58,4 % Frauen); 2017: 122 Fälle (69,7 % Frauen)). Erfahrungsgemäß ist bei allen Delikten von sexueller und häuslicher Gewalt die Dunkelziffer weitaus höher als die Fälle, die zur Anzeige gebracht werden.

Die Stadt Erlangen unterstützt daher Einrichtungen bzw. Institutionen, die Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, Hilfe leisten. Es werden vergleichsweise hohe freiwillige Leistungen für das Frauenhaus mit Kindergruppe und für die Beratungsstelle Frauennotruf zur Verfügung gestellt. Damit wird gewährleistet, dass Frauen eine schnelle Hilfe erhalten und weitere Übergriffe verhindert werden. Von Seiten der Stadt gibt es außerdem freiwillige Leistungen für Einrichtungen, die vornehmlich oder ausschließlich von Frauen besucht werden und wichtige gleichstellungspolitische Arbeit leisten. Dies sind beispielsweise das Frauenzentrum e.V. und der Mütter- und Familientreff Erlangen e.V.

Im Bürgertreff Die Villa bietet der Verein Fliederlich e.V. eine regelmäßige Info- und Beratungsstunde zu allen Fragen rund um queere Identität. Er berät Lesben, Schwule und Bisexuelle und bietet Informationen für Trans-Menschen und Intersexuelle.

¹⁶ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2018): Regionale Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland, Nürnberg.



6 SAUBERES WASSER UND SANITÄR-EINRICHTUNGEN



Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

6.2 Zustand unserer Umwelt

Indikator	2016	2017	2018
Abwasserbehandlung [% des Abwassers, durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt]	100	100	100

Durch das sechste Nachhaltigkeitsziel fordern die Vereinten Nationen die Kommunen auf, die Wasserqualität durch deutlich weniger Verschmutzung oder freigesetzte Schadstoffe zu verbessern. Hier liegt bei den Kommunen eine besondere Verantwortung, denn diese sind für die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Trinkwasser zuständig. Darüber hinaus ist die Abwasserbeseitigung und -behandlung ein Aufgabenbereich der kommunalen Betriebe.

Erlangen verfügt über einen Stadtentwässerungsbetrieb, der als Eigenbetrieb¹⁷ unter dem Namen „Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen (EBE)“¹⁸ geführt wird. Die Aufgabe des Entwässerungsbetriebes ist die Ableitung und Behandlung der im Stadtgebiet und im angeschlossenen Umland anfallenden Abwässer einschließlich der Klärschlammverwertung und die Entsorgung. Der EBE behandelt alle dem Klärwerk zugeführten Abwässer durch Denitrifikation und Phosphorelimination, daher liegt der Indikator „Abwasserbehandlung“ für alle Jahre im Berichtszeitraum bei 100 %. In den Abbildungen 9 und 10 sind jeweils die Zu- und Ablaufwerte für Stickstoff und Phosphor dargestellt.

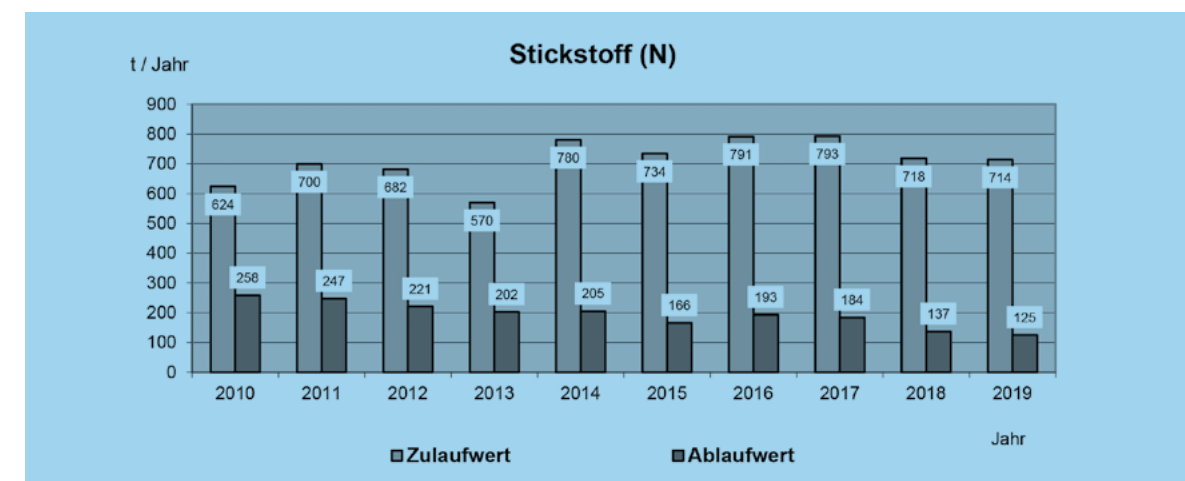


Abb. 9 Stickstoff-Zulauf- und -Ablaufwert¹⁹
Quelle: Entwässerungsbetrieb Stadt Erlangen

¹⁷ Eigenbetrieb gemäß Art. 86 Nr. 1 GO

¹⁸ Der Entwässerungsbetrieb verfügt seit 2003 über ein Integriertes Managementsystem EQUUS (Energie-, Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitsmanagement). Hier wird durch unabhängige externe Prüfer kontinuierlich jeweils im Abstand von 3 Jahren nach den DIN EN ISO 9001 und 14001 zertifiziert, zuletzt bis September 2021.

¹⁹ Umweltbericht 2018 des Entwässerungsbetriebs der Stadt Erlangen, hier S. 33, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/broschueren/Umweltbericht.pdf (abgerufen am: 18.03.2020).

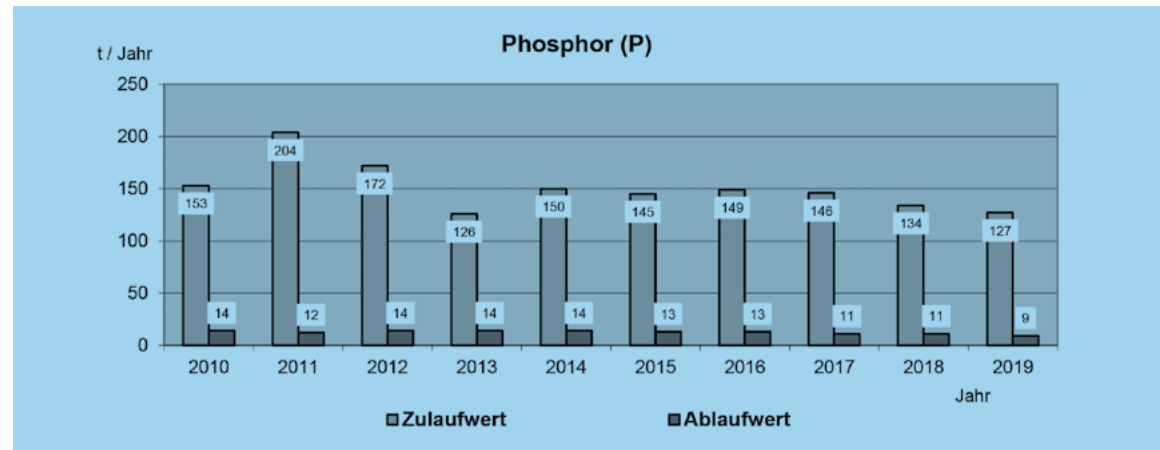


Abb. 10 Phosphor-Zulauf- und -Ablaufwert²⁰
Quelle: Entwässerungsbetrieb Stadt Erlangen

Der EBE hat sich seit 2013 das Ziel gesetzt, den im Klärschlamm enthaltenen Rohstoff Phosphor zur landwirtschaftlichen Nutzung rückzugewinnen. Als neue Aufgabe der Abwasserreinigung sollen künftig die im Abwasser enthaltenen Spurenstoffe, wie z. B. Arzneimittelrückstände, reduziert werden.

Beim sechsten Nachhaltigkeitsziel wird ebenfalls der Indikator „Nitratgehalt im Grundwasser“ erhoben. Da es im Stadtgebiet von Erlangen keine Messstelle dafür gibt, wird dieser Wert in diesem Bericht nicht berücksichtigt. Eine Ursache für Nitrat im Grundwasser ist die stickstoffhaltige Düngung in der Landwirtschaft. Der Anteil, den die Pflanzen nicht verbrauchen und der im Boden nicht durch Denitrifikation abgebaut wird, gelangt als Nitrat in das Grundwasser. Bei Überschreitung bestimmter Grenzwerte kann dies zu gesundheitlichen Schäden führen. Zur weiteren Denitrifikation des Abwassers gibt es technische Möglichkeiten. Langfristig empfiehlt jedoch das Umweltbundesamt²¹, eher vorbeugende Maßnahmen umzusetzen, weil Reparaturmaßnahmen teurer sind. Deshalb ist es wichtig, Nitrateinträge in das Grundwasser zu vermeiden und die Stickstoffüberschüsse deutlich zu reduzieren, etwa durch sparsamere und standortgerechte Düngung in der Landwirtschaft.



²⁰ Umweltbericht 2018 des Entwässerungsbetriebs der Stadt Erlangen, hier S. 34, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/broschueren/Umweltbericht.pdf (abgerufen am: 18.03.2020).

²¹ Laut Gutachten des Umweltbundesamtes zur „Quantifizierung der landwirtschaftlich verursachten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserbereitstellung“, verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-05-24_texte-43-2017_kosten-trinkwasserversorgung.pdf (abgerufen am: 18.03.2020).

12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION



Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

12

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung		
				2016 bis 2018 absolut	relativ	
Trinkwasserverbrauch [durchschnittlicher Liter-Verbrauch je Einwohner*in und Tag]	116	117	120	+2	+1,7 %	●
Abfallmenge [Tonne pro Einwohner*in pro Jahr]	0,54	0,53	0,49	-0,05	-9,3%	●
Recyclingquote [wiederverwertet, in % vom gesamten Abfall]	72,56	73,62	72,26	-0,3	-0,4 %	▶
EMAS-zertifizierte Standorte [Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen]	1	2	2	+1	+100 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

Das zwölfte Nachhaltigkeitsziel soll bis zum Jahr 2030 sicherstellen, dass alle Menschen über das Bewusstsein für eine Lebensweise in Harmonie mit der Natur verfügen. Dazu soll umsichtig mit Trinkwasser umgegangen werden und das Abfallaufkommen bis 2030 durch Vermeidung, Verminderung und Wiederverwertung deutlich verringert werden. Außerdem sollen Unternehmen ermutigt werden, nachhaltige Verfahren (etwa Kreislaufwirtschaftsprozesse) einzuführen und in ihren Berichterstattungen Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen.

SDG 12 enthält Daten zum Trinkwasserverbrauch, zur Abfallmenge, zur Recyclingquote und zur Anzahl der EMAS²²-zertifizierten Standorte in einer Stadt.

Beim Trinkwasserverbrauch weist Erlangen einen unter dem bayernweiten Durchschnitt von 127 l/Ed liegenden Wasserverbrauch auf. Die zu beobachtende steigende Tendenz der Jahre 2017-2019 kann auf die überdurchschnittlich trockenen und warmen Sommer zurückgeführt werden.

Bei der Abfallmenge pro Einwohner*in konnte im Berichtszeitraum eine Reduktion erzielt werden. Noch im Jahr 2014 lag das Abfallaufkommen in der Stadt Erlangen laut IKSK²³ leicht über dem durchschnittlichen Aufkommen in Bayern. Deutlich ist aber auch ein besonderes Bewusstsein für Mülltrennung. So war das Pro-Kopfauftreten des Restmülls (Haus- und Sperrmüll) niedriger, hingegen die Getrenntsammlung von organischen Abfällen und weiterer Wertstoffe deutlich höher als der bayerische Durchschnitt.

²² EMAS = Eco-Management and Audit Scheme (EU-Öko-Audit oder Öko-Audit, Umweltmanagementsystem für Unternehmen)

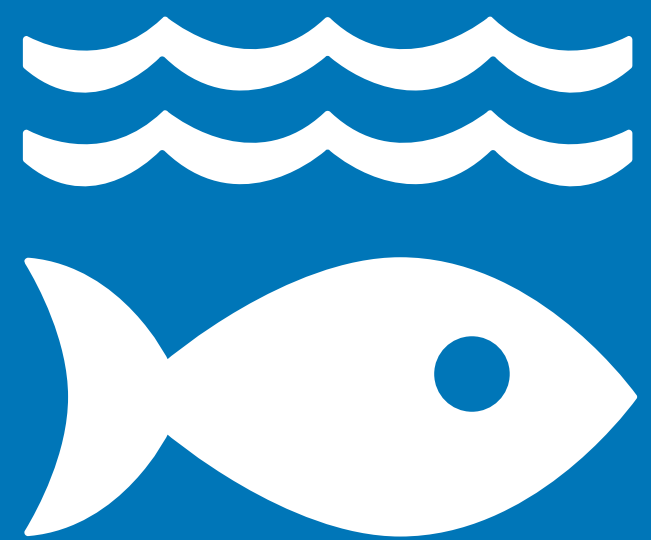
²³ IKSK = Integriertes Klimaschutzkonzept

Die Recyclingquote bleibt nahezu konstant bei etwas über 70 %. Hierzu liegen keine Vergleichswerte vor.

Der letzte Indikator misst die Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen. In Erlangen gibt es zwei EMAS-Organisationen. Dies sind Der Beck GmbH, welcher bereits seit dem Jahr 2000 zertifiziert ist. Im Jahr 2017 kam die Kirchenstiftung St. Peter und Paul, St. Marien, hinzu. In ganz Mittelfranken gibt es lediglich 40 EMAS-Organisationen.



14 LEBEN UNTER WASSER



Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Indikator	2016	2017	2018
Wasserqualität in Badegewässern [% der Badegewässer mit ausgezeichnetem, gutem oder ausreichendem Zustand]	100	100	100

Dieses Nachhaltigkeitsziel widmet sich der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen aus jeglichen Gewässern und dem Erhalt biologisch aktiver Gewässer.

Das einzige Badegewässer in Erlangen ist das Naturbad Dechsendorfer Weiher. Die Einstufung der Wasserqualität erfolgt nach der EU-Badegewässerrichtlinie. 2019 wurde der Dechsendorfer Weiher mit „gut“ eingestuft.

Die Bewertung bzw. Einstufung aller anderen Erlanger Gewässer erfolgt im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Im Stadtbereich Erlangen liegen zwei Flusswasserkörper, die nach WRRL berichtspflichtig sind. Es handelt sich hier um den Flusswasserkörper „Östliche Zuflüsse der Regnitz in Nürnberg, Fürth und Erlangen (ohne nördliche Schwabach)“ und um den „Seebach (zum Main-Donau-Kanal) mit den Nebengewässern Bimbach (zur Regnitz), Tiefenwaldgraben, Hirtenbach, Kreuzbach und Schlangenbach“. Beide Wasserkörper sind als „erheblich verändert“ eingestuft. Vom Wasserwirtschaftsamt wird ein Konzept zum Erreichen eines besseren ökologischen Zustandes erarbeitet. Maßnahmen sind erforderlich, um die Defizite in der Gewässerstruktur zu beseitigen.

15 LEBEN AN LAND



Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern

15

Indikator	2016	2017	2018	
Natura 2000 [in % an der Gesamtfläche der Stadt Erlangen]	4,9	4,9	4,9	▶
Landschaftsschutzgebiete [in % an der Gesamtfläche der Stadt Erlangen]	46,7	46,7	46,7	▶
Naturschutzgebiete [in % an der Gesamtfläche der Stadt Erlangen]	1,79	1,79	1,79	▶
Nachhaltige Forstwirtschaft [% der Waldflächen mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung]	100	100	100	▶

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

Dieses Nachhaltigkeitsziel widmet sich der Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltigen Nutzung der Landökosysteme und ihrer Dienstleistungen, insbesondere der Wälder, der Feuchtgebiete, der Berge und der Trockengebiete.

Der ursprüngliche Indikator „Naturschutzflächen“ wurde unterteilt in „Natura 2000“, „Landschaftsschutzgebiete“ und „Naturschutzgebiete“. Dabei sind alle drei Flächen zum Teil überlagert und daher nicht addierbar. Die Natura-2000-Flächen haben in Erlangen einen Anteil von 4,9 % und sind die Bezeichnung für ein europäisches Netz schutzwürdiger Gebiete, damit wertvolle Lebensräume und artenreiche Landschaften, seltene Tier- und Pflanzenarten geschützt werden. Das Stadtgebiet von Erlangen hat in folgenden europäischen Vogelschutzgebieten Flächenanteile: in der Brucker Lache, den Regnitzwiesen nördlich des Dechsendorfer Dammes sowie die kleineren Teiche und Feuchtgebiete beim Dechsendorfer Weiher.

In Erlangen stehen 46,7 % des Stadtgebietes unter Landschaftsschutz. Ziel ist es, Natur und Landschaft zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln. Dadurch soll die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes durch Grünzüge und die heimische Tier- und Pflanzenwelt sowie Trocken- und Feuchtbiotope erhalten werden. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sollen nachhaltig gesichert werden. Zu diesen Schutzgebieten gehören in Erlangen unter anderem Grünau, Dechsendorfer Weihergebiet, Mönau, Dechsendorfer Lohe, Seebachgrund, Moorbachtal, Regnitztal, Meilwald mit Eisgrube, Schwabachtal und Bimbachtal.

Anders als die Landschaftsschutzgebiete machen die reinen Naturschutzgebiete in Erlangen lediglich 1,79 % der Stadtgebietsfläche aus. Naturschutzgebiete werden nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes festgesetzt. Diese Gebiete sind dazu da, um die Lebensgemeinschaften bestimmter wildlebender Tier- und wildwachsender Pflanzenarten unter einen besonderen Schutz zu stellen. Aus ökologischen, wissenschaftlichen oder naturkundlichen Gründen oder wegen ihrer Schönheit wird ein

schützenswerter Schwerpunkt gesetzt. Die Ausweisung von Naturschutzgebieten erfolgt durch die Regierung von Mittelfranken. Im Erlanger Stadtgebiet sind die Brucker Lache und der ehemalige Exerzierplatz im Röthelheimpark als Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Gemäß amtlicher Stadtbiotopkartierung sind 12 % der städtischen Flächen als Biotope ausgewiesen. Damit liegt die Stadt deutlich über dem bayerischen Durchschnitt von 4 %. Trotz dichter Besiedelung und viel Infrastruktur ist Erlangen ein gutes Beispiel dafür, dass Lebensräume für eine Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten vorhanden sein können. Aufgabe der Biotopkartierung ist es, durch einen einheitlichen Standard eine Grundlage bei der Erfassung ökologisch wertvoller Lebensräume zu erhalten. Mit dieser Datengrundlage sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die immer seltener werdenden Lebensräume für Tiere und Pflanzen vor Beeinträchtigung sowie Zerstörung zu bewahren.

21 % des Erlanger Stadtgebietes sind Waldflächen mit besonders viel Staatsforst (Monäu, Klosterholz, Brucker Lache). Außerdem gibt es nordöstlich der Innenstadt einen größeren Stadtwald, den Meilwald. Wälder bieten Lebensräume zur Erhaltung der Artenvielfalt und sind außerdem klimaregulierend. Weiterhin bieten diese Raum für sportliche Aktivitäten, aber auch zur Naherholung.

Alle Waldflächen im städtischen Besitz sind zu 100 % PEFC²⁴ zertifiziert. Die Stadt Erlangen ist Mitglied im Waldbesitzervereinigung (WBV) Erlangen-Höchstadt e.V.²⁵ Als Vereinsmitglied verpflichtet sich die Stadt Erlangen zur Förderung und Erhaltung des privaten, genossenschaftlichen und körperschaftlichen Waldbesitzes. Die WBV hilft bei der Vermittlung der für eine sachgemäße Waldbewirtschaftung notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten. Sie gibt betriebliche Beratung und Unterstützung in Fragen der Hiebsauszeichnung, Holzsortierung, Holzaufnahme und Holzvermarktung. Darüber hinaus wird auch bei der Planung des Holzeinschlags, der Holzaufarbeitung und Bringung beraten. Die Unterstützung der Mitglieder bei der Pflege des Forstwegenetzes sowie zur gemeinsamen Verwertung von Walderzeugnissen und die Förderung der energetischen und thermischen Verwertung von Holz gehört auch dazu.

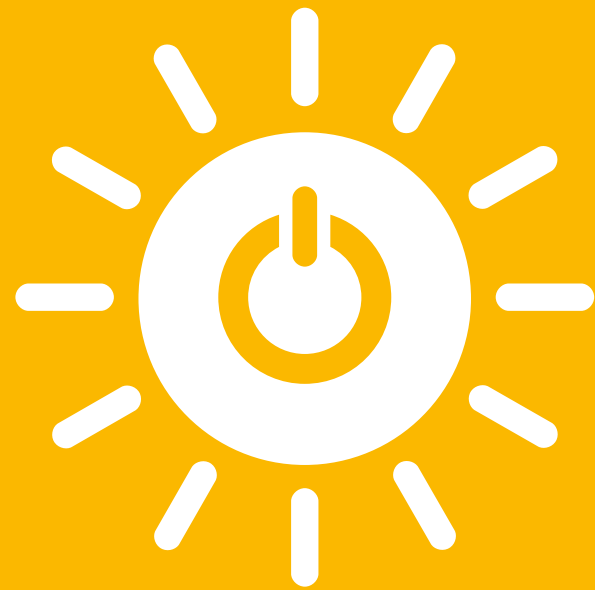
Für dieses Nachhaltigkeitsziel werden auch noch Daten zur Landschaftsqualität und Artenvielfalt erfasst. Damit ist der Bestand an Vogelarten in einer Stadt gemeint. Hierzu liegen in Erlangen noch keine Werte vor.



²⁴ PEFC ist der Nachweis für die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes. Detailinformationen gibt es unter: <http://www.wbv-erh.de/pefc-zertifizierung.html>

²⁵ Mehr Informationen verfügbar unter: www.wbv-erh.de

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE



Zugang zu bezahlbarer, verllässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

6.2 Zustand unserer Umwelt

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch [in % am Bruttoendenergieverbrauch]	3,0	3,6	3,9	+0,9	+30,0 %	●
Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung [in Wh pro Einwohner*in]	45.972,70	41.920,17	41.395,99	-4.576,71	-10,0 %	●
Energieverbrauch der privaten Haushalte [in kWh pro Einwohner*in]	1.466,73	1.271,46	1.237,94	-228,79	-15,6 %	●
Wärmeverbrauch (städtische Gebäude und Einrichtungen) [in Mio. kWh]*	26,13	26,0	23,31	-2,82	-10,8 %	●
Stromverbrauch (städtische Gebäude und Einrichtungen) [in Mio. kWh]*	7,34	7,11	7,01	-0,33	-4,5 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung
 * Diese Indikatoren sind neu von der Stadt Erlangen hinzugenommen worden.

Beim siebten Nachhaltigkeitsziel geht es darum, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch bis 2030 deutlich zu erhöhen. Als erneuerbare Energien werden dabei solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen unter anderem die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Kommunen können den Ausbau erneuerbarer Energien aktiv unterstützen. Die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch ist ein wichtiger Maßstab für das Fortschreiten der Energiewende.

Der Anteil der erneuerbaren Energien ist in Erlangen im Berichtszeitraum um 0,9 Prozentpunkte gestiegen, trotzdem ist dieser Wert im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sehr gering.

Der Erlanger Stadtrat hat bereits im Jahr 2011 einstimmig beschlossen, dass die Energiewende in Erlangen umgesetzt werden soll. Dazu ist es notwendig, den sogenannten „Energiedreisprung“ im privaten, im öffentlichen und im gewerblichen Bereich konsequent weiter zu verfolgen. Damit ist die **Einsparung von Energie, insbesondere im Gebäudebestand, die Steigerung der Energieeffizienz technischer Geräte und Prozesse sowie der Ausbau von erneuerbaren Energien** gemeint.

Zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien zeigt Abbildung 11 zwei mögliche Szenarien: Dies sind das Basis-Szenario und das Klimaschutz-Szenario. Das Basis-Szenario stellt hier die Fortführung der bisherigen Entwicklung dar. Als eher realistisch stuft die Stadt Erlangen laut IKS²⁶ jedoch das Klimaschutz-Szenario ein, denn es ist absehbar, dass durch eine verstärkte energetische Sanierung noch Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz in Erlangen vorhanden sind.

Das beschlossene Ziel der Stadt Erlangen ist, den Strombedarf bis zum Jahr 2030 zur Hälfte mittels hocheffizienter KWK-Anlagen und zur Hälfte auf Basis regenerativer Energien zu erzeugen. Die Wärmeversorgung soll bis zum Jahr 2050 vollständig auf regenerative Energien umgestellt werden. Schon im Jahr 2007 war Erlangen die erste Großstadt in Deutschland, die auf all ihren Schulen Photovoltaikanlagen installiert hatte.

Im Berichtszeitraum ist der Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung und der privaten Haushalte gesunken. Außerdem erzielte Erlangen bei den städtischen Gebäuden und Einrichtungen Einsparungen sowohl im Wärme- als auch im Stromverbrauch.

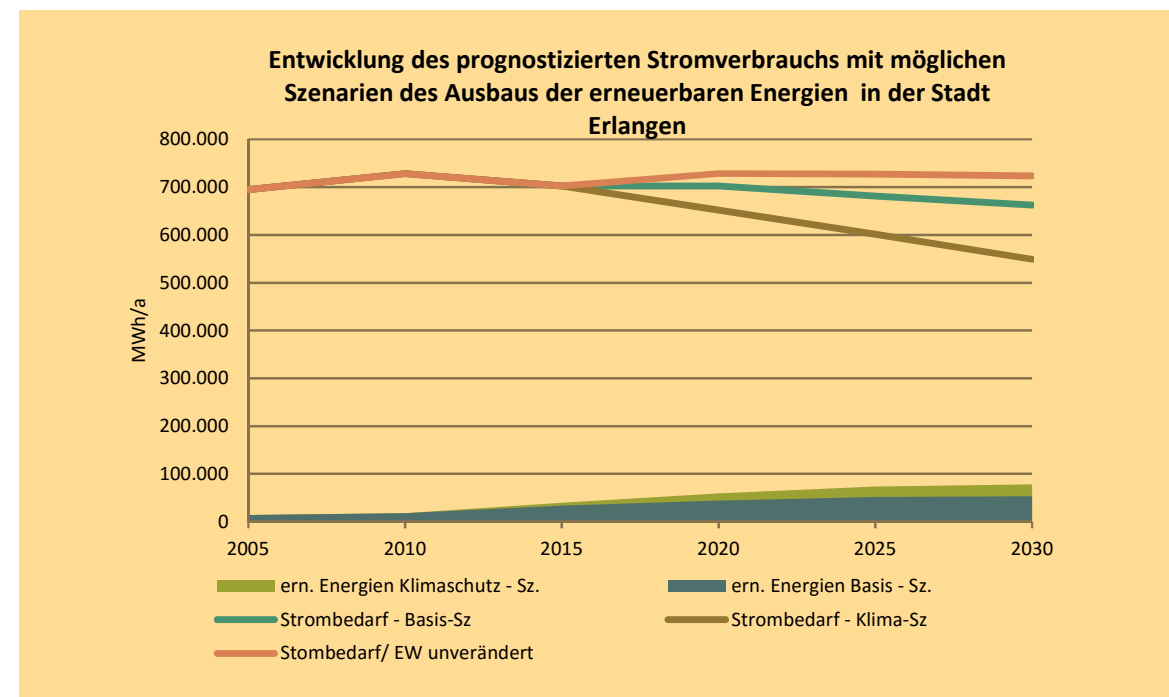


Abb. 11 Mögliche Szenarien zum Ausbau der erneuerbaren Energien²⁷
Quelle: Amt für Umweltschutz und Energiefragen

²⁶ Stadt Erlangen (Hrsg.) (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept, hier S. 17, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldaten/1/Resources/030_Leben_in_er/Dokumente/Amt_31/31Klima_Integriertes_Klimaschutzkonzept.pdf (abgerufen am: 17.03.2020).

²⁷ Stadt Erlangen (Hrsg.) (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept, hier S. 16, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldaten/1/Resources/030_Leben_in_er/Dokumente/Amt_31/31Klima_Integriertes_Klimaschutzkonzept.pdf (abgerufen am: 17.03.2020).

Von städtischer Seite sind unter anderem die Vernetzung der Akteure durch die Lenkungsgruppe EnergieeffizientER und die AG Energieversorgung, die Vereinbarungen zur Erlanger Klimaallianz, die Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Radfahrer*innen, Fußgänger*innen), die Sanierung kommunaler Gebäude und Schulen, die Konzeption einer Energie-Plus-Siedlung oder die kostenlose Energieberatung für Bürger*innen (Eigentümer*innen und Mieter*innen) als Maßnahmen umgesetzt. Die Energieberatung bezieht sich sowohl auf Wohn- als auch auf Nichtwohngebäude. Es gibt darüber hinaus Förderprogramme für die energetische Sanierung und für eine energieeffiziente Gebäudetechnik sowie ein Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung mit Pflanzberatung.

Weitere Maßnahmen zur Energiewende sind entweder geplant oder teilweise umgesetzt. Dies sind im Einzelnen die Errichtung von Solaranlagen auf städtischen Dächern sowie die Realisierung von städtischen Neubauten in Passivhausbauweise. Es soll bei den Bestandsbauten eine sukzessive energetische Sanierung erfolgen. Schon 2016 war das Gebäudemanagement bestrebt, bei allen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen die gesetzlich vorgegebenen Energiestandards deutlich zu unterschreiten. Beispielhaft wurde dazu ein Sanierungsprojekt (Kinderhort „Sonnenblume“) sowie ein Neubauprojekt (Sporthalle Marie-Therese-Gymnasium) vorgestellt. Im Jahr 2017 wurden diese Maßnahmen ebenfalls für das Neubauprojekt (Bürger- und Vereinshaus Kriegenbrunn) umgesetzt.

Erlangen hat schon im Jahr 2017 eine Energieeffizienzstrategie für eine Klimaneutralität im Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 entwickelt. Die Effizienzstrategie analysiert die langfristige Entwicklung des Energiebedarfs und der Energieversorgung. Sie zeigt Wege auf, wie bis 2050 die Klimaschutzziele der Bundesregierung erreicht werden können. Schwerpunkt dieser Studie²⁸ ist der Gebäudebereich (Wohnen und Nichtwohnen), bei dem bis 2050 nahezu Klimaneutralität erzielt werden soll. Ein Beispiel für die Umsetzung zeigt die Energie-Plus-Siedlung im Baugebiet „Häuslinger Wegäcker Mitte“. Die gesamte Siedlung erzielt ein Energie-Plus. Hier konnte durch eine optimale Wärmedämmung der Gebäude, eine hocheffiziente Gebäudetechnik und Photovoltaik auf den Dächern im Laufe des Jahres mehr Energie erzeugt als verbraucht werden.

Auch im Klärwerk wurden durch technische Verbesserungen im Dezember 2016 erhebliche energiesparende Schritte für die Energiewende eingeleitet. Durch die Inbetriebnahme neuer Gasmotoren für die eigene Energieerzeugung ist ein wesentlicher Schritt zur Realisierung eines energieneutralen Klärwerks erreicht worden. Das Klärgas, welches hier als Abfallprodukt entsteht, wird direkt vor Ort als Energieträger genutzt, sodass Kreislaufprozesse entstehen, die dazu führen, dass der komplette thermische und ca. 80 % des elektrischen Energiebedarfs durch Klärgasverwertung gedeckt werden. In Abbildung 12 ist die Entwicklung von Klär- und Erdgas von 2009 bis 2018 aufgezeigt.

²⁸ Die Studie ist gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (Programm zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz (BayINVENT)).

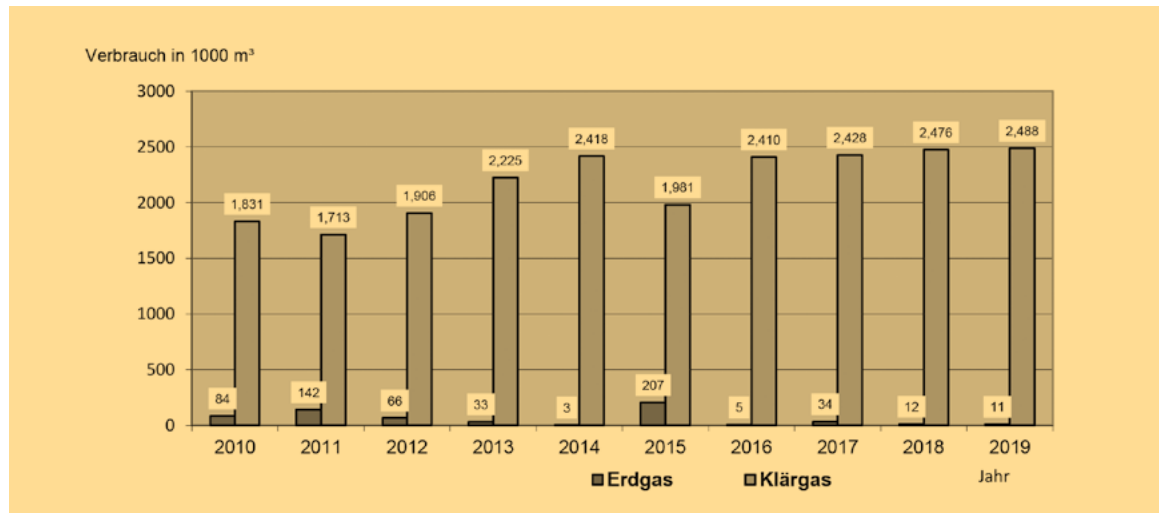


Abb. 12 Verbrauch an Klär- und Erdgas im Klärwerk²⁹
Quelle: Entwässerungsbetrieb Stadt Erlangen

Seit 2013 werden zudem geeignete Dachflächen von Gebäuden im Klärwerk Zug um Zug mit Solarzellen bestückt, die ergänzend zur energetischen Klärgasnutzung den elektrischen Energiebedarf der Abwasserreinigung decken und die Energieeffizienz der Anlage weiter erhöhen (Abb. 13).

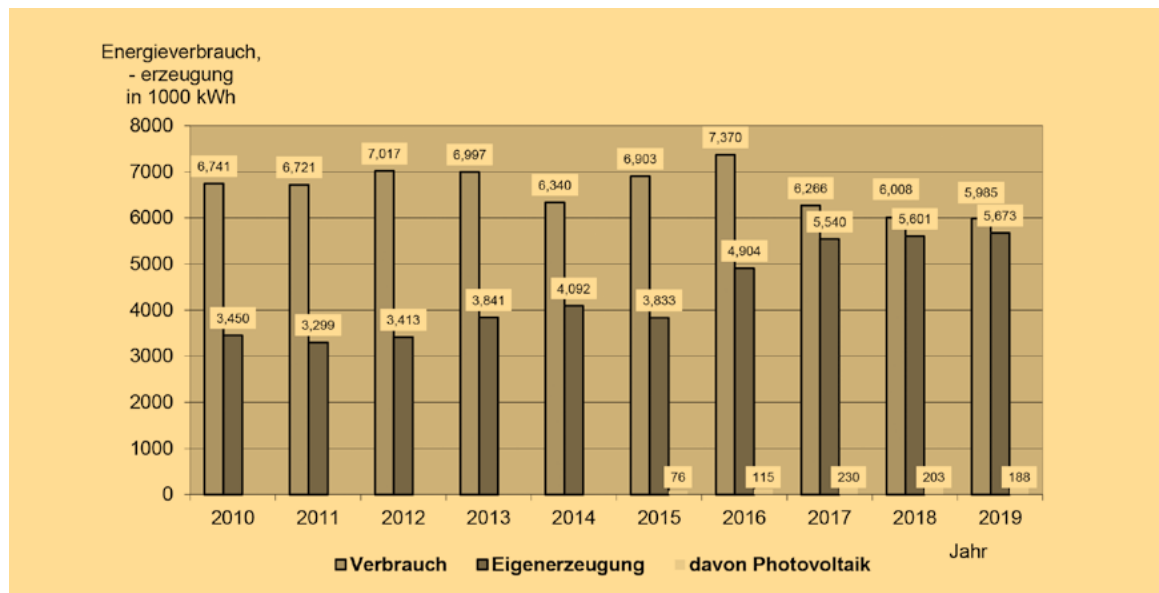


Abb. 13 Verbrauch und Eigenerzeugung an elektrischer Energie im Klärwerk³⁰
Quelle: Entwässerungsbetrieb Stadt Erlangen

²⁹ Umweltbericht 2018 des Entwässerungsbetriebs der Stadt Erlangen, hier S. 29, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldaten/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/broschueren/Umweltbericht.pdf (abgerufen am: 18.03.2020).

³⁰ Umweltbericht 2018 des Entwässerungsbetriebs der Stadt Erlangen, hier S. 28, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldaten/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/broschueren/Umweltbericht.pdf (abgerufen am: 18.03.2020).

Die ESTW als 100%-ige Tochter der Stadt leistet ebenfalls einen direkten und indirekten Beitrag zu zahlreichen Energieeinsparungsaktivitäten. Im Energieberatungszentrum finden Kunden seit 1992 Ansprechpartner*innen, um sich zu Möglichkeiten der rationellen, sparsamen und sinnvollen Energieanwendung beraten zu lassen. Weiterhin fördern die ESTW die Auswertung des energetischen Zustands der Gebäudehülle von Ein- und Mehrfamilienhäusern mittels Thermographie³¹. So können Kund*innen der Stadtwerke zu günstigeren Konditionen Thermographie-Aufnahmen erstellen lassen.

Ein besonderes Beratungsangebot der ESTW stellt die Energieberatung für einkommensschwache Haushalte dar. Hierbei handelt es sich um ein spezielles Beratungsangebot für Erlanger*innen, die ALG II, Sozialhilfe oder Wohngeld beziehen. Der „Energiesparhelfer“ berät die Haushalte kostenfrei über Möglichkeiten, Energie und somit Kosten einzusparen. Darüber hinaus können bei den Stadtwerken diverse Messgeräte wie Stromverbrauchsmessgeräte, Hygrometer oder ganze Strommesssysteme kostenfrei ausgeliehen werden. Neben den Energieberatungen tragen die Stadtwerke die Themen Energiesparen, Nachhaltigkeit, Ökologie und Ökonomie regelmäßig durch die Kundenzeitschrift „Energie & Mehr“ sowie durch das Nachhaltigkeitsmagazin „wertvoll 30“ in die Öffentlichkeit. Das Engagement für Energiesparen und Nachhaltigkeit wird in vielen Wettbewerben und öffentlichen Vorträgen unterstrichen. So sind die Erlanger Stadtwerke (ESTW) beispielsweise Sponsoren des Umweltpreises der Stadt Erlangen.

Der Ausstieg aus der Kohlekraft wurde bereits im April 2020 vollzogen. Das ehemalige Kohlekraftwerk soll bis 2022 durch ein Gaskraftwerk ersetzt werden³². Dies führt zu einer Einsparung bei den CO₂-Emissionen, denn Erdgas hat einen etwa halb so hohen CO₂-Emissionsfaktor als Steinkohle.³³

³¹ Unter „Thermographie“ versteht man das Aufzeigen der Oberflächentemperatur von Objekten.

³² Die Energieversorgung wird bis 2022 durch das Gas-Blockheizkraftwerk (Bunsenstr. 1) gewährleistet. Darüber hinaus können noch Wärmekessel und das Heizwerk Frauenaarach hinzugeschaltet werden.

³³ Steinkohle hat einen CO₂-Emissionsfaktor von 93,6 t CO₂/TJ (entspricht 0,354 kg CO₂/kWh) und Erdgas hat einen CO₂-Emissionsfaktor von 55,9 t CO₂/TJ (entspricht 0,202 kg CO₂/kWh). Diese Zahlen sind entnommen aus: Umweltbundesamt (Hrsg.) (2016): CO₂-Emissionsfaktoren für fossile Brennstoffe, Dessau-Roßlau, S. 45.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS-WACHSTUM



Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Bruttoinlandsprodukt [Euro je Einwohner*in]	92.002	93.365	k.A.	+1.363*	+1,5* %	●
Beschäftigung im Forschungsbereich [in % aller Erwerbspersonen]	0,05	0,13	k.A.	+0,08*	+160* %	●
Langzeitarbeitslosenquote [% der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind]	1,8	1,7	1,6	-0,2	-11,1 %	●
Beschäftigungsquote [Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 15 und 64 Jahren, in %]	57,9	59,3	60,3	+2,4	+4,1 %	●
Unterbeschäftigungsquote [% der Erwerbspersonen in einer Arbeitsförderungsmaßnahme]	4,8	4,6	4,4	-0,4	-8,3 %	●
Aufstocker [Anteil derjenigen, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld erwerbstätig sind, gemessen an der Gesamt-Arbeitslosenzahl, in %]	30,0	28,1	28,2	-1,8	-6,0 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung
 * Die Zahlen aus 2016 wurden mit den Werten aus 2017 verglichen.

8

Mit diesem Nachhaltigkeitsziel soll eine höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreicht werden. Bis 2030 sollen die Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion verbessert werden und eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung gelingen. Weiterhin ist es das Ziel, dass bis 2030 eine produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, Frauen und Männer, junge Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreicht werden. Es soll auch der Anteil junger Menschen erheblich verringert werden, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung haben.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Einwohnerzahl liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard.

Mit 93.365 Euro je Einwohner*in (2017) hat Erlangen einen der höchsten Werte unter allen deutschen Großstädten. Erfolgreiche mittelständische Betriebe tragen ebenso wie Weltunternehmen und aufstrebende Start-ups zu diesem Ergebnis bei. Gemeinsam mit den wissenschaftlichen Einrichtungen prägen sie nicht nur das Stadtbild, sondern sichern auch Erlangens Wohlstand und bilden damit die Grundlage für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen.

Diese positive Entwicklung gilt es zu sichern. Dies setzt nicht nur ein wirtschaftsfreundliches Klima, sondern auch Rahmenbedingungen bzw. Standortfaktoren voraus, die es erfolgreichen ortsansässigen Unternehmen ermöglichen, sich zu entfalten und zu wachsen. Das Wirtschaftsreferat unterstützt in vielfältiger Weise diese Entwicklung, damit der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Erlangen auch künftig Spitzenplätze hinsichtlich Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit belegt. Eine hohe Beschäftigung im Forschungsbereich liefert ebenfalls einen wichtigen Beitrag hierzu. Zu diesem Indikator gibt es keine Vergleichswerte für Erlangen.

Der Indikator „Langzeitarbeitslose“ gibt Auskunft über die Lebensqualität einer Kommune. So deutet die niedrige Quote auf eine höhere Lebensqualität und auf Vollbeschäftigung hin. Jedoch umfasst der Indikator nur Personen, die sich bei der Agentur für Arbeit oder anderen Trägern der Grundsicherung als Arbeitsuchende gemeldet haben. Personen, die erstmals in eine Langzeitarbeitslosigkeit fallen, behalten tendenziell diesen Status auch für eine längere Zeit. Für die Kommune sind Langzeitarbeitslose die Personengruppe mit den größten Hemmnissen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das kommunale Jobcenter bietet eine gute Steuermöglichkeit, den Zugang zur Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, was einfacher ist als eine verfestigte Struktur abzubauen. Die oben genannte Quote beinhaltet sowohl Betroffene aus dem SGB II als auch aus dem SGB III.

Der Indikator „Beschäftigungsquote“ berücksichtigt nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, d.h. Personengruppen wie geringfügig Beschäftigte werden nicht erfasst. Ebenfalls macht der Indikator keinen Unterschied zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung. Die Beschäftigungsquote bietet Rückschlüsse auf die soziale Situation der Bewohner*innen. Eine gute Quote sichert eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Durch eine hohe Beschäftigungsquote verbessern sich die kommunalen Einnahmen. Auswirkungen einer hohen Beschäftigungsquote sind unter anderem ein anspruchsvoller Arbeitsmarkt und ein zunehmender Berufsverkehr. Vor allem für SGB-II-Arbeitssuchende stellt der anspruchsvolle Arbeitsmarkt eine Hürde da.

Die Unterbeschäftigungsquote erfasst den Anteil der Beschäftigten, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmer*innen einer Maßnahme der Arbeitsförderung sind.

Der Indikator „Aufstocker“ beinhaltet Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Voraussetzung für eine Erfassung dieser Quote ist, dass die Betroffenen einen Antrag auf Leistungen stellen. Auch wenn dieser Wert im Berichtszeitraum gesunken ist, so liegt dieser immer noch weit über dem deutschlandweiten Durchschnitt. Hier gilt es, für Erlangen geeignete Maßnahmen zur Eindämmung zu finden.

Die Aufstockerquote hängt unter anderem mit dem hohen Mietniveau in Erlangen zusammen. Um den Lebensunterhalt und die Kosten für die Wohnung sichern zu können, bedarf es eines entsprechend hohen, auskömmlichen Einkommens. Aufgrund fehlender oder geringer Qualifikationen ist für eine bestimmte Personengruppe nur die Aufnahme einer Beschäftigung im Mindestlohn- oder Niedriglohnsektor möglich. Erziehende können oft wegen der Betreuungszeiten der Kinder bestimmten Tätigkeiten in den vorgegebenen Arbeitszeiträumen nicht nachkommen oder können deshalb nur in Teilzeit arbeiten.

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



Widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Existenzgründungen [neue Betriebe je 1.000 Einwohner*innen]	6,5	6,1	7,0	+0,5	+7,7 %	●
Hochqualifizierte [Anteil der Akademiker*innen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, in %]	32,4	33,2	34,1	+1,7	+5,2 %	●
Breitbandversorgung [in % der Haushalte, die mindestens 50 Mbit/s nutzen konnten]	95	95	95	keine	Keine	▶

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

9

Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Beim neunten Nachhaltigkeitsziel geht es darum, bis 2030 die Infrastruktur zu modernisieren und die Industrien nachzurüsten, damit diese Maßnahmen zu effizienterem Ressourceneinsatz und für eine vermehrte Nutzung von sauberen und umweltverträglichen Technologien und Industrieprozessen führen. Innovationen sollen zudem gefördert werden.

Das Wirtschaftsreferat der Stadt Erlangen unterstützt Existenzgründer*innen nicht nur durch kostenlose Gründungsberatungen, sondern unter anderem auch bei der Immobiliensuche. Regelmäßige Beratungstage mit den Aktivsenioren Bayern e.V. ergänzen das Angebot. Mit der IGZ Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg-Fürth-Erlangen GmbH und der Medical Valley Center GmbH verfügt Erlangen gleich über zwei sehr erfolgreiche Gründerzentren. Bereits im Jahr 2007 ist die Stadt Erlangen als eine der Gründungsmitglieder dem „Existenzgründerpakt Bayern“ beigetreten.

Im Jahr 2018 betrug die Anzahl an Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben in Erlangen 784, was eine Quote von 7,0 je 1.000 Einwohner*innen darstellt. Dies entspricht einer ähnlichen Größenordnung wie in Städten mit vergleichbarer Struktur, wie z. B. Ingolstadt (6,9), Regensburg (6,7) oder Würzburg (7,0). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Quote deutlich an, 2017 lag die Anzahl der Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben noch rund 100 Neuerrichtungen unter der Anzahl von 2018, was einer Quote von 6,1 entspricht.

Erlangen ist ein überdurchschnittlich guter Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie gehört zu den führenden Städten in der Europäischen Metropolregion

Nürnberg (EMN).³⁴ Vergleicht man die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Erlangen mit der gesamten EMN-Kultur- und Kreativwirtschaft, so erreicht Erlangen hier einen Anteil von rund 10 Prozent, sowohl beim Umsatz als auch bei der Beschäftigung. Auch in bundesweiter Betrachtung ist Erlangen in der Kultur- und Kreativwirtschaft stark vertreten (Abb. 14).

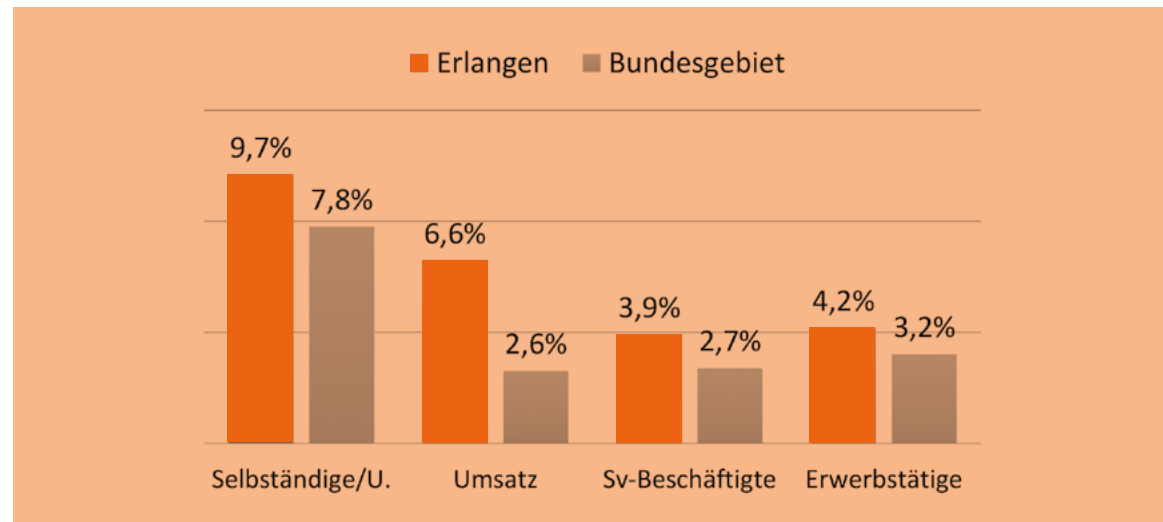


Abb. 14 _____ %-Anteil Kultur-/Kreativwirtschaft an Gesamtwirtschaft im Vergleich (2016)³⁵
 Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik; Bundesagentur für Arbeit; Destatis; eigene Berechnungen
 Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln/Erlangen

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist in Erlangen ein wichtiger Treiber für innovative Ideen, daher ist es das Ziel, die Entwicklungs- und Marktchancen für Kulturschaffende und Kreative in Erlangen zu unterstützen. Erlangen soll weiterhin ein attraktiver Standort mit guten Rahmenbedingungen sein.

Die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaftsstandorten hängt zunehmend von der Qualifikation der Beschäftigten ab. Dabei zeigt sich, dass hochqualifiziertes Personal ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Unternehmen und zugleich Voraussetzung für die Entstehung von Innovationen ist. Nach den jüngsten Zahlen (Stichtag: 31. März 2019) haben in Erlangen von 91.634 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 31.644 einen akademischen Abschluss. Mit einer Quote von 34,1 % im Jahr 2018 liegt Erlangen mit München damit bundesweit an der Spitze.

Die Rolle Erlangens als wichtiges Arbeitsmarktzentrum für die gesamte Region, insbesondere für Hochqualifizierte, ist unbestritten. Diese Innovationskraft zeigt sich auch nicht zuletzt durch den im Bau befindlichen Siemens Campus, die Entwicklung

³⁴ Bayerisches Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft (Hrsg.) (2019): 2. Bericht der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Europäischen Metropolregion Nürnberg, verfügbar unter: https://bayern-kreativ.de/wp-content/uploads/2019/05/bayernkreativ_zweiter_bericht_kuk.pdf (abgerufen am: 22.03.2020).

³⁵ Bayerisches Landesamt für Statistik; Bundesagentur für Arbeit; Destatis; Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln/Erlangen

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, insbesondere der Technischen Fakultät, die Ansiedlung des Sondermaschinenbaus der Schaeffler AG, die Institute von Fraunhofer (IIS und IISB), Max-Planck und Helmholtz und schließlich durch die beiden Erlanger Gründerzentren. Die Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Erlangen gehört zu den Kernaufgaben kommunaler Wirtschaftspolitik. Das Wirtschaftsreferat arbeitet aktiv daran, dass der Standort Erlangen wettbewerbs- und zukunftsfähig bleibt.

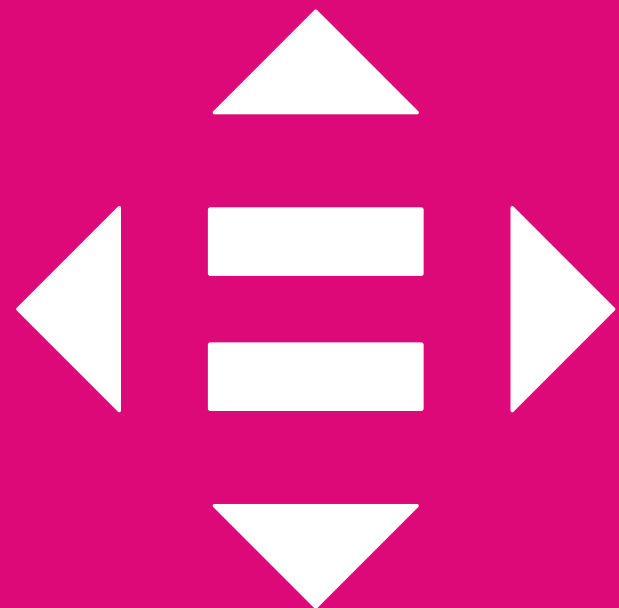
Die Erlanger Stadtwerke AG und das Wirtschaftsreferat treiben den Ausbau breitbandiger Internetverbindungen voran. Mehr als 95 % der Haushalte haben bereits Zugang zu Internetverbindungen mit einer Übertragungsrate von über 50 Mbit/s. 65 % aller Wohnungen sind mit Glasfaser erschlossen und 55 % haben Glasfaser im Keller. Hier liegt Erlangen bei der Erschließung über dem deutschlandweiten Durchschnitt.

Als Grundvoraussetzung für unternehmerisches Handeln wird die Breitbandversorgung verstärkt zum zentralen Standortfaktor. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit dem Breitbandinternet, z. B. durch die Ermöglichung der Arbeit im „Home-Office“. Hierdurch wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Verfügbarkeit von Arbeitnehmer*innen in pandemiebedingten Krisenzeiten (z. B. Corona-Krise) gefördert.

Die Stadt Erlangen stellt zusammen mit dem City-Management kostenloses WLAN zur Verfügung. In der Erlanger Innenstadt und in städtischen Einrichtungen wurden WLAN-Standorte mit der Initiative Freifunk Franken³⁶ eingerichtet, um Bürger*innen die kostenlose Nutzung des Internets zu ermöglichen. Die Freifunk Franken Community setzt sich für den Aufbau eines freien, unabhängigen WLAN-Netztes ein. Ziele sind ein autarkes, dezentrales Bürger-Netzwerk sowie die Versorgung der Erlanger Innenstadt mit freiem WLAN. Freifunk ist ein Mitmach-Netz, deswegen beteiligen sich immer mehr Menschen am Aufbau von Freifunk und stellen Router und Routerstandorte zur Verfügung. Gerade den intensiv genutzten Hotspot am Hugentotenplatz nutzen täglich durchschnittlich 50 Bürger*innen.

³⁶ Mehr Informationen zur Initiative verfügbar unter: www.freifunk-erlangen.de

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN



Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung		
				2016 bis 2018 absolut	relativ	
Beschäftigungsquote von Ausländer*innen [in %]	46,2	48,3	50,4	+4,2	+9,1 %	●
Beschäftigungsquote gesamt [in %]	34,6	36,4	37,8	+3,2	+9,2 %	●
Schulabbrecherquote von Ausländer*innen [in %]	14,3	14,0	11,2	-3,1	-21,7 %	●
Schulabbrecherquote gesamt [in %]	3,22	3,6	2,8	-0,42	-13,0 %	●
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer*innen zur Beschäftigungsquote gesamt [in %]	133,7	132,7	133,2	-0,5	-0,4 %	▶
Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländer*innen zur Schulabbrecherquote gesamt [in %]	444,1	388,9	400,0	-44,1	-9,9 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

In diesem Nachhaltigkeitsziel geht es darum, dass eine geordnete, sichere und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtert wird. Dies soll durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik geschehen. Außerdem sollen alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem Status selbstbestimmt leben können.

Das 10. Nachhaltigkeitsziel misst den Anteil der Haushalte mit jeweils niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen an der Zahl der Gesamt-Haushalte. Dabei ist jedoch die persönliche Zufriedenheit nicht allein vom Einkommen abhängig, sondern wie gerecht der Einzelne die Wohlstandsverteilung empfindet. Für die Indikatoren zur Einkommensverteilung fehlen in Erlangen bisher die Daten.

Ebenso sind die Beschäftigungsquote und die Schulabbrecherquote von Ausländer*innen ein wichtiger Indikator, wenn es um Gerechtigkeit und Chancengleichheit geht. Hier hat Erlangen sich im Berichtszeitraum verbessern können. Auch das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer*innen zur gesamten Beschäftigungsquote in Erlangen gehört deutschlandweit zu den höchsten.

Für die Kennzahlen zu den Schulabbrecherquoten von Ausländer*innen liegen folgende Werte vor: Im Jahr 2016 haben von 168 ausländischen Schulabgänger*innen 24 Schulabgänger*innen in der Stadt Erlangen keinen Schulabschluss erreicht.

Dies entspricht einer Quote von rund 14,3 %. Das Verhältnis dieser Quote zur Quote aller Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss (3,22 %) kann also mit 444,1 beziffert werden.

Im Jahr 2017 haben von 164 ausländischen Schulabgänger*innen 23 Schulabgänger*innen keinen Schulabschluss erreicht, was einer Quote von rund 14,02 % entspricht. Das Verhältnis dieser Quote zur Quote aller Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss (3,6 %) kann mit 388,9 beziffert werden. Im Jahr 2018 erhöhte sich diese Quote wieder auf einen Wert von 400. Auch wenn dieser Wert sehr hoch ist, konnte Erlangen sich über den gesamten Berichtszeitraum verbessern und liegt deutschlandweit im Durchschnitt.

Für eine Reduzierung der Schulabbrüche bei Schüler*innen mit Migrationshintergrund werden verschiedene Projekte und Maßnahmen angeboten:

1. Berufsintegrationsklassen

Berufsintegrationsklassen stellen ein zweijähriges Vollzeitangebot der Berufsschule dar mit dem Ziel, den Schüler*innen mit Flucht- oder Migrationshintergrund nach Ende der Vollzeitschulpflicht die fachlichen und personalen Kompetenzen zu vermitteln, die für eine anschließende Berufsausbildung, Arbeitsaufnahme oder weitere schulische Bildungsangebote benötigt werden.

2. Betreuung im Ganzttag (GTS) / Optimierte Lernförderung

Qualifizierte Dozent*innen der vhs Erlangen unterstützen die Schulen entsprechend ihres Ganztageskonzeptes und führen Bildungsangebote durch. Das Spektrum umfasst auch gezielte Deutschförderung für neuzugewanderte Kinder.

3. Interkulturelle Elternarbeit

Die interkulturelle Elternarbeit berät und unterstützt Familien bei der schulischen Entwicklung ihrer Kinder. Sie bietet Übersetzung durch Sprachmittler bei Elterngesprächen und -abenden sowie Fachberatung zu interkulturellen Themen.

4. Handreichung für Betreuer*innen, Ehrenamtliche und Fachkräfte „Bildungsangebote für Neuzugewanderte in Erlangen“

Betreuer*innen, Ehrenamtliche und Fachkräfte, die Neuzugewanderte bei ihrer Integration in Bildung beraten und unterstützen, erhalten einen kompakten und umfassenden Überblick über Bildungsangebote, die für Neuzugewanderte geschaffen wurden.

5. Die „begleiter.“

Die „begleiter.“ vermitteln ehrenamtliche Bildungspat*innen an Erlanger Schüler*innen (schulart-unabhängig). Die Bildungspat*innen unterstützen und fördern Kinder und Jugendliche mit multiplen Problemlagen individuell bei schulischen Schwierigkeiten und in der Persönlichkeitsentwicklung. Etwa 90 % der geförderten Kinder und Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund.

6. Wi.L.D.

Wi.L.D. ist ein kommunales Sprachförderprogramm der Stadt Erlangen zusammen mit dem Fach Didaktik des Deutschen als Zweitsprache der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

7. Deutsch-Offensive

Die Kommunale Sprachförderung der Stadt Erlangen fördert im Rahmen der Deutsch-Offensive Kurse, insbesondere für Kindergarten- und Vorschulkinder, Schüler*innen und Jugendliche, Frauen (auch mit Kinderbetreuung) und Erwachsene.

8. Lernstuben

Lernstuben sind Tageseinrichtungen für Schulkinder mit erhöhtem Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbedarf von der 1. bis zur 10. Klasse.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Wohnungsneubau [%-Anteil neuer Wohnungen an Anzahl bestehender Wohnungen]	0,8	1,5	1,6	+0,8	+100 %	●
Kommunaler Wohnungsbau [Anzahl neuer Wohnungen pro 1.000 Einwohner*innen]	4,5	8,5	8,5	+4,0	+88,9 %	●
Geförderter Wohnungsbau* [%-Anteil geförderter Mietwohnungen an Anzahl bestehender Wohnungen]	4,6	4,7	4,8	+0,2	+4,3 %	●
Mietpreise [Durchschnittliche Netto-Kaltmiete in Euro je m ²]	7,44	8,14	k.A.	+0,7**	+9,4 %**	■
Modal Split*** [Aufkommen Fußverkehr/ Radverkehr/ÖPNV, in %]	—	—	71	—	—	—
Wohngeldhaushalte**** [in %]	1,25	1,7	0,99	-0,26	-20,8 %	●
Motorisierungsgrad [private Pkw pro 1.000 Einwohner*innen]	479	480	481	+2	+0,4 %	▶
Verunglückte im Verkehr [Verletzte oder Getötete pro 1.000 Einwohner*innen]	6,2	5,6	6,0	-0,2	-3,2 %	●
Flächenverbrauch [% der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche]	41,4	41,5	41,6	+0,2	+0,5 %	▶
Intensität der Flächennutzung [Siedlungs- und Verkehrsfläche in km ² pro 1.000 Einwohner*innen]	0,285	0,283	0,282	-0,003	-1,1 %	●
Flächenbedarf von Arbeitsplätzen [Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pro km ² Gewerbefläche]	344,1	343,5	355,1	+11,0	+3,2 %	●
Naherholungsflächen [km ² je 1.000 Einwohner*innen]	0,14	0,14	0,15	+0,01	+7,1 %	●
Spielplatzflächen [m ² pro Einwohner*in 0 bis 15 Jahre]	18,7	18,6	18,5	-0,2	-1,1 %	■
Gewaltkriminalität [Straftaten je 1.000 Einwohner*innen]	9,3	8,9	8,3	-1,0	-10,8 %	●
Eigentumsdelikte [Diebstähle und Unterschlagungen je 1.000 Einwohner*innen]	29,8	26,5	26,5	-3,3	-11,1 %	●

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung

* Der Indikator „Geförderter Wohnungsbau“ wurde von der Stadt Erlangen neu erhoben.

** Die Zahlen aus 2016 wurden mit den Werten aus 2017 verglichen.

*** Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Transportaufkommens auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV und MIV). Der Wert bezieht sich auf die Mobilität der Erlanger Bürger*innen.

**** Der ursprüngliche Indikator „Wohngeld“ wurde von der Stadt Erlangen (Sozialamt) in „Wohngeldhaushalte“ geändert.

Bei diesem Ziel geht es darum, für alle Menschen angemessenen, sicheren und bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Auch die Grundversorgung aller soll bis 2030 sichergestellt und der Ausbau nachhaltiger Verkehrsarten, vor allem des Umweltverbundes aus Fuß-, Rad- und Öffentlichen Verkehr, weiter vorangetrieben werden. Bis 2030 gilt es außerdem, die von den Städten ausgehende Umweltbelastung zu senken. Die Grünflächen spielen daher eine besondere Rolle. Der Zugang zu diesen Flächen und zu allen anderen öffentlichen Räumen soll für die komplette Bevölkerung möglich sein.

Das SDG 11 hat im Vergleich zu allen anderen SDGs die meisten Unterziele. Diese lassen sich in die Bereiche Wohnen, Mobilität, Flächenverbrauch/-nutzung sowie Kriminalität einordnen.

Wohnen

Für eine wachsende Kommune wie Erlangen ist es wichtig, im Wohnungsbe- reich mit steigenden Einwohnerzahlen Schritt halten zu können. Die Lage auf dem Erlanger Wohnungsmarkt ist sehr angespannt, denn die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen ist groß. Das Angebot ist dagegen eher begrenzt. In Erlangen besteht ein besonderer Bedarf an gefördertem Wohnraum für Ein- Personen-Haushalte und für große Familien (vier Personen und mehr)³⁷. Inner- halb von lediglich zwei Jahren ist sowohl im Wohnungsneubau (Abb. 15) als auch beim kommunalen Wohnungsbau (Abb. 16) eine nahezu Verdopplung gelungen, trotzdem können die Bedarfe nicht gedeckt werden. Der Bestand an geförder- tem Wohnraum mit fünf Zimmern oder mehr ist verschwindend gering. Positiv ist, dass die Zahl der Wohnpartnerschaften im Projekt „Wohnen für Hilfe“³⁸ gestiegen ist. Die Stadt Erlangen verzeichnete zum Jahresende 2018 insgesamt 197 vermittelte Wohnpartnerschaften. Dieser Wert stieg bis Anfang August 2019 auf 215³⁹.

³⁷ Mehr Informationen zum Wohnungsmarkt in der Stadt Erlangen finden sich im Wohnungsbericht 2018, März 2019, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/030_leben_in_er/dokumente/amt61/611_B_Wohnungsbericht_Stadt_Erlangen_2018.pdf (abgerufen am: 23.05.2020).

³⁸ In diesem Projekt wird Studierenden und Menschen in Ausbildung ungenutzter Wohnraum kostengünstig gegen Hilfe im Alltag zur Verfügung gestellt. Hilfeleistungen sind z. B. Haus- oder Gartenarbeit, Gesellschaft leisten, Tierpflege, Kinderbetreuung usw. (ausgenommen sind pflegerische oder medizinische Dienste).

³⁹ Mehr Informationen zum Projekt „Wohnen für Hilfe“ liefert folgende Internetseite: https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1615/3532_read-26232/ (abgerufen am: 29.10.2020).

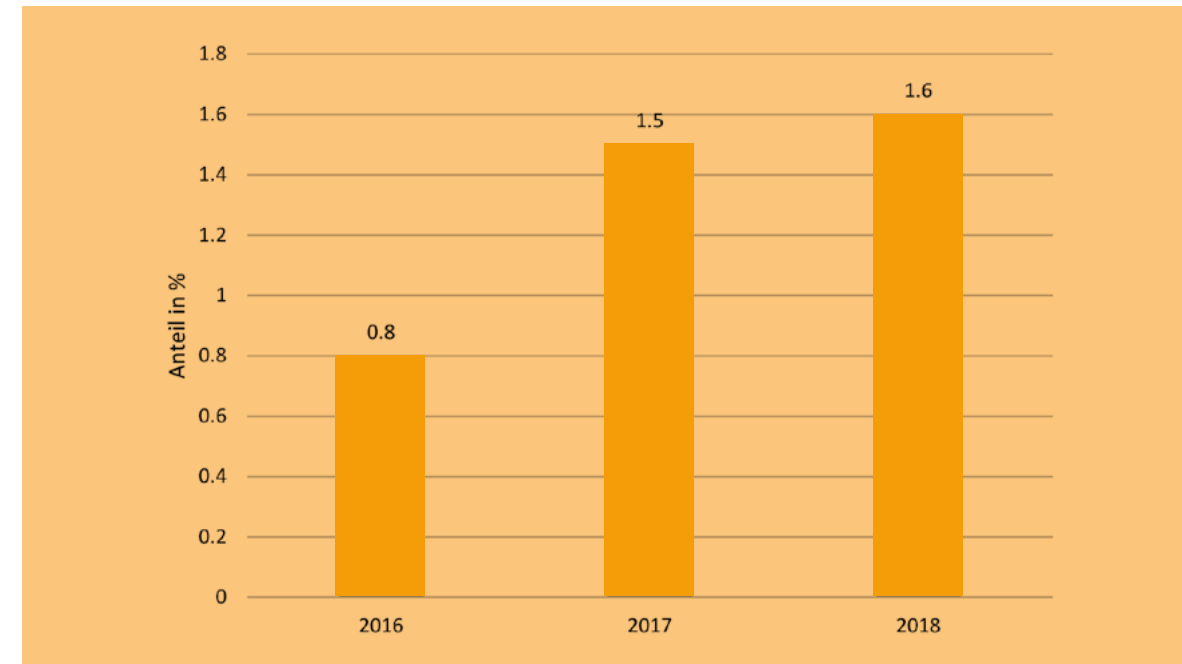


Abb. 15 Anteil neu gebauter Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand (in %) Quelle: Amt für Umweltschutz und Energiefragen

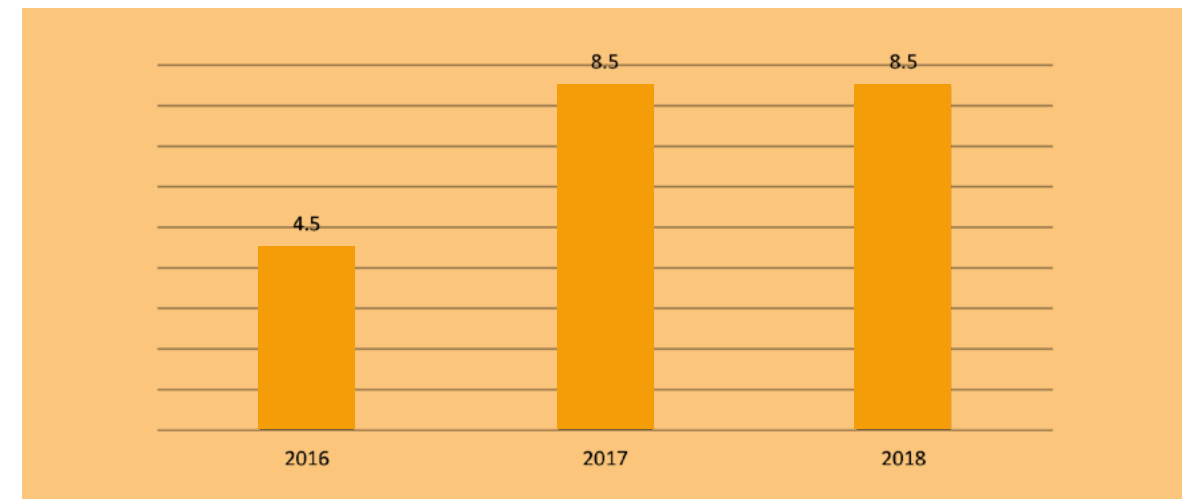


Abb. 16 Anzahl kommunaler Wohnungsbau pro 1.000 Einwohner*innen Quelle: Amt für Umweltschutz und Energiefragen

Der Indikator „Geförderter Wohnungsbau“ wurde neu hinzugefügt und bezeich- net die Anzahl der geförderten Mietwohnungen gemessen an der Anzahl der beste- henden Wohnungen. Hier ist im Berichtszeitraum ein leichter Anstieg um 4,3 % zu verzeichnen, was eine positive Entwicklung ist. Dennoch ist der Anstieg viel zu gering, denn es fehlt weiterhin an bezahlbarem Wohnraum und der Bau von neuem geförder- ten Wohnraum ist dringend erforderlich.

Die Mietpreise (durchschnittliche Netto-Kaltmiete in Euro je m²) in Erlangen gehören nach München zu den höchsten in Bayern und sind erneut gestiegen. Durch einen starken Zuzug und eine erhöhte Nachfrage nach Wohnungen ist kaum absehbar, dass sich die Mietpreise erholen werden. Dies erschwert vor allem Personen mit einem geringen Einkommen, eine geeignete Mietwohnung in Erlangen zu finden. Positiv ist die Entwicklung der Wohngeldhaushalte. Hier hat sich der Anteil verringern können, was darauf hindeutet, dass weniger Menschen in Erlangen auf Wohngeld angewiesen sind, dennoch ist die Zahl weiterhin sehr hoch. Zusätzlich hat sich die Anzahl der Haushalte, die einkommensorientierte Förderung (EOF) erhalten, in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

Mobilität

Für das Nachhaltigkeitsziel Nr. 11 wird der Motorisierungsgrad erhoben. Dieser Indikator erfasst die Anzahl der privaten Pkw pro 1.000 Einwohner*innen und bietet mit einer Zeitreihenanalyse die Möglichkeit, eine Aussage über die Entwicklung der Pkw-Verfügbarkeit in Erlangen zu treffen. Die Werte sind im Berichtszeitraum gestiegen.⁴⁰ Auch das Pkw-Aufkommen ist in Erlangen in absoluten Zahlen gestiegen.⁴¹ Sowohl die Anzahl an Pkw als auch deren Dichte war in Erlangen noch nie so hoch wie heute. Diesen Trend gilt es aufzuhalten und durch nachhaltige Mobilitätsformen zu ersetzen. Hier kann die Elektromobilität als ein wesentlicher Baustein neben ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr gesehen werden. Bei den E-Fahrzeugen ist ein stetiger Anstieg seit 2016 zu verzeichnen.⁴⁰ Laut Kraftfahrt-Bundesamt waren im Jahr 2016 insgesamt 22 Elektrofahrzeuge, 2017 bereits 59 und 2018 schon 95 Elektrofahrzeuge angemeldet. Dies ist innerhalb von drei Jahren eine mehr als Vervielfachung. Im Januar 2020 waren in Erlangen 262 Elektrofahrzeuge zugelassen. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend noch weiter fortsetzt. Gerade für den Stadtverkehr ist die Elektromobilität eine nachhaltige Alternative zu Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor, um die Belastung der Luft mit Stickoxiden und anderen Emissionen zu reduzieren.

Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) am gesamten Verkehrsaufkommen hat einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen und auf die Umwelt, denn der innerstädtische Verkehr trägt oftmals zu einer hohen Luftverschmutzung (vor allem Stickstoffdioxid und Feinstaub) und zu einer hohen Lärmbelastung bei. Abbildung 17 zeigt die Belastung mit Stickstoffdioxid am Morgen in Erlangen. Entlang der Hauptverkehrsstraßen ist die Belastung am höchsten.

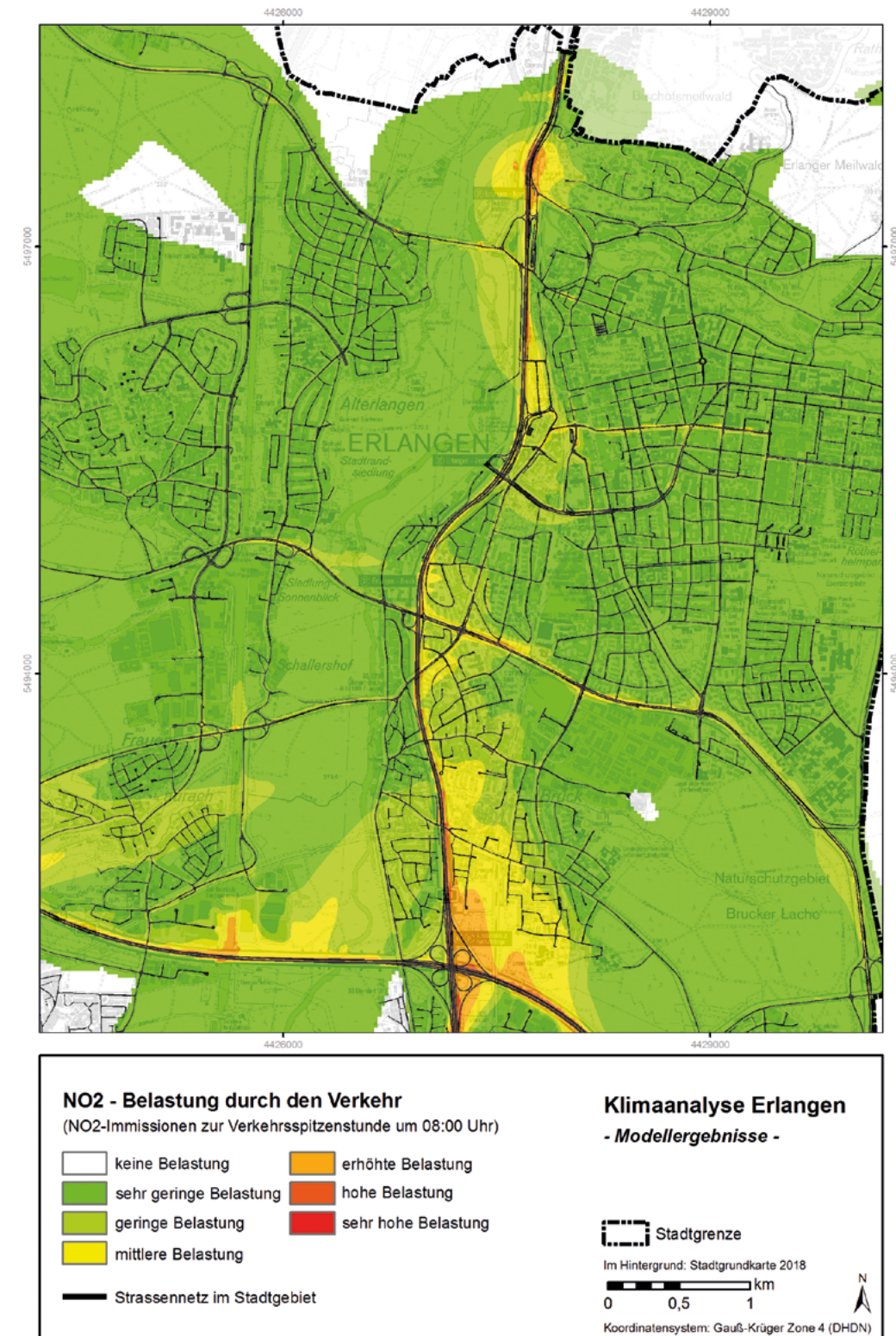


Abb. 17 Stickstoffdioxid-Belastung um 8:00 Uhr (Ausschnitt Stadt Erlangen)⁴³
Quelle: Amt für Umweltschutz und Energiefrage

⁴⁰ Auch wenn die Werte gestiegen sind, so lässt sich daraus kein Rückschluss auf die tatsächliche Verkehrsmittelwahl ziehen. Es kommt hier auf die Anteile am gesamten Verkehrsaufkommen an.

⁴¹ Die Zahlen stammen vom Kraftfahrt-Bundesamt und sind einsehbar unter: https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1591/1430_read-8297/ (abgerufen am: 31.08.2020)

⁴² Bei der Zahl der gemeldeten Pkw sind die Elektrofahrzeuge enthalten. Daher wird deren Anstieg den Indikatorwert nicht ändern.

⁴³ GEO-NET und MUST Städtebau (2019): Klimaanpassungskonzept der Stadt Erlangen - Teil B: Stadtklimaanalyse Erlangen - Methodik und Ergebnisse, Erlangen.

Die Stadt Erlangen hat bereits im Jahr 2015 einen Lärmaktionsplan aufgestellt. Ziel ist es, Vorsorge gegen Umgebungslärm zu treffen sowie vorherrschende Lärmprobleme und -auswirkungen in der Stadt Erlangen zu erkennen und zu reduzieren. In Rasterlärmkarten (Abb. 18 und 19) wird die Lärmbelastung im Stadtgebiet durch unterschiedliche Farbgebungen dargestellt. Auch hier ist zu erkennen, dass entlang der Hauptverkehrsstrecken die Lärmbelastung am höchsten ist. Obwohl die Lärmbelastung insgesamt nachts sinkt, gibt es Straßenzüge, die unverändert hohe Lärmpegel aufweisen.

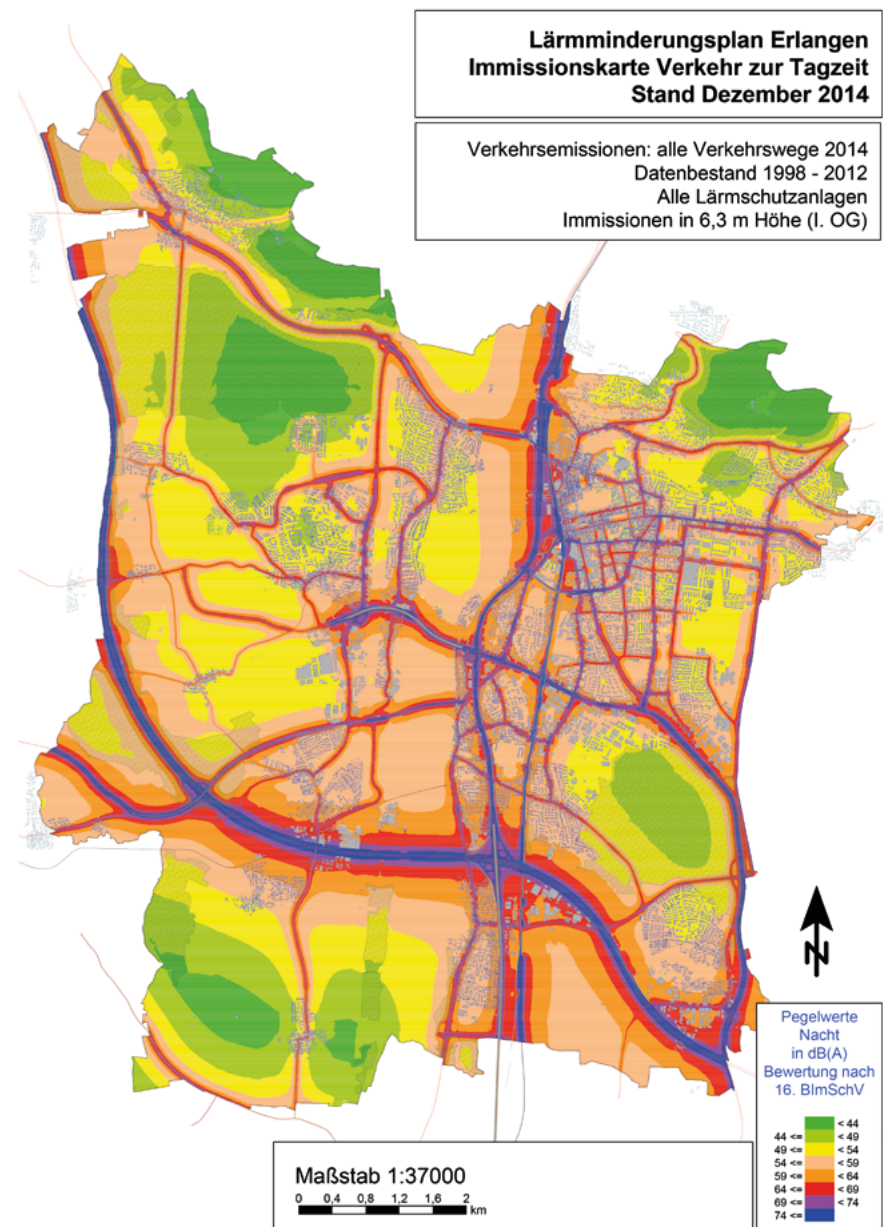


Abb. 18 Rasterlärmkarte zur Tagzeit Stand 2015
Quelle: Amt für Umweltschutz und Energiefragen

Das SDG 11 widmet sich ebenfalls dem Bereich Verkehrssicherheit durch die Messung der Anzahl der Verunglückten im Straßenverkehr. Durch verschiedene Maßnahmen kann das Unfallrisiko in einer Stadt gesenkt werden, beispielsweise durch die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen oder flächendeckenden Geschwindigkeits-

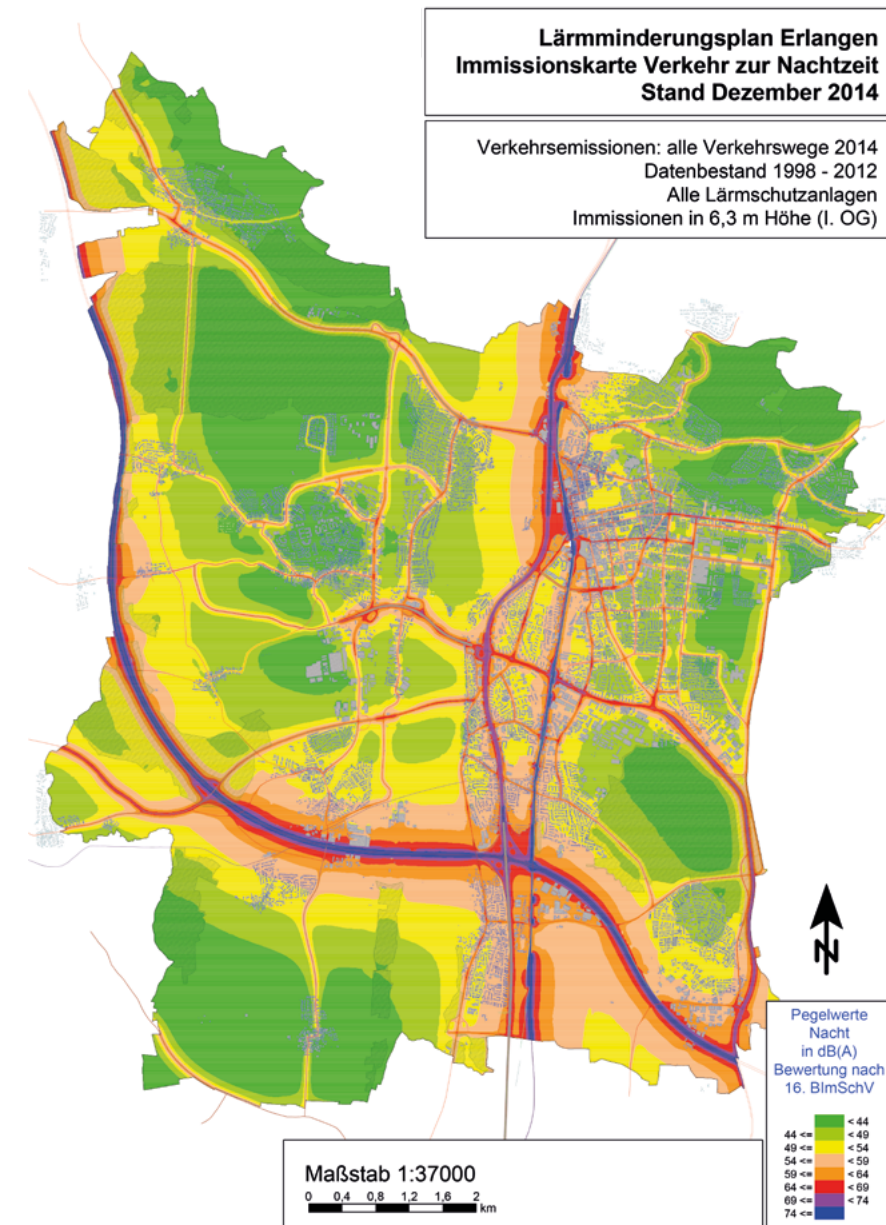


Abb. 19 Rasterlärmkarte zur Nachtzeit Stand 2015
Quelle: Amt für Umweltschutz und Energiefragen

begrenzungen. Technische Maßnahmen, wie z. B. Barrieren, die den motorisierten Verkehr zum Bremsen zwingen, sind ebenso denkbar wie z. B. Präventionsarbeit an Schulen und Kindergärten. Die Zahl der Verunglückten im Verkehr wird pro 1.000 Einwohner*innen erfasst. Während zwischen 2016 und 2017 die Zahl gesunken ist, gab es im Jahr 2018 wieder einen leichten Anstieg der Verunglückten. Trotzdem hat Erlangen im deutschlandweiten Vergleich gute Werte für diesen Indikator vorzuweisen.

In diesem Zusammenhang spielt das Mobilitätsverhalten in einer Stadt ebenfalls eine wichtige Rolle. Langfristig sollen hier die Anteile des nicht-motorisierten Verkehrs (d. h. des Fuß- und Radverkehrs) und des öffentlichen Personennahverkehrs gesteigert werden, um die Nachhaltigkeit der Verkehrssysteme zu sichern. Aus dem Indikator Modal Split ist der Anteil des Fuß-, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrs-

aufkommen ablesbar. Dieser lag im Jahr 2010 in Erlangen für den Binnenverkehr noch bei 62 %⁴⁴ und stieg in den darauffolgenden Jahren sukzessive auf einen Wert in Höhe von 71 % (Abb. 20). Damit sinkt der Anteil des MIV bei der Erlanger Bevölkerung auf weniger als ein Drittel.

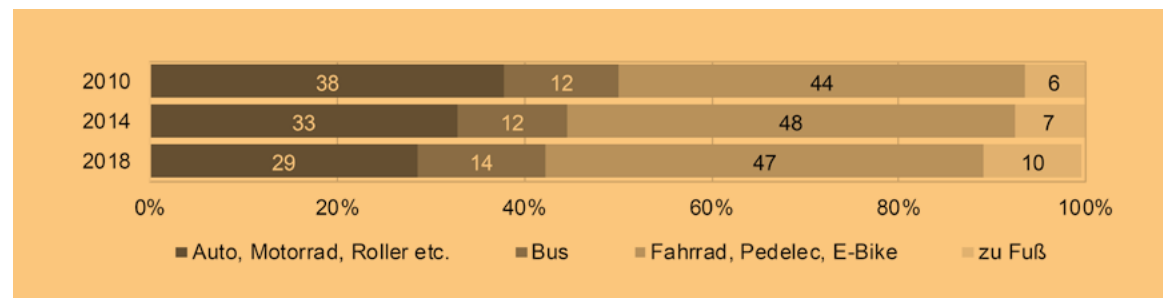


Abb. 20 Modal Split 2010, 2014 und 2018
Quelle: Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

2011 hat der Umwelt- und Verkehrsplanungsausschuss der Stadt Erlangen die schrittweise Umsetzung eines Verkehrsentwicklungsplans (VEP) beschlossen. Der VEP ist die wesentliche Grundlage für die Planung und Organisation des Verkehrs in Erlangen. Er berücksichtigt alle Verkehrsarten (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sowie den MIV). Der Zeithorizont des Plans richtet sich auf das Jahr 2030. Alle Maßnahmen sollen langfristig einen Beitrag zur Entwicklung der Stadt Erlangen leisten. Dabei soll schrittweise mit der Bearbeitung unterschiedlicher Schwerpunktthemen vorgegangen werden. Das für Erlangen bedeutendste Projekt ist der Bau der Stadt-Umland-Bahn (StUB)⁴⁵ mit der Erstellung eines neuen ÖPNV-Konzepts. Hierin enthalten sind weitere Vorgaben, beispielsweise zur Verbesserung der Barrierefreiheit oder auch zur Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit dem Fahrrad- und Fußverkehr.

Die Förderung von öffentlichem Personennahverkehr⁴⁶ und ein Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen dienen der Nachhaltigkeit von Städten. Hierzu wurde eine Machbarkeitsstudie für Radschnellverbindungen verfasst.⁴⁷ Für Erlangen kann erwartet werden, dass mit Umsetzung der drei Radschnellverbindungen nach Herzogenaurach, Fürth und Nürnberg eine Verlagerung vor allem von Berufspendler*innen auf das Fahrrad entsteht.

Die Stadt Erlangen bietet seit August 2018 Transporträder zum kostenlosen Verleih an. Es stehen acht Transporträder mit Elektroantrieb an verschiedenen Stand-

orten im Stadtgebiet zur Verfügung. Die Räder können für maximal vier aufeinander folgende Tage ausgeliehen werden, aber auch für längere Ausleihfristen werden Lösungen angeboten. Das Projekt steht für Ressourcenschonung (viel weniger Treibstoff pro Transport), Verkehrsberuhigung (Lärmschutz, Luftreinhaltung), lebenswerte Städte (mehr Platz für Menschen statt für Autos) sowie für eine gemeinsame Nutzung der Räder statt individuellem Konsum.

Eine weitere nachhaltige Verkehrskomponente stellt das Konzept des Carsharings dar, wobei ein Fahrzeug gemeinsam mit anderen Personen genutzt wird, ohne dieses selbst zu besitzen. Hier gibt es in Erlangen zwei Anbieter, CarSharing Erlangen e.V. und Scouter. Carsharing bietet eine preisgünstige Alternative zu wenig genutzten Privatautos, Zweitwagen und Firmenwagen, insbesondere für Personen, die weniger als 12.000 km im Jahr fahren. Dies ist sehr umweltfreundlich, denn dadurch reduziert sich die Zahl der genutzten Autos und es werden Parkplätze eingespart, die gerade in Erlangen knapp sind. Das Carsharing soll durch den Ausbau von Mobilitätsstationen, sogenannten Mobilpunkten, im gesamten Stadtgebiet weiter gefördert werden. Diese befinden sich in der Nähe wichtiger ÖPNV-Haltestellen und werden mit Fahrradabstellmöglichkeiten und Carsharing-Stellplätzen ausgestattet. Weitere Elemente wie z. B. Stellplätze für Leihfahrräder oder Elektro-Tretroller können ebenfalls berücksichtigt werden.

Flächenverbrauch/-nutzung

Innerhalb dieses Nachhaltigkeitsziels wird auch der Flächenverbrauch gemessen. Dieser gibt den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche an und ist im Berichtszeitraum nahezu konstant geblieben. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pro km² Gewerbefläche (Indikator Flächenbedarf von Arbeitsplätzen) ist im Berichtszeitraum gestiegen, was eine positive Entwicklung ist, die zeigt, dass es zu einer intensiveren Flächenausnutzung gekommen ist. Durch die höhere Nutzungseffizienz wird die Ressource „Fläche“ in der wachsenden Stadt geschont. Die Naherholungs- und Spielplatzflächen sind im Berichtszeitraum nahezu konstant geblieben. Bei den Spielplatzflächen ist anzumerken, dass diese nicht homogen über die Stadt verteilt sind. Das bedeutet, dass es in einzelnen Stadtteilen mit überdurchschnittlich hohen Kinderzahlen vergleichsweise wenig Spielflächen gibt (z. B. in Büchenbach Dorf und Nord sowie in Rathenau und Röthelheim).

Kriminalität

In diesem Nachhaltigkeitsziel geht es auch um die Gewährleistung von sicheren Städten. Hier weist Erlangen niedrige Kriminalitätsraten (Gewaltkriminalität, Eigentumsdelikte) vor. Sie gilt in Bayern als zweitsicherste Stadt im Ranking von acht Großstädten.

⁴⁴ Stadt Erlangen, Referat VI - Planen und Bauen, Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung (2014): Verkehrsbericht 2013, Erlangen, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/PortalData/1/Resources/030_Leben_in_er/dokumente/amt61/613_verkehrsplanung/613_b_Verkehrsbericht-2013.pdf (abgerufen am: 05.10.2020).

⁴⁵ Die Stadt-Umland-Bahn (StUB) soll künftig als Straßenbahn die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach als nachhaltige Alternative zum Pkw-Verkehr verbinden (siehe auch: <https://stadtumlandbahn.de/>).

⁴⁶ Insbesondere Menschen mit geringen finanziellen Mitteln erhalten mit dem ErlangenPass vergünstigte Tickets zur Nutzung des ÖPNV.

⁴⁷ Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen Nürnberg – Fürth – Erlangen – Herzogenaurach – Schwabach und umgebende Landkreise, August 2017, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/PortalData/1/Resources/030_leben_in_er/dokumente/amt61/613_verkehrsplanung/613_t_Machbarkeitsstudie.pdf (abgerufen am: 19.03.2020).

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

13

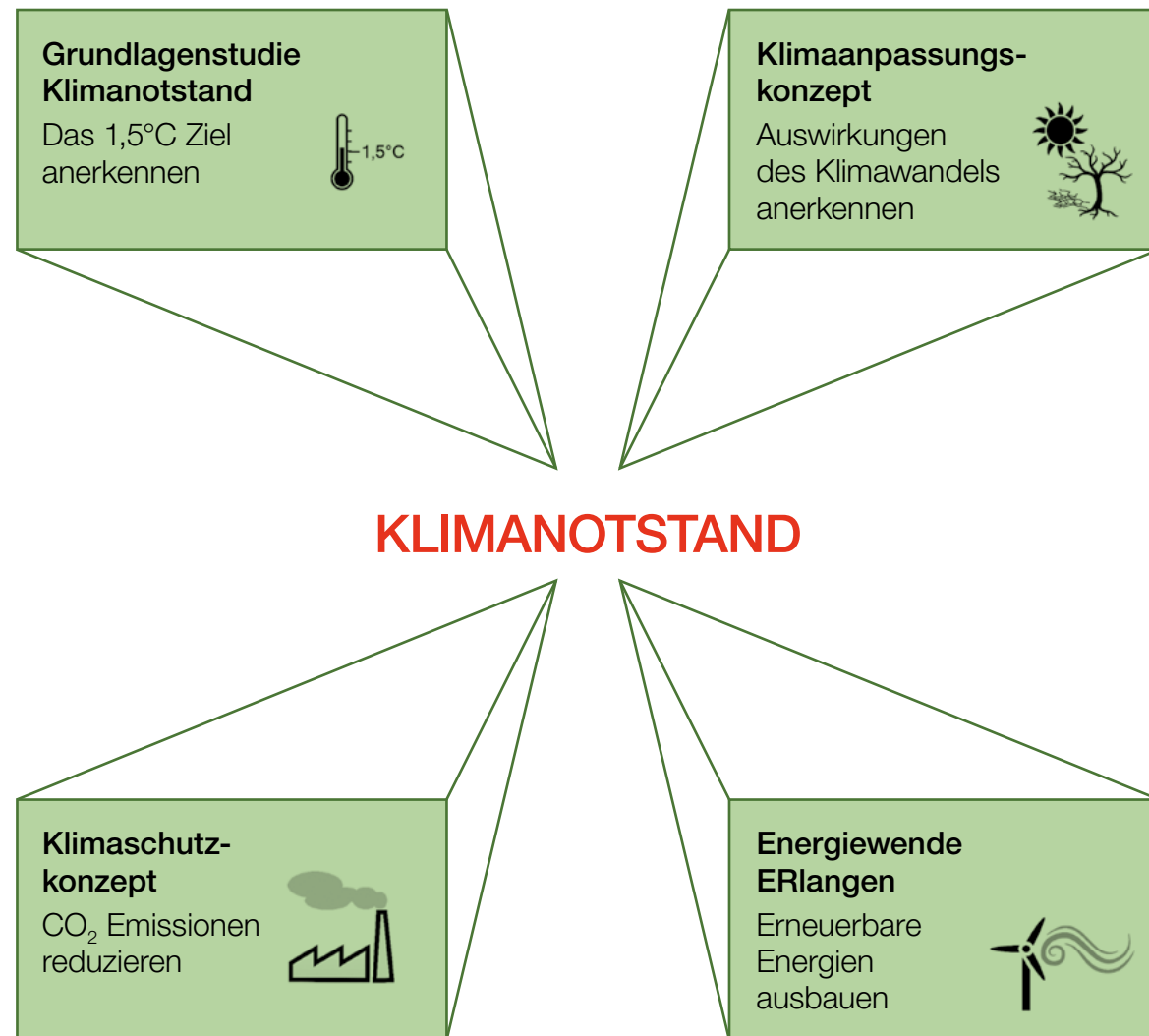
Indikator	2014 ⁴⁸
CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte [in Tonnen pro Jahr]	179.072
CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen [in Tonnen pro Jahr]	392.078
CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs [in Tonnen pro Jahr]	273.595

Das Nachhaltigkeitsziel Nr. 13 befasst sich mit dem global sehr wichtigen Thema des Klimawandels. Die Industrienationen als die Hauptverursacher von menschenverursachten CO₂-Emissionen haben hier eine besondere Verantwortung zu übernehmen und daher sollen insbesondere diese Länder die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen stärken. Es sollen Klimaschutzmaßnahmen in die kommunalen Strategien und Planungen einbezogen werden.

Erlangen hat als erste bayerische Stadt im Mai 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Bei den Aktivitäten kann die Stadt bereits auf ein Integriertes Klimaschutzkonzept (Kapitel 4), eine Energieeffizienzstrategie (Abschnitt 6.3.1), ein Klimaanpassungskonzept⁴⁹ und eine Grundlagenstudie „Klimanotstand“ verweisen. Das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) wurde 2016 erstellt. Dies ist eine sehr umfassende Bestandsaufnahme mit Kennzahlen, welches Potenziale für weitergehende Aktivitäten analysiert und priorisierte Maßnahmen identifiziert.

⁴⁸ Stadt Erlangen, Amt für Umweltschutz und Energiefragen (2016): Integriertes Klimaschutzkonzept, Erlangen, verfügbar unter: https://www.erlangen.de/PortalData/1/Resources/030_Leben_in_er/Dokumente/Amt_31/31klima_I_Integriertes_Klimaschutzkonzept.pdf (abgerufen am: 24.05.2020).

⁴⁹ GEO-NET und MUST Städtebau (2019): Klimaanpassungskonzept der Stadt Erlangen - Teil B: Stadtklimaanalyse Erlangen - Methodik und Ergebnisse, Erlangen.



Für die Stadt Erlangen liegen hinsichtlich der CO₂-Emissionen die Zahlen für das Jahr 2014 vor. Zu den Maßnahmen laut Klimaschutzkonzept zählen unter anderem die Erarbeitung einer fortschreibbaren Energie- und CO₂-Bilanz, die Potenzialbetrachtungen zur Minderung der CO₂-Emissionen (in den Sektoren private Haushalte, Gewerbe, Industrie, kommunale Liegenschaften, Verkehr und Konsum), eine Ausarbeitung eines zielgruppenspezifischen Maßnahmenkataloges mit Handlungsempfehlungen und Informationen zur Umsetzung, die Beteiligung aller relevanten Akteure, eine Intensivierung von Klimaschutz und Klimaanpassung in der Bauleitplanung sowie die Umstellung ausgewählter Stadtquartiere auf LED-Straßenbeleuchtung.

Mit dem Klimaanpassungskonzept hat die Stadt Erlangen einen Maßnahmenplan⁵⁰ mit dem Ziel erstellt, Strategien zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu entwickeln. Dabei ging es im Einzelnen um:

- die Erstellung einer Analyse, welche Auswirkungen der Klimawandel auf die Stadt Erlangen hat,
- die Erarbeitung von Maßnahmen, durch deren Umsetzung diese Auswirkungen abgeschwächt und / oder vermieden werden können,
- die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Klimawandelfolgen zu erhöhen,
- die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität durch frühzeitige Berücksichtigung klimatischer Veränderungen zu gewährleisten,
- den langfristigen Erhalt der Standortattraktivität, der Wettbewerbsfähigkeit und guter Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sichern,
- Schaffung von Planungsgrundlagen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung.

Die im Jahr 2020 wissenschaftlich erarbeitete „Grundlagenstudie Klimanotstand“ dient als Ausgangspunkt für künftige Maßnahmen zur Bewältigung des Klimanotstands in Erlangen. Die Studie beschäftigt sich mit der Fragestellung, wie die Stadt Erlangen das Pariser Klimaziel auf lokaler Ebene erreichen kann. Ein Fokus liegt auf potenzielle Beteiligungsstrukturen, um die Stadtgesellschaft für den Klimaschutz zu mobilisieren und eine gemeinsam getragene Vision für ein solidarisches und klimagerechtes Erlangen zu entwickeln. Zudem wird eine Vielzahl von möglichen Klima-Maßnahmen aufgezeigt, die zukünftig priorisiert und an die lokalen Gegebenheiten in Erlangen angepasst werden.

Abbildung 21 zeigt die Entwicklung der energiebedingten CO₂-Emissionen städtischer Gebäude und Einrichtungen von 1999 bis 2018. Seit 2012 wird der gesamte Strombedarf durch den Bezug von CO₂-neutralem Strom aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt.

⁵⁰ Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit werden diese Maßnahmen zu 50 % gefördert. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesministerium seit 2008 Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten.

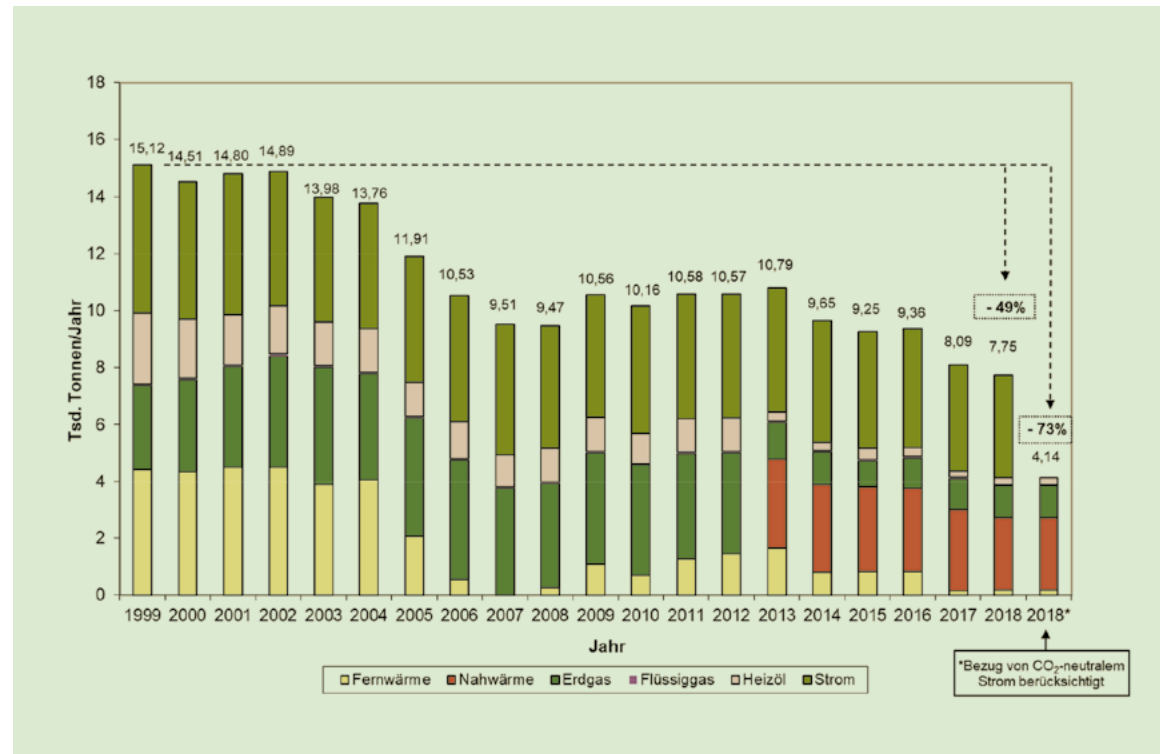


Abb. 21 Entwicklung der CO₂-Emissionen von 1999 bis 2018 (städtische Gebäude und Einrichtungen)
Quelle: Amt für Gebäudemanagement

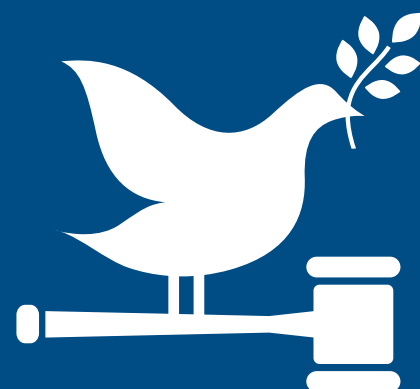
Einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten die Erlanger Stadtwerke, die im Frühjahr 2020 in ihrem Heizkraftwerk aus der Kohleverstromung ausgestiegen sind.

Im Bereich der Verkehrsplanung gibt es bereits ein breites Bündel an Maßnahmen, um klimafreundliche Alternativen zum Kraftfahrzeugverkehr zu schaffen (Abschnitt 6.3.5). Diese reichen jedoch nicht aus, einen ausreichenden Beitrag zu leisten, um im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Die unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten der Stadtverwaltung sind beschränkt, jedoch ist die Stadt Erlangen zuversichtlich, gemeinsam mit ihren Bürger*innen ein Umdenken in der gesamten Stadtgesellschaft anzustoßen. Priorität genießen dabei die Bereiche, in welchen die Einflussmöglichkeiten der Stadt am effektivsten sind und welche die größten Wirkungen bei der CO₂-Reduzierung haben.

Die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Unwetterereignissen und steigende Durchschnittstemperaturen bilden die ersten Anzeichen einer globalen Klimaerwärmung und stellen besonders Städte vor gewaltige Herausforderungen. Erlangen ist sich bewusst, dass in Zukunft vermehrt intensivere Hitzeperioden, Trockenphasen und andere Extremwetterereignisse auftreten werden. Daher ist eine frühzeitige Anpassung an die sich ändernden Klimabedingungen nötig, um Risiken vorzubeugen und urbane Lebensqualität zu erhalten. Kenntnisse über stadtklimatologische Bedingungen und Zusammenhänge müssen vor dem Hintergrund der klimatischen Veränderungen zukünftig verstärkt bei der Stadtentwicklung berücksichtigt werden.



16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN



Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

6.4 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Indikator	2016	2017	2018	Veränderung 2016 bis 2018		
				absolut	relativ	
Straftaten [Anzahl polizeilich bekannt gewordener Straftaten pro 1.000 Einwohner*innen]	55,5	51,7	51,1	-4,4	-7,9 %	●
Verschuldung [Euro pro Einwohner*in]	1.403	1.389	1.275	-128	-9,1 %	●
Bürgerbegegnungsstätten [Anzahl pro 1.000 Einwohner*innen]	0,06	0,06	0,06	keine	keine	▶
Beteiligung bei Wahlen zum Landtag* [in %]	—	—	74,9	—	—	—
Beteiligung bei Wahlen zum Bundestag* [in %]	—	80,4	—	—	—	—
Engagementquote [in %]	0,22	0,22	0,22	keine	keine	▶

Veränderung im Berichtszeitraum 2016 bis 2018 ● Verbesserung ▶ Keine Veränderung ■ Verschlechterung
* Da die Wahlen nicht jährlich stattfinden, sind hier nur die Beteiligungen im jeweiligen Wahljahr genannt.

16

Bei diesem Nachhaltigkeitsziel geht es um die deutliche Verringerung aller Formen von Gewalt. Außerdem sollen leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen aufgebaut und der Zugang zu öffentlichen Informationen gewährleistet werden.

Das SDG 16 misst die Anzahl der Straftaten in einer Stadt. Es sollen hier jede Form von Gewalt, illegale Finanz- und Waffenströme sowie alle möglichen Korruptions- und Bestechungsformen erheblich verringert werden. Die Anzahl der Straftaten je 1.000 Einwohner*innen sind in Erlangen im Berichtszeitraum etwas zurückgegangen. Deutschlandweit liegt Erlangen damit im Durchschnitt.

Ein weiterer wichtiger Indikator ist die städtische Verschuldung. Die Abbildung 22 zeigt die Entwicklung der städtischen Verschuldung, mit und ohne Eigenbetriebe, seit Erstellung der Eröffnungsbilanz (01.01.2009), jeweils zum 31.12. des Haushaltsjahres (Werte in Mio. Euro).

Im Laufe des Rechnungsjahres 2018 konnte, wegen der sehr hohen Gewerbesteuer-einnahmen, eine bilanzielle Entschuldung von 11,4 Mio. Euro realisiert werden. Dies ist die historisch größte jährliche Entschuldung. Nur im Jahr 1996 war, bedingt durch die Gründung des Eigenbetriebs Städtentwässerung, die Entschuldung des Kernhaus-halts (buchungstechnisch) größer.

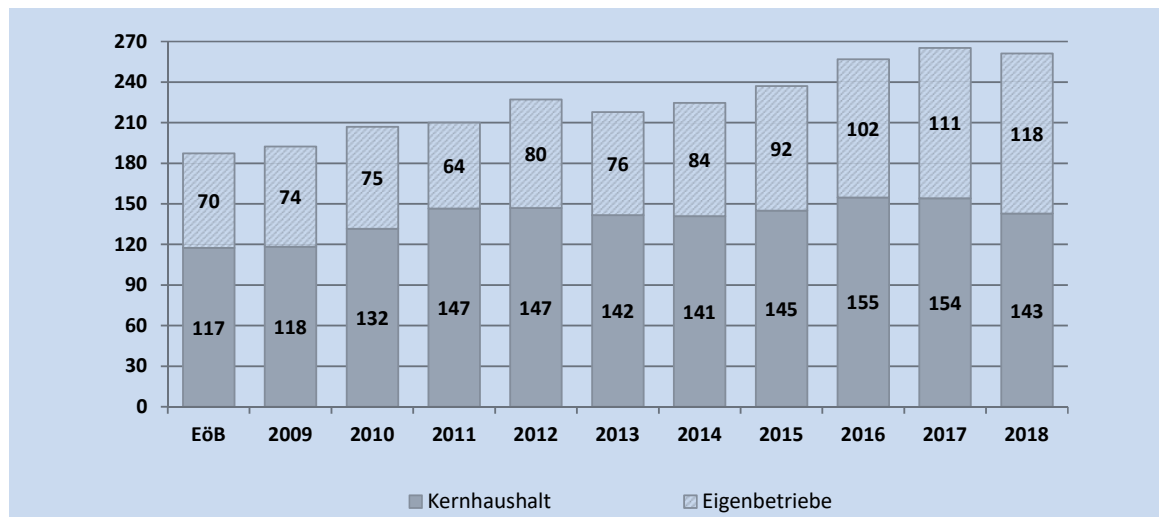


Abb. 22 **Bilanzielle (Neu-)Verschuldung**
Quelle: Stadtkämmerei Erlangen

Die Abbildung 23 zeigt die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung (Schulden pro Einwohner*in in Euro) des Kernhaushalts bezogen auf die Einwohnerzahl seit dem Stichtag der Eröffnungsbilanz jeweils zum 31.12. Abweichend hiervon bezieht die amtliche Verschuldungsstatistik die absolute Verschuldung zum Jahresende auf die Einwohnerzahl zum 30.06. (Werte in Euro).

In den 1990er-Jahren hat sich ein Trend herausgebildet, Regiebetriebe aus den kommunalen Haushalten auszugliedern. Hierdurch sind vielfach die kommunalen Schulden scheinbar gesunken. Der Trend zu Ausgliederungen erschwert interkommunale Vergleiche, da Ausgliederungen in unterschiedlichen Umfängen und Rechtsformen (z. B. als kommunale Gesellschaften mit eigenen Rechtspersönlichkeiten) erfolgen, die amtlichen Schuldenstatistiken jedoch weitgehend nur die Kernhaushalte berücksichtigen. Die Kennziffer der Pro-Kopf-Verschuldung des Kernhaushalts verliert daher zunehmend an Aussagekraft. Im Berichtszeitraum ist die Verschuldung in Euro je Einwohner*in zurückgegangen.

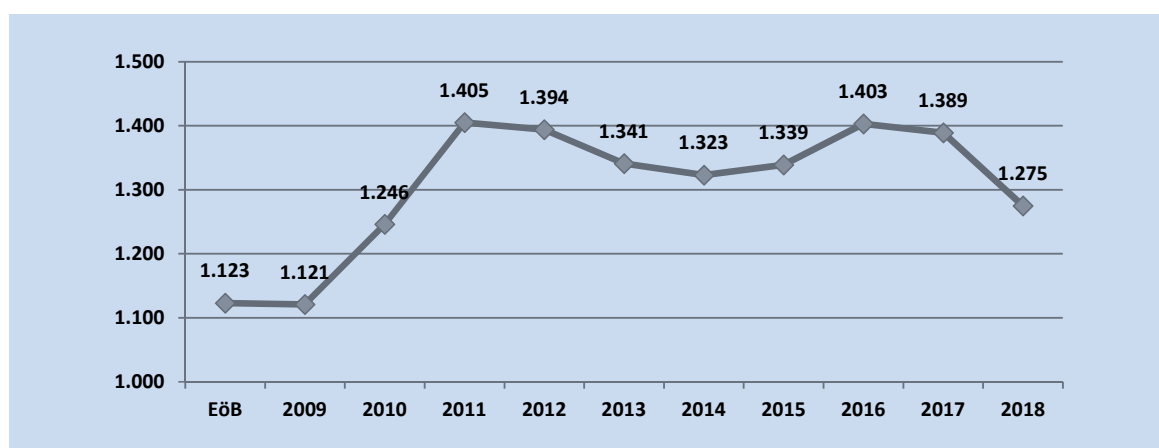


Abb. 23 **Pro-Kopf-Verschuldung**
Quelle: Stadtkämmerei Erlangen

Kommunale Bürgerbegegnungsstätten sind ein wichtiger Bestandteil, um friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern. Dies gelingt in Erlangen in den verschiedenen Stadtteilzentren. Es handelt sich dabei um Treffpunkte im jeweiligen Wohnumfeld, die Begegnungen von Menschen aller Altersgruppen und der verschiedenen sozialen und kulturellen Herkunft ermöglichen und befördern. Nicht nur diese Begegnungsstätten, sondern auch alle anderen Einrichtungen wie die Stadtbibliothek, das Theater, die Museen, die Volkshochschule und alle Ämter der Stadt Erlangen sind wichtige Institutionen zur Förderung von starken Gesellschaften. In Erlangen existieren zurzeit vier städtische soziokulturelle Stadtteileinrichtungen, die eine Vielzahl einzelner Gruppenräume in den Stadtteilen betreuen. Im Stadtteil Röthelheimpark befindet sich eine Stadtteileinrichtung eines freien Trägers. Das Kulturzentrum E-Werk ist bundesweit eines der größten soziokulturellen Zentren.

Der Zugang zu öffentlichen Informationen ist ein wichtiges Ziel beim SDG 16. Hier spielen die kommunalen Online-Dienstleistungen eine wesentliche Rolle. Die städtische Online-Kommunikation umfasst alle städtischen Websites, Intranet (Mitarbeiterportal), Newsletter, Bildmanagement und Social Media Kommunikation. Das eGovernment-Center steuert die städtische Online-Kommunikation zentral. Dies wird auf zwei Ebenen gefördert und erreicht:

Die erste Ebene umfasst die Online-Kommunikation in Ausführung und Durchführung. Wichtigster Punkt ist das Vermeiden und Reduzieren von Ressourcen, Papier-Informationen, Brief- und Zeitungszustellung. Daraus resultieren umfangreiche finanzielle Einsparungen (Druckerei, Papiereinkauf, Porto, etc.), Entlastung des Verkehrs (Zustellung und Verteilung der Printprodukte) und Umweltfreundlichkeit (Vermeidung Papierabfall, Entlastung Müllabfuhr, etc.). Ein weiterer Punkt ist die Barrierefreiheit der Online-Kommunikation. Barrierefreiheit in Printprodukten kann meist nur mit großen finanziellen und personellen Ressourcen umgesetzt werden (bspw. Briefe in Blindenschrift und/oder leichter Sprache). Online-Kommunikation ermöglicht auch den Mitarbeitenden größere Barrierefreiheit und Ressourcenersparnis.

Die zweite Ebene ist die Online-Kommunikation in ihrer primären Funktion als städtischer Multiplikator von Inhalten, Anliegen und Projekten. Durch die Kommunikation per Website, Social Media, Newsletter und Intranet wird die Informationsvermittlung um ein Vielfaches gesteigert und transparenter. In der Kommunikation wird ein direkter Kontakt zu den Bürger*innen hergestellt, ebenso wie zu Mitarbeitenden, anderen Institutionen und Medien. Aktuell werden 1,8 Millionen Menschen im Jahr über die Website erreicht, 3,6 Millionen über die sechs zentralen Social Media Kanäle, über 2.000 Mitarbeitende über das Intranet und etwa 1.500 Abonnenten per Newsletter (CleverReach).

In Erlangen nutzen nahezu 80 % der Bürger*innen das Internet. Dieser Prozentsatz liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Aus diesem Grund will die Stadt Erlangen in den kommenden Jahren durch folgende Maßnahmen die Online-Dienstleistungen weiter ausbauen:

- Formulare und Onlineanwendungen (eDienste)
- Umsetzung der Anforderungen aus dem Onlinezugangsgesetz
- Online-Bürgerbeteiligungsmaßnahmen

- Digitalisierung von durchgängigen Prozessen
- Annahme von eRechnungen und Einführung elektronischer Rechnungsworkflow
- Einführung eines flächendeckenden Dokumentenmanagementsystems
- Bereitstellung von Geodaten aus dem städtischen GIS (Web- und App-basiert)
- Interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Nürnberg, Fürth und Schwabach

Für das 16. Nachhaltigkeitsziel wird die Engagementquote (Anteil freiwillig Engagierter an der Gesamtbevölkerung) erfasst. Diese bleibt über den Berichtszeitraum konstant bei 0,22 %. Solidarisches Miteinander ist für die Sicherung und Stärkung der Strukturen von Ehrenamt unentbehrlich. Die Aufgabe des Büros für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt ist darauf ausgerichtet, die Strukturen für Engagement nachhaltig zu fördern und zu stärken. Die dringlichste Herausforderung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements ist, den Anforderungen der jüngeren Engagement-Generation gerecht zu werden und diesen Transformationsprozess gelingend zu gestalten. Heutzutage sind in der Regel viele Frauen und Männer berufstätig und möchten Familie, Beruf und Freizeit miteinander vereinbaren können. Dies zeigt der Freiwilligensurvey⁵¹ von 2014: Fast zwei Drittel der Befragten wünschen sich eine Vereinbarkeit des Engagements mit dem Beruf.

Auch in Erlangen sind diese Entwicklungen spürbar. Ehrenamt befindet sich in einem Umbruch. Vereine haben langjährig Strukturen aufgebaut, die auf kontinuierliches Engagement ausgelegt sind. Die „nachrückende Generation“ möchte freier über Zeitressourcen verfügen können. Die Tendenz geht zu kurzfristigerem Engagement. So finden Vereine in Erlangen kaum Nachwuchs für Funktionen in Vereinen. Zusammen mit dem Landkreis werden verschiedene Veranstaltungsformate angeboten, die dieser Entwicklung begegnen: Fachtag für Vereine, der einmal im Jahr Anregungen und Vernetzung anbietet. 2020 wird es für eine Auswahl an Vereinen ein individuelles Coaching geben, um Vereine im Umbruch zu begleiten.

Foren bieten die Möglichkeit, dringliche Themen aus der Organisation mit anderen zu diskutieren. Es fanden zwei aufeinander folgende Veranstaltungen statt, die mit der Überschrift „Unkonferenz – Verändere die Engagementlandschaft“ ein ganz offenes Konzept anboten. Ein „kollegialer“ Austausch untereinander brachte wertvolle Ideen zutage und ein Bewusstsein in der Stadtverwaltung, welche Themen bei den Vereinen am dringlichsten sind. Kontinuierlich wird Know-how kostenfrei für Engagierte in Form

⁵¹ Der deutsche Freiwilligensurvey, kurz FWS, ist eine repräsentative Befragung, die seit 1999 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wird. Er ist die umfassendste und detaillierteste quantitative Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland.

von Bildungsangeboten in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Volkshochschulen organisiert. Unter dem Titel „Ehrenamt qualifizieren“ können sich Vereine für die steigenden Anforderungen an Mitgliederverwaltung und -gewinnung etc. schulen lassen. Das Spektrum der Themen ist mittlerweile sehr vielfältig. Dem Thema „Gewinnung von Nachwuchs“ widmet sich seit 2019 der Runde Tisch Ehrenamt in einer gesonderten Arbeitsgruppe. Dort werden mit Vertreter*innen aus diversen Vereinen und Organisationen Maßnahmen erarbeitet, die stadtübergreifend der Nachwuchsgewinnung dienen können. So sind z. B. für 2020 „Schnupperwochen Ehrenamt“ angedacht. Mit der Integrationslotsin der Stadt Erlangen und dem E-Werk ist für das Jahr 2020 das erste Engagement-Festival im E-Werk geplant.



Quelle: Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

17 PARTNER- SCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

6.5 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Indikator	2016	2017	2018
Budgetansatz für Entwicklungszusammenarbeit* [in Euro]	75.000	75.000	75.000

* Dieses Budget steht ausschließlich für die Städtepartnerschaft mit San Carlos (Nicaragua) zur Verfügung.

In diesem Nachhaltigkeitsziel geht es darum, globale Partnerschaften für eine weltweite nachhaltige Entwicklung noch weiter auszubauen. Hierbei steht die Erreichung aller 17 Ziele in allen Ländern der Erde im Vordergrund.

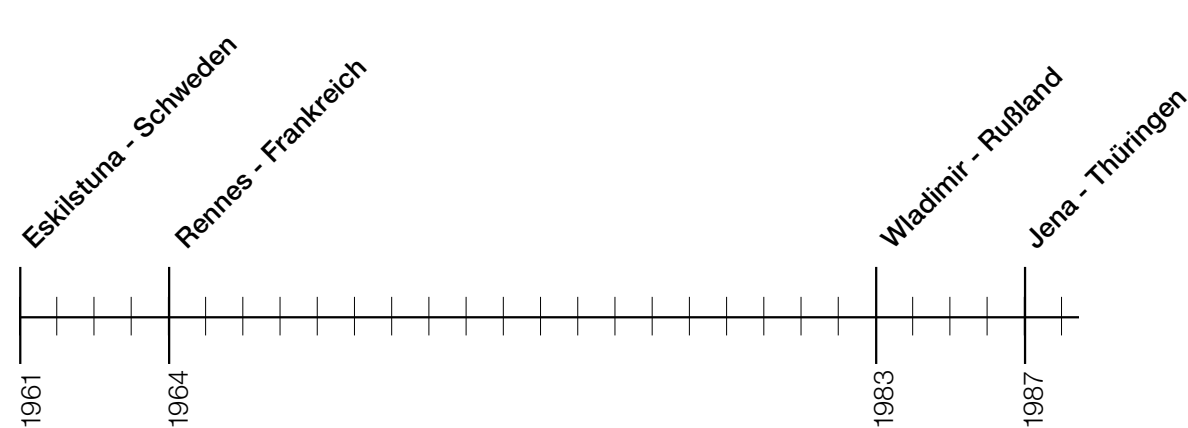
Für das SDG 17 werden zwei Indikatoren für Kommunen erfasst. Dies sind die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sowie für fair gehandelte Produkte. Die letzteren Ausgaben werden als Anteil an den gesamten städtischen Ausgaben angegeben. Hier fehlt in Erlangen die Datenbasis. Bei den Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit werden lediglich solche berücksichtigt, in denen Entwicklungsländer bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele unterstützt werden. Dazu gehört die Städtepartnerschaft mit San Carlos im Süden Nicaraguas, die seit 1990 besteht. Der Schwerpunkt bei dieser partnerschaftlichen Beziehung lag in den vergangenen Jahren vor allem auf der Unterstützung wichtiger Projekte zur Verbesserung der Lebensumstände der San Carleños. Insbesondere der Ausbau der medizinischen Versorgung in San Carlos stand im Mittelpunkt. Eines der größten Projekte der vergangenen Jahre im medizinischen Bereich wurde Ende 2018 abgeschlossen: der Neubau eines Pathologiegebäudes für das Hospital. Die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Städtepartnerschaft mit San Carlos wurden in den Jahren 2016 bis 2018 für die Verbesserung der medizinischen Versorgung, für Frauenhilfsprojekte, für Projekte im Bereich Menschenrechte, für Freiwilligendienstprogramme, für Jugendaustausch, zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung sowie zur Steigerung der Energieeffizienz, für Waldschutz und Wiederaufforstung und für Informations- und Bildungsmaßnahmen eingesetzt. Darüber hinaus wird auch die Begegnung zwischen Menschen beider Länder mit ihren unterschiedlichen Kulturen und Mentalitäten nicht vergessen. Vor allem die regelmäßigen Einsätze junger Menschen aus San Carlos und Erlangen im Freiwilligendienst tragen zum Austausch und gegenseitigen Verständnis bei. Mittlerweile haben sich die partnerschaftlichen Beziehungen auf viele weitere Bereiche ausgeweitet, unter anderem auf die Unterstützung des Frauen-Hilfsprojektes ARETE, auf die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und auch auf Menschenrechte.

Für alle internationalen Kontakte (inklusive der Entwicklungszusammenarbeit) steht die Gesamtsumme in Höhe von 148.200 Euro zur Verfügung. Alle Partnerschaften dienen der Förderung der internationalen Solidarität und der Schaffung von nachhaltigen Beziehungen, aber auch der Völkerverständigung und zur Friedenssicherung. Die Städtepartnerschaften der Stadt Erlangen sind in Abbildung 24 dargestellt.



Abb. 24 Städtepartnerschaften
Quelle: Stadt Erlangen

Die Verbindung mit Wladimir (Russland) besteht seit 1983 und entwickelte sich während und nach der Perestrojka zu einer echten Bürgerpartnerschaft, die bereits 2002 von Bundespräsident Johannes Rau mit dem 1. Preis für bürgerschaftliches Engagement ausgezeichnet und später immer wieder als Modell für die deutsch-russische Zusammenarbeit gewürdigt wurde. Anfang der 90er-Jahre entstand vor dem Hintergrund der Aktion „Hilfe für Wladimir“ ein dichtes Netz zu Sozialeinrichtungen und Krankenhäusern, die bis heute eng in den Austausch eingebunden sind. Dank der Kooperation mit Fachleuten aus ganz Deutschland gründete man in Wladimir das landesweit einzige Zentrum für Erlebnispädagogik, an dem neben der Kinderpsychiatrie auch der Lehrstuhl für Pädagogik an der Universität Wladimir beteiligt ist. Seit 1995



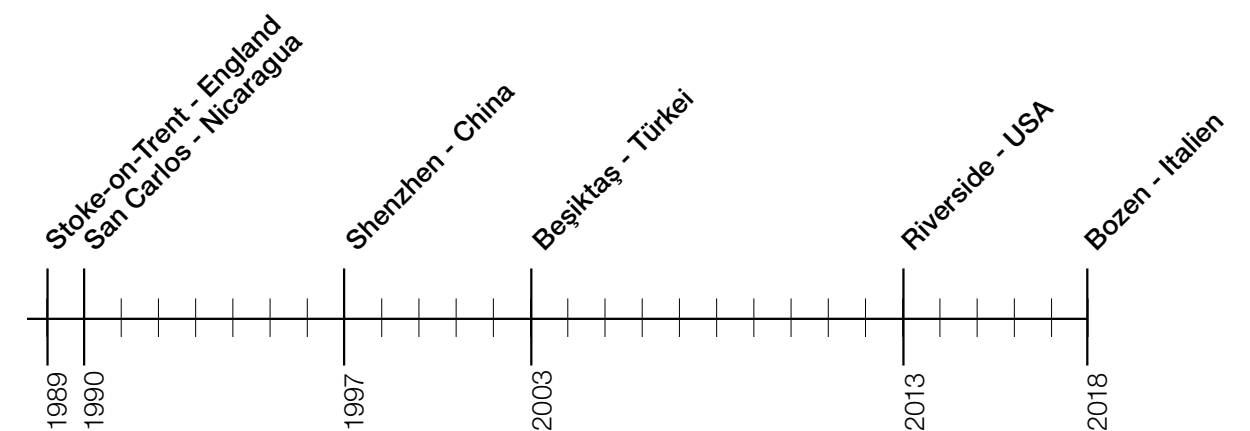
dient das Erlangen-Haus als Anlaufstelle für alle zivilgesellschaftlichen Kontakte und fungiert als Deutschlerzentrum des Goethe-Instituts Moskau. 2016 wurde ein Gesprächsforum ins Leben gerufen, das unter dem Begriff „Prisma“ aktuelle gesellschaftspolitische Fragen beider Länder diskutiert. Das derzeit größte Projekt ist das Pilgerzentrum der katholischen Gemeinde. Bei Wladimir handelt es sich um die intensivste internationale Partnerschaft mit ca. einhundert Austauschmaßnahmen im Jahr.

Seit 2017 engagiert sich die Stadt Erlangen zudem in einer Projektpartnerschaft mit der nordlibanesischen Kommune Bkeftine im Rahmen der Initiative Kommunales Know-how für Nahost des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ). Nach einem ersten Projekt zum Know-how-Transfer im Bereich Behindertenarbeit soll nun im nächsten Schritt bis Ende 2021 eine inklusive Einrichtung der Freizeit- und Bildungseinrichtung gebaut und in Betrieb genommen werden, um die Förderung und Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung im Nordlibanon durch Elemente der tiergestützten Pädagogik zu verbessern. Von diesem inklusiven Projekt sollen sowohl die libanesische Bevölkerung als auch syrische Geflüchtete im Nordlibanon profitieren.

Die Stadt Erlangen unterhält weitere Kooperationen, Regionalpartnerschaften, Patenschaften und Städtefreundschaften mit den Heimatgemeinden Brügge und Komotau (Tschechien), Cumiana und Venzone (Italien), Shenzhen (China) und Umhausen (Österreich).

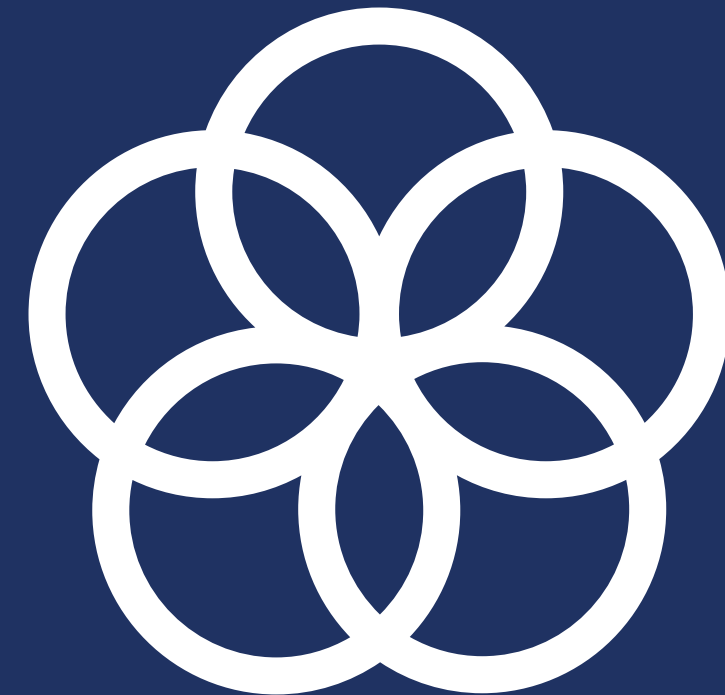
Bürgerbegegnungen, Schüler- und Jugendaustausch sowie die Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft, Bildung, Kunst und Kultur sowie Umwelt und Sport sind die Grundlagen für ein fruchtbares und lebendiges Miteinander. In den vergangenen Jahrzehnten wurden zahlreiche fach- und projektbezogene Initiativen in Angriff genommen und vielfältige Projekte zur Förderung der europäischen und internationalen Dimension innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung initiiert, begleitet und erfolgreich durchgeführt.

Die Stadt Erlangen wird sich auch künftig mit den ausländischen Partnern auf vielen Politikfeldern engagieren und damit die Voraussetzungen schaffen, im Spannungsfeld wachsender Internationalität und Interkulturalität gestaltend tätig zu sein und globale Partnerschaften zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zu realisieren.



Bereits seit langer Zeit setzt sich Erlangen für nachhaltigen und fairen Handel ein. Dabei bezeichnet fairer Handel alle Produkte und Produktionen, die die Richtlinien der Fairtrade Labelling Organizations⁵² International erfüllen. Erstmals im Jahr 2012 erhielt Erlangen die Auszeichnung „Fairtrade Town“. Ende 2018 wurde dieser Titel für weitere zwei Jahre vergeben. In der Steuerungsgruppe Fairtrade engagieren sich Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Universität, Kirche und Wirtschaft. Ein Resultat der gemeinsamen Arbeit ist unter anderem der „Erlanger Stadtplan“⁵³, in dem zahlreiche faire und nachhaltige Orte in Erlangen aufgeführt sind.

Im Bereich Beschaffung gilt die Stadt als wichtiger Akteur. So hat Erlangen bereits seit 2012 eine Fachstelle für Nachhaltige Beschaffung. Ziel ist es, Produkte und Dienstleistungen unter konsequenter Anwendung der Kriterien „nachhaltig“ und „fair“ zu verwenden. Der Beschaffungsprozess wird danach ausgerichtet und ständig im Sinne der Nachhaltigkeit verbessert. 2019 hat die Stadt Erlangen gemeinsam mit über 40 Kommunen aus der Metropolregion Nürnberg den „Pakt zur nachhaltigen Beschaffung“ unterzeichnet und setzt damit ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit und fairen Handel.



⁵² Mehr Informationen verfügbar unter: <https://www.fairtrade.net/> (abgerufen am: 25.05.2020)

⁵³ Den „Stadtplan“ findet man hier: <https://www.fairlangen.org/stattpan/>

7. WAS WOLLEN WIR BIS 2030 ERREICHEN?

Wie bereits in den Kapiteln 1 und 2 erläutert, orientieren wir uns bei der Erhebung aller Daten für diesen Bericht an den „SDG-Indikatoren für Kommunen“ der Bertelsmann Stiftung⁵⁴. Damit werden die international geltenden Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unterstützt. Die hier enthaltenen Ergebnisse bieten eine Entscheidungsgrundlage für unterschiedliche Aktivitäten, die bis 2030 umgesetzt werden sollen.

Als Agenda-2030-Stadt und Unterzeichnerin der Musterresolution gehört Erlangen zu den ersten Städten in Deutschland, die sich der globalen Verantwortung zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele stellen.

VISION 2030

Wir möchten Teil der weltweiten Nachhaltigkeitsbewegung sein. Wir wollen soziale Teilhabe für alle Bürger*innen ermöglichen und setzen uns für beste Bildung für alle ein. Es ist uns wichtig, Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebenslagen zu erreichen. Wir unterstützen fairen Handel und faire Lebensbedingungen sowie Chancengleichheit für alle. Wir haben als erste bayerische Stadt den Klimanotstand ausgerufen und wollen weiterhin Vorreiter im Klimaschutz sein. Uns ist ein nachhaltiges Wirtschaften für die Zukunft unserer Stadt und unserer Bürger*innen wichtig.

Wir werden weiterhin die Daten aller Indikatoren durch ein Nachhaltigkeitsmonitoring erfassen, damit wir die Ziele und deren Erreichung im Blick behalten. Gemeinsam mit dem neu gegründeten Nachhaltigkeitsbeirat wollen wir eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten und umsetzen.

⁵⁴ Assmann, D.; Honold, J.; Grabow, B.; Roose, J. (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen (Hrsg.: Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global), Gütersloh.

2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis Erlangen

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.¹

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030 -Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.²

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und Ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Ländern ausgeglichen werden.

¹ www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E (Seite 14)

² Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.06.2015

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis Erlangen

wird ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

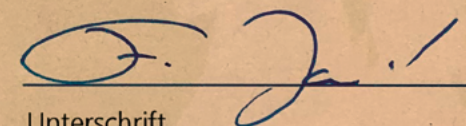
Mit Beschluss 29. Mai 2019 vom angenommen.

Erlangen, 31.05.2019

Ort, Datum

Oberbürgermeister

Titel, Funktion



Unterschrift

Kommunen können mit folgenden Maßnahmen einen besonderen Beitrag leisten (optional):

I. Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Dritten mit dem Ziel, Informationen über die SDGs in der Bevölkerung zu verbreiten und das Bewusstsein für die damit angesprochenen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen.
- Darstellung/Einbringung in Diskussionen wie anhand von Praxisbeispielen oder entsprechenden Ratsvorlagen, Entwicklungsziele der VN auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Beispielhaft sei hierfür das kommunalrelevante Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ genannt.(link)
- insbesondere die für ihr Gebiet zuständigen Volkshochschulen, Bildungswerke und Verwaltungsakademien bitten, Informationsangebote zur 2030-Agenda und den nachhaltigen Entwicklungszielen anzubieten.
- Bestandsaufnahme von vorhandenen Themen/Maßnahmen der Kommune, die in besonderem Zusammenhang mit globalen Nachhaltigkeitsstrategien stehen.

II. Maßnahmen der Vernetzung und Interessenvertretung

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses bestehend aus lokalen Akteuren wie Vereinen, Initiativen, Schulen, Universitäten, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften und Kirchen sowie lokal/regional engagierten NGO's, um die 2030-Agenda und die damit einhergehenden SDGs breit zu verankern.
- Mitwirkung in regionalen/nationalen Nachhaltigkeitsnetzwerken.
- Aktive Beteiligung an kommunalrelevanten Vorhaben der VN, um kommunale Selbstverwaltung weltweit zu stärken, kommunale Interessen weltweit zu bündeln und den Anliegen der Kommunen global Gehör zu verschaffen.

III. Übertragung der 2030-Agenda auf die kommunale Ebene

- Bestehende oder neue Maßnahmen oder Strategien der sozialen, ökologischen, ökonomischen oder politisch-kulturellen Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene werden mit einem oder mehreren der 17 SDGs in Zusammenhang bringen und national und international sichtbar machen.
- Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankern und besonderes Augenmerk verleihen (zum Beispiel SDG Nr. 11).
- Sich dafür einsetzen, dass auch in weiteren kommunalen Handlungsfeldern wie zum Beispiel bei kommunalen Eigenbetrieben und der Kommunalwirtschaft, Schulen, oder bei der kommunalen Wohnraumversorgung

Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden (zum Beispiel SDGs Nr. 4, 6, 7, 9, 13).

- Erweiterung und Vertiefung des Städtepartnerschaftsnetzes und der Projektzusammenarbeit mit Kommunen aus Ländern des globalen Südens. Förderung der Strukturen der Selbstverwaltung und Unterstützung des kommunalen Wissentransfers in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel SDG Nr. 17).
- Einbeziehung der Potenziale von Migrantinnen und Migranten als Brückenbauer zu ihren Herkunftsländern, auch mit dem Ziel, Lebensperspektiven in den Herkunftsländern zu verbessern (SDG Nr. 17).
- Ausbau einer Willkommenskultur im Zuge der wachsenden Zuwanderung nach Europa (SDG Nr. 17).

Ziel	Indikator	Aussage	Berechnung	Quelle
1 SDG 1 – Armut in jeder Form und überall beenden	SGB II-Quote / SGB XII-Quote	Im Jahr z waren x % der Bevölkerung leistungsberechtigt nach dem SGB II und SGB XII.	Anzahl Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII) / (Anzahl Einwohner*innen) * 100	Sozialamt und GGFA
	Mindestsicherungsquote	Im Jahr z waren x % der Bevölkerung Empfänger von Mindestsicherungsleistungen nach SGB II-, SGB XII- und Asylbewerber-Leistungen.	(Anzahl Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (SGB II-/ SGB XII- / Asylbewerber-Leistungen)) / (Anzahl Einwohner*innen) * 100	Sozialamt, Federführung: Jobcenter
	Armut - Kinderarmut	Im Jahr z erhielten x % der Bevölkerung unter 15 Jahren – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Sozialgeld nach SGB II.	(Anzahl Nicht-Erwerbsfähiger Leistungsbezieher unter 15 Jahre + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre) / (Anzahl Einwohner*innen im Alter von unter 15 Jahren) * 100	GGFA
	Armut - Jugendarmut	Im Jahr z erhielten x % der Jugendlichen von 15 bis 17 Jahren – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Leistungen nach SGB II.	(Anzahl Leistungsberechtigter im Alter von 15-17 Jahren + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren) / (Anzahl Einwohner*innen im Alter von 15-17 Jahren) *100	GGFA
	Armut - Altersarmut	Im Jahr z erhielten x % der Bevölkerung ab 65 Jahren Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII.	(Anzahl Bezieher von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner*innen im Alter ab 65 Jahren) * 100	Sozialamt, aus: Seniorenpolitisches Konzept (Stadtrat am 26.09.2019; Vorlagenr. 50/167/2019)
2 SDG 2 – Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern	Ökologische Landwirtschaft	Im Jahr z wurden x % der landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet.	Fläche unter ökologischer landwirtschaftlicher Nutzung) / (Fläche unter landwirtschaftlicher Nutzung insgesamt) * 100	Landwirtschaftsamt und Amt für Umweltschutz und Energiefragen
3 SDG 3 – Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	Vorzeitige Sterblichkeit	Im Jahr z gab es x Fälle von vorzeitiger Sterblichkeit je 1.000 Einwohner*innen.	(Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter von unter 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner*innen) * 1.000	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Ärzteversorgung	Im Jahr z gab es je 100.000 Einwohner*innen x Allgemeinärzt*innen.	Anzahl Allgemeinärzt*innen) / (Anzahl Einwohner*innen) * 100.000	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Luftqualität (NO₂)	Im Jahr z betrug die Konzentration von NO ₂ (Stickoxide) in der Luft x µg / m ³ .	(Emission von Stickoxiden)	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	Luftqualität (Ozon)	Im Jahr z betrug die Konzentration von Ozon in der Luft x µg / m ³ .	(Emission von Ozon)	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
4 SDG 4 – Inklusive, gerechte Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen	Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): Im Jahr z wurden x % der Kinder im Alter unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen betreut.	(Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren) * 100	Stadtjugendamt
	Betreuung von Kindern - 3- bis U6-Jährige in Tageseinrichtungen	Betreuung von Kindern (3-U6-Jährige): Im Jahr z wurden x % der Kinder im Alter von 3-U6 Jahren in Tageseinrichtungen betreut.	(Anzahl Kinder im Alter von 3-U6 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von 3-U6 Jahren) * 100	Stadtjugendamt
	Schulabbrecherquote	Im Jahr z erreichten x % der Schulabgänger keinen Hauptschulabschluss.	Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Bildungsbüro, Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

Ziel	Indikator	Aussage	Berechnung	Quelle
5 SDG 5 – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	Im Jahr z betrug das Verhältnis der Frauenbeschäftigungsquote zur Männerbeschäftigungsquote x %.	$(\text{Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre} / \text{Anzahl Frauen 15-64 Jahre insgesamt}) / (\text{Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre} / \text{Anzahl Männer 15-64 Jahre insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Im Jahr z betrug das Medianeinkommen von weiblichen Arbeitnehmern x % des Medianeinkommens von männlichen Arbeitnehmern.	$(\text{Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}) / (\text{Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Frauenanteil im Stadtrat	Im Jahr z waren x % der Mandate im Stadtrat mit Frauen besetzt.	$\text{Anzahl Frauen mit Mandaten im Stadtrat} / (\text{Mandate im Stadtrat insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung	Im Jahr z waren x % in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung mit Frauen besetzt.	$(\text{Anzahl Frauen in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung}) / (\text{Anzahl Leitungspositionen der Kommunalverwaltung insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
6 SDG 6 – Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten	Abwasserbehandlung	Im Jahr z wurden x % des Abwassers mit den Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt.	$(\text{Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird}) / (\text{Abwassermenge insgesamt}) * 100$	Entwässerungsbetrieb (EBE)
7 SDG 7 – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern	Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	Im Jahr z betrug der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch x %.	$(\text{Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien}) / (\text{Bruttoendenergieverbrauch}) * 100$	Erlanger Stadtwerke AG
	Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung	Im Jahr z wurden je Einwohner*in x Wattstunden (Wh) für Straßenbeleuchtung gebraucht.	$(\text{Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen})$	Erlanger Stadtwerke AG
	Energieverbrauch der privaten Haushalte	Im Jahr z wurden je Einwohner*in x Kilowattstunden an Energie in den privaten Haushalten verbraucht.	$(\text{Energieverbrauch der privaten Haushalte}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen})$	Erlanger Stadtwerke AG
	Wärmeverbrauch (städtische Gebäude und Einrichtungen)	Im Jahr z wurden für die städtischen Gebäude und Einrichtungen x Mio. Kilowattstunden Wärme verbraucht.	$(\text{Wärmeverbrauch aller städtischen Gebäude und Einrichtungen})$	Erlanger Stadtwerke AG
	Stromverbrauch (städtische Gebäude und Einrichtungen)	Im Jahr z wurden für die städtischen Gebäude und Einrichtungen x Mio. Kilowattstunden Strom verbraucht.	$(\text{Stromverbrauch aller städtischen Gebäude und Einrichtungen})$	Erlanger Stadtwerke AG
8 SDG 8 – Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern	Bruttoinlandsprodukt	Im Jahr z betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*in x Euro.	$(\text{Bruttoinlandsprodukt}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen})$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Beschäftigung im Forschungsbereich	Im Jahr z waren x % der Erwerbspersonen in Forschung und Entwicklung beschäftigt.	$(\text{Anzahl SvB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung}) / (\text{Anzahl SvB am Arbeitsort}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Langzeitarbeitslosenquote	Im Jahr z waren x % der Erwerbspersonen länger als 1 Jahr arbeitslos.	$(\text{Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit} > 1 \text{ Jahr}) / (\text{Anzahl Arbeitslose} + \text{Anzahl SvB am Wohnort}) * 100$	GGFA
	Beschäftigungsquote	Im Jahr z betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 15-64 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-64 Jahren x %.	$(\text{Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen im Alter von 15-64 Jahren}) * 100$	GGFA

Ziel	Indikator	Aussage	Berechnung	Quelle
	Unterbeschäftigungsquote	Im Jahr z waren x % der Erwerbspersonen in einer Arbeitsförderungsmaßnahme.	$(\text{Anzahl der Unterbeschäftigten}) / (\text{Anzahl der SVB}) * 100$	GGFA
	Aufstocker	Im Jahr z waren x % der erwerbsfähigen Leistungsbezieher*innen (ELB) zusätzlich zum ALG II-Bezug erwerbstätig.	$(\text{Anzahl erwerbstätige ALG II-Bezieher*innen}) / (\text{Anzahl ALG II-Bezieher*innen insgesamt}) * 100$	GGFA
	Existenzgründungen	Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner*innen x Gewerbebetriebe neu errichtet.	$(\text{Anzahl Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
9	SDG 9 – Eine belastbare Infrastruktur aufbauen			
	Hochqualifizierte	Im Jahr z hatten x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) einen akademischen Berufsabschluss.	$(\text{Anzahl SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort}) / (\text{Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Breitbandversorgung	Im Jahr z betrug der Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s nutzen konnten x %.	$(\text{Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung } (\geq 50 \text{ Mbit/s})) / (\text{Anzahl Haushalte insgesamt}) * 100$	Erlanger Stadtwerke AG und Wirtschaftsreferat
10	SDG 10 – Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern			
	Beschäftigungsquote von Ausländer*innen	Im Jahr z betrug die Beschäftigungsquote von Ausländer*innen x %.	$(\text{Anzahl ausländische SvB am Wohnort 15-64 Jahre}) / (\text{Anzahl Ausländer*innen 15-64 Jahre insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Beschäftigungsquote gesamt	Im Jahr z betrug die Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung x %.	$(\text{Anzahl SvB am Wohnort 15-64 Jahre insgesamt}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen 15-64 Jahre insgesamt}) * 100$	GGFA
	Schulabbrecherquote von Ausländer*innen	Im Jahr z betrug die Schulabbrecherquote von Ausländer*innen x %.	$(\text{Anzahl ausländische Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl ausländische Schulabgänger*innen insgesamt}) * 100$	Bildungsbüro, Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Schulabbrecherquote gesamt	Im Jahr z betrug die Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung x %.	$(\text{Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt}) / (\text{Anzahl Schulabgänger*innen insgesamt}) * 100$	Bildungsbüro, Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer*innen zur Beschäftigungsquote gesamt	Im Jahr z betrug das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer*innen zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung x %.	$(\text{Anzahl ausländische SvB am Wohnort 15-64 Jahre}) / (\text{Anzahl Ausländer*innen 15-64 Jahre insgesamt}) / ((\text{Anzahl SvB am Wohnort 15-64 Jahre insgesamt}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen 15-64 Jahre insgesamt})) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländer*innen zur Schulabbrecherquote gesamt	Im Jahr z betrug das Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländer*innen zur Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung x %.	$(\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt}) / ((\text{Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt}) / (\text{Anzahl Schulabgänger insgesamt})) * 100$	Bildungsbüro, Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung	
11	SDG 11 – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen			
	Wohnungsneubau	Im Jahr z waren x % aller Wohnungen neu fertiggestellt.	$(\text{Anzahl fertiggestellte Wohnungen}) / (\text{Anzahl bestehender Wohnungen}) * 100$	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
	Kommunaler Wohnungsbau	Im Jahr z wurden x Wohnungen pro 1.000 Einwohner*innen fertiggestellt.	$(\text{Anzahl fertiggestellte Wohnungen}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Ziel	Indikator	Aussage	Berechnung	Quelle
	Geförderter Wohnungsbau	Im Jahr z waren x % aller Mietwohnungen öffentlich gefördert.	$(\text{Anzahl geförderter Mietwohnungen}) / (\text{Anzahl bestehender Wohnungen}) * 100$	Sozialamt, Bericht „Aktuelle Lage und Bedarfe auf dem Erlanger Wohnungsmarkt“ (Stadtrat am 25.07.2019; Vorlagenr. 50/163/2019), siehe auch Ziffer 5.3 Wohnungsbericht 2018 vom Amt 61, Stand: März 2019
	Mietpreise	Im Jahr z betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete x Euro je Quadratmeter.	Durchschnittliche Nettokaltmiete je m ²	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Modal Split	Im Jahr z betrug der Anteil Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen x %.	$(\text{Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV}) / (\text{Verkehrsaufkommen insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Wohngeldhaushalte	Im Jahr z erhielten x % der Erlanger Haushalte Wohngeldzahlungen.	$(\text{Anzahl Wohngeldhaushalte}) / (\text{Anzahl Haushalte}) * 100$	Sozialamt, Bericht „Aktuelle Lage und Bedarfe auf dem Erlanger Wohnungsmarkt“ (Stadtrat am 25.07.2019; Vorlagenr. 50/163/2019), siehe auch Ziffer 5.3 Wohnungsbericht 2018 vom Amt 61, Stand: März 2019
	Motorisierungsgrad	Im Jahr z hatten je 1.000 Einwohner*innen x private Pkws.	$(\text{Anzahl private Pkw}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung, Kraftfahrt-Bundesamt
	Verunglückte im Verkehr	Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner*innen x Personen in Verkehrsunfällen verletzt oder getötet.	$(\text{Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Flächenverbrauch	Im Jahr z betrug der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche x %.	$(\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche}) / (\text{Gesamtfläche}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Intensität der Flächennutzung	Im Jahr z kamen auf 1.000 Einwohner*innen x km ² Siedlungs- und Verkehrsfläche.	$(\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Flächenbedarf von Arbeitsplätzen	Im Jahr z gab es x sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro km ² Gewerbefläche.	$(\text{Anzahl SvB am Arbeitsort}) / (\text{Gewerbefläche})$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Naherholungsflächen	Im Jahr z kamen auf 1.000 Einwohner*innen x km ² Erholungsfläche.	$(\text{Erholungsfläche}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	EB77
	Spielplatzflächen	Im Jahr z kamen auf eine*n Einwohner*in im Alter bis 15 Jahren x m ² Spielplatzfläche.	$(\text{Spielplatzfläche}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen 0-15 Jahre})$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Gewaltkriminalität	Im Jahr z gab es pro 1.000 Einwohner*innen x Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit.	$(\text{Anzahl der Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	Eigentumsdelikte	Im Jahr z gab es pro 1.000 Einwohner*innen Diebstähle und Unterschlagungen.	$(\text{Anzahl Diebstähle und Unterschlagungen}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung

12

Ziel	Indikator	Aussage	Berechnung	Quelle
SDG 12 – Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen	Trinkwasserverbrauch	Im Jahr z wurden je Einwohner*in und Tag durchschnittlich x Liter Wasser verbraucht.	(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)) / ((Anzahl Einwohner*innen) * (Tage pro Jahr))	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung und ESTW
	Abfallmenge	Die entsorgte Abfallmenge betrug im Jahr z x Tonnen je Einwohner*in.	(Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner*innen)	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	Recyclingquote	Im Jahr z wurden x % des gesamten Abfalls wiederverwertet.	(Menge wiederverwertbarer Abfall) / (Menge Abfall insgesamt) * 100	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
	EMAS-zertifizierte Standorte	Im Jahr z hatten x Betriebe ein EMAS-Zertifikat.	(Anzahl EMAS-zertifizierte Standorte)	Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, Geschäftsbereich Innovation und Umwelt

13

SDG 13 – Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	CO2-Ausstoß – CO2-Ausstoß der privaten Haushalte	Im Jahr z wurden durch die privaten Haushalte x Tonnen CO2 emittiert.	(Menge CO2-Emission der privaten Haushalte)	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	CO2-Ausstoß – CO2-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Im Jahr z wurden durch Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen x Tonnen CO2 emittiert.	(Menge CO2-Emission von Industrie, Gewerbe,) Handel und Dienstleistungen	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	CO2-Ausstoß – CO2-Ausstoß des Verkehrs	Im Jahr z wurden durch den Verkehr x Tonnen CO2 emittiert.	(Menge CO2-Emission durch den Verkehr)	Amt für Umweltschutz und Energiefragen

14

SDG 14 – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nutzen	Wasserqualität in Badegewässern	Im Jahr z haben x % der Badegewässer einen ausgezeichneten, guten oder ausreichenden Zustand.	(Anzahl Badegewässer mit ausgezeichnetem, gutem oder ausreichendem Zustand) / (Anzahl Badegewässer insgesamt) * 100	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
--	--	---	---	--

15

SDG 15 – Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen	Natura 2000	Im Jahr z waren x % der Gesamtfläche der Kommune als Natura 2000 ausgewiesen.	(Fläche Natura 2000) / (Fläche insgesamt) * 100	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	Landschaftsschutzgebiete	Im Jahr z waren x % der Gesamtfläche der Kommune als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.	(Fläche Landschaftsschutzgebiete) / (Fläche insgesamt) * 100	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	Naturschutzgebiete	Im Jahr z waren x % der Gesamtfläche der Kommune als Naturschutzgebiet ausgewiesen.	(Fläche Naturschutzgebiete) / (Fläche insgesamt) * 100	Amt für Umweltschutz und Energiefragen
	Nachhaltige Forstwirtschaft	Im Jahr z waren x % der Waldflächen PEFC- bzw. FSC zertifiziert.	(Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung) / (Waldfläche insgesamt) *100	Amt für Umweltschutz und Energiefragen

16

Ziel

SDG 16 – Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Indikator	Aussage	Berechnung	Quelle
Straftaten	Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner*innen. x Straftaten polizeilich bekannt	$(\text{Anzahl polizeilich bekannt gewordene Straftaten}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
Verschuldung	Im Jahr z hatte die Kommune im Kernhaushalt Schulden aus Krediten in Höhe von x Euro.	$(\text{Verschuldung im Kernhaushalt der Kommune}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen})$	Stadtkämmerei
Bürgerbegegnungsstätten	Im Jahr z gab es pro 1.000 Einwohner*innen x kommunale Begegnungsstätten.	$(\text{Anzahl kommunale Begegnungsstätten}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
Beteiligung bei Wahlen zum Landtag	Im Jahr z sind x % der Stimmberechtigten zur Landtagswahl gegangen.	$(\text{Anzahl Stimmberechtigte, die ihre Stimme zur Wahl des Landtages abgegeben haben}) / (\text{Anzahl Stimmberechtigte insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
Beteiligung bei Wahlen zum Bundestag	Im Jahr z sind x % der Stimmberechtigten zur Bundestagswahl gegangen.	$(\text{Anzahl Stimmberechtigte, die ihre Stimme zur Wahl des Bundestages abgegeben haben}) / (\text{Anzahl Stimmberechtigte insgesamt}) * 100$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
Engagementquote	Im Jahr z betrug der Anteil der freiwillig Engagierten x %.	$(\text{Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung})$	Bürgermeister- und Presseamt

17

SDG 17 – Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Budget für Entwicklungszusammenarbeit	Im Jahr z betrug das Budget für Entwicklungszusammenarbeit x Euro.	$(\text{Budget für Entwicklungszusammenarbeit})$	Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung
--	--	--	---

SDGs mit Bewertungsskala (deutschlandweiter Vergleich)

Ziel	Indikator	Bewertung
SDG 1 – Armut in jeder Form und überall beenden	SGB II-Quote / SGB XII-Quote	
	Mindestsicherungsquote	
	Armut - Kinderarmut	
	Armut - Jugendarmut	
	Armut - Altersarmut	
SDG 2 – Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern	Kinder mit Übergewicht	
	Ökologische Landwirtschaft	
	Stickstoffüberschuss	
SDG 3 – Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	Vorzeitige Sterblichkeit	
	Ärzteversorgung <small>(Es werden nur Allgemeinärzt*innen berücksichtigt.)</small>	
	Luftqualität (NO ₂) <small>(Erlangen weist lediglich die Werte für NO₂ und Ozon aus. Es fehlen: Schwefeldioxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Feinstaub)</small>	
SDG 4 – Inklusives, gerechtes Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen	
	Betreuung von Kindern - 3- bis U6-Jährige in Tageseinrichtungen	
	Schulabbrecherquote	
SDG 5 – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	
	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	
	Frauenanteil im Stadtrat	
	Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung	

Ziel	Indikator	Bewertung
SDG 6 – Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten	Abwasserbehandlung	
	Nitrat im Grundwasser	
SDG 7 – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern	Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	
	Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien	
	Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung	
	Energieverbrauch der privaten Haushalte	
	Wärmeverbrauch (städtische Gebäude und Einrichtungen) (neuer Indikator)	
SDG 8 – Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern	Stromverbrauch (städtische Gebäude und Einrichtungen) (neuer Indikator)	
	Bruttoinlandsprodukt	
	Beschäftigung im Forschungsbereich	
	Langzeitarbeitslosenquote	
	Beschäftigungsquote	
	Unterbeschäftigungsquote	
SDG 9 – Eine belastbare Infrastruktur aufbauen	Aufstocker	
	Existenzgründungen	
	Hochqualifizierte	
	Breitbandversorgung	

Bewertung



Ziel	Indikator	Bewertung
SDG 10 – Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern	Einkommensverteilung – Haushalte mit niedrigem Einkommen	
	Einkommensverteilung – Haushalte mit mittlerem Einkommen	
	Einkommensverteilung – Haushalte mit hohem Einkommen	
	Beschäftigungsquote von Ausländern	
	Beschäftigungsquote gesamt	
	Schulabbrecherquote von Ausländern	
	Schulabbrecherquote gesamt	
	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	
	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	
SDG 11 – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen	Wohnungsneubau	
	Kommunaler Wohnungsbau	
	Geförderter Wohnungsbau (neuer Indikator)	
	Mietpreise	
	Modal Split	
	Wohngeldhaushalte	
	Motorisierungsgrad	
	Verunglückte im Verkehr	
	Flächenverbrauch	
Intensität der Flächennutzung		

Ziel	Indikator	Bewertung
	Flächenbedarf von Arbeitsplätzen	
	Naherholungsflächen	
	Spielplatzflächen	
	Gewaltkriminalität	
	Eigentumsdelikte	
	SDG 12 – Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen	Trinkwasserverbrauch
Abfallmenge		
Recyclingquote		
EMAS-zertifizierte Standorte		
SDG 13 – Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte <small>Zahlen fehlen für Berichtszeitraum (nur 2014 aus IKSJK vorhanden)</small>	
	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen <small>Zahlen fehlen für Berichtszeitraum (nur 2014 aus IKSJK vorhanden)</small>	
	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs <small>Zahlen fehlen für Berichtszeitraum (nur 2014 aus IKSJK vorhanden)</small>	
SDG 14 – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nutzen	Wasserqualität in Badegewässern	

Bewertung

Ziel	Indikator	Bewertung
SDG 15 – Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen	Natura 2000	
	Landschaftsschutzgebiete	
	Naturschutzgebiete	
	Nachhaltige Forstwirtschaft	
	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	
SDG 16 – Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	Straftaten	
	Verschuldung	
	Bürgerbegegnungsstätten	
	Beteiligung bei Wahlen zum Landtag	
	Beteiligung bei Wahlen zum Bundestag	
	Engagementquote	
SDG 17 – Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen	Budget für Entwicklungszusammenarbeit	
	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	

Bewertung sehr gut Mittelfeld sehr schlecht Keine Vergleichswerte vorhanden Datengrundlage fehlt

1

SDG 1 – KEINE ARMUT

Kernindikator	SGB II-/SGB XII-Quote
Definition	Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII an der Bevölkerung
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die SGB II-/SGB XII-Quote zeigt an, wie hoch die Hilfebedürftigkeit innerhalb der Kommune ist. Eine hohe SGB II-/ SGB XII-Quote führt zu Einschränkungen beim finanziellen Handlungsspielraum der Kommune, aufgrund derer andere wichtige Ausgaben und Investitionen zurückgestellt werden müssen. Noch schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen selbst – sowohl in finanzieller, als auch in psychischer Hinsicht. In einer nachhaltigen Kommune sollte es Ziel sein, dass allen Hilfsbedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt und alles dafür getan wird, dass die betroffenen Personen wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie viele Menschen eine Mindestsicherung erhalten und Gefahr laufen, langfristig von Armut betroffen zu sein. Hieraus lässt sich allerdings noch nicht ableiten, ob auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Die Validität des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Die „Dunkelziffer“ ist im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen besonders hoch.
Datenqualität	Es handelt es sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Daten sind ab dem 2007 zeitlich und räumlich besser vergleichbar, da seitdem alle Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet werden – einschließlich der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften, die bis dahin nicht systematisch berücksichtigt waren.
Wechselwirkungen	Die SGB II-/SGB XII-Quote hängt direkt mit dem Indikator zur Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1) sowie der Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8) und der Einkommensverteilung (SDG 10) zusammen. Der Verschuldungsstand einer Kommune (SDG 16) ist tendenziell eine Folge der sozialen Lage in der Kommune. Die Anzahl von Straftaten (SDG 16) weist einen deutlichen statistischen Zusammenhang mit der SGB II-/SGB XII-Quote auf. Dies geht vermutlich sowohl auf eine höhere Kriminalitätsbelastung unter Ärmere zurück, als auch auf die räumliche Nähe von Wohngebieten für sozial Schwache zu Tatorten (zum Beispiel innenstädtische Einkaufszonen).

Kernindikator	Armut (Kinder-, Jugend- und Altersarmut)
Definition	<ul style="list-style-type: none"> — Kinderarmut: Anteil der unter 15-Jährigen, die von Armut betroffen sind — Jugendarmut: Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die von Armut betroffen sind — Altersarmut: Anteil der über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind
Nachhaltigkeitsrelevanz	Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass die Kinder- und Jugendarmut zu einem Dauerzustand in Deutschland geworden ist. In den nächsten Jahren muss darüber hinaus mit einer zunehmenden Altersarmut gerechnet werden, die auf Rentenreformen und auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Arm zu sein bedeutet nicht nur, dass die Mittel zum physischen Überleben fehlen, Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen verbunden. Somit kann hier auch von einer Verantwortung für ein



gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten (Generationengerechtigkeit).

Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen über das Ausmaß der Betroffenheit in ausgewählten Bevölkerungsgruppen. Hieraus lässt sich allerdings nicht ableiten, ob in den betrachteten Bevölkerungsgruppen auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Zudem ist die Validität etwas eingeschränkt, da nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Hierdurch ergibt sich eine „Dunkelziffer“, die vor allem im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen (Altersarmut) besonders hoch ist.
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten von hoher Qualität, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden.
Wechselwirkungen	Armut im Kindes- bzw. Jugendalter wird insbesondere vom Erfolg der Eltern auf dem Arbeitsmarkt und den erzielten Einkommen bestimmt. Entsprechend fallen hohe Armutsraten mit einem hohen Anteil von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8) und mit geringem Einkommen und niedrigen Anteilen von Menschen mit mittlerem und hohem Einkommen (SDG 10) zusammen. Im Lebensverlauf wirkt sich Kinder- und Jugendarmut auf den späteren Erfolg am Arbeitsmarkt aus. Hierbei kann insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit zu Armut im Alter führen.

2

SDG 2 – KEIN HUNGER

Kernindikator Kinder mit Übergewicht

Definition	Anteil der übergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern im Schuleingangsjahr
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator misst den Anteil der Kinder, denen bei ihrer Schuleingangsuntersuchung Übergewicht diagnostiziert wurde. Übergewicht im Kindesalter kann ein nur vorübergehender Zustand sein. Mit zunehmendem Alter des Kindes steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieser Zustand auch auf das Erwachsenenalter überträgt. So haben übergewichtige Kinder im Alter zwischen 6 bis 9 Jahren eine zehnmal höhere Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter an Übergewicht zu leiden als gleichaltrige Kinder mit Normalgewicht. Übergewicht stellt einen ernstesten Risikofaktor für das Auftreten von Zuckerkrankheit, Bluthochdruck und Gefäßverkalkung dar und besitzt einen signifikant negativen Effekt auf die Lebenserwartung. In manchen Fällen kann Übergewicht genetisch bedingt sein; häufiger ist es allerdings auf Fehl- und Mangelernährung zurückzuführen. Im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit sollte allen Kindern die Möglichkeit geboten werden, eine ausgewogene und gesunde Ernährung zu erhalten. Eine kindgerechte Kommunalentwicklung trägt dazu bei, dass Kinder sich mehr und freier bewegen (können).
Validität	Übergewicht kann ein Indiz für eine vorherrschende Mangelernährung sein. Der Indikator bezieht sich daher sinnvoll auf das Teilziel.

Kernindikator Ökologische Landwirtschaft

Definition	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche
Nachhaltigkeitsrelevanz	Ökologische Landwirtschaft ist Teil einer nachhaltigen Agrarpolitik. Sie setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden sowie auf eine artgerechte Tierhal-

tung, wobei letztere durch eine flächenabhängige Begrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden soll. Auch der Einsatz mineralischer Düngemittel sowie chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel ist in der ökologischen Landwirtschaft nicht gestattet. Im Jahr 2015 wurden ca. 6,5 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Ökologische Landwirtschaft arbeitet nach dem Prinzip der hofeigenen Kreisläufe. Im Gegensatz zu konventionell wirtschaftenden Betrieben ist damit der Zukauf von Futtermitteln aus dem südamerikanischen Sojaanbau gering bzw. nicht erlaubt. Damit leistet der ökologische Landbau auch seinen Beitrag zur globalen Verantwortung. Auf kommunaler Ebene existieren keine aktuellen flächendeckenden Daten; allerdings wurde im Jahr 2010 eine Landwirtschaftszählung durch den Bund durchgeführt, die im Rahmen einer umfassenden Erhebung zahlreicher Indikatoren mit Bezug zur Landwirtschaft auch Auskunft über den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen auf Kreis-Ebene liefert. Diese Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar.

Validität	Der Indikator bildet wesentliche Elemente des Teilziels unmittelbar ab und verfügt daher über eine hohe Validität: Nachhaltige Landwirtschaft, Stärkung der Resilienz und Verbesserung der Bodenqualität.
------------------	---

Kernindikator Stickstoffüberschuss

Definition	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche
Nachhaltigkeitsrelevanz	Übermäßige Stickstoffeinträge durch die Landwirtschaft stellen nach wie vor ein großes ökologisches Problem dar, da sie als Eintrag in Grundwasser, Oberflächengewässer und die Luft diverse Ökosysteme belasten und damit dem Prinzip der globalen Verantwortung entgegenstehen. Experten schätzen, dass diese Menge weltweit etwa vierfach höher ist, als für die Umwelt verträglich wäre. Im Jahr 2016 setzte sich die Bundesregierung das Ziel, den jährlichen Stickstoffüberschuss in den Jahren 2028 bis 2032 im Jahresmittel auf nur noch 70 kg pro Hektar zu begrenzen. Im Moment liegt dieser Wert innerhalb Deutschlands noch bei über 100 kg pro Hektar.
Validität	Wenngleich Stickstoff ein Hauptnährstoffelement der Pflanzen bildet, so belastet eine Düngung über den Bedarf und außerhalb der natürlichen Vegetationsperiode die Ökosysteme, sodass deren Resilienz gegenüber Klimaveränderungen und extremen Wetterereignissen abnimmt. Das Unterziel nachhaltiger und resilienter landwirtschaftlicher Methoden wird daher durch den Indikator sinnvoll abgebildet.
Datenqualität	Der Stickstoffüberschuss wird über Modellrechnungen ermittelt, in die der Düngemiteleintrag, der Eintrag aus der Luft, der Entnahme durch Erträge etc. eingehen. Bei der Stickstoffbilanzierung auf kommunaler Ebene wird die Stickstoff-Bilanz der Energieerzeugung durch Biomasse noch nicht erfasst.
Wechselwirkungen	Ein hoher Stickstoffüberschuss kann zu Beeinträchtigungen der Qualität des Grundwassers und der Fließgewässer führen.

3

SDG 3 – GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

Kernindikator Vorzeitige Sterblichkeit

Definition	Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren je 1.000 Einwohner*innen
-------------------	--

Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Gesundheitszustand beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität der Menschen. Treten Todesfälle in einem Alter unter 65 Jahren gehäuft auf, so kann dies ein Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss es sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit). In Kommunen kommt hier der gesundheitlichen Versorgung und Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen, die sowohl die physische, als auch die psychische Gesundheit beinhaltet, und der erhöhten Sicherheit im Straßenverkehr eine besonders hohe Priorität zu. Des Weiteren können Kommunen im Austausch mit Wirtschaftsverbänden den Arbeitsschutz verbessern helfen.
Validität	Der Indikator liefert aufschlussreiche Hinweise zu möglichen Missständen im Gesundheitswesen sowie zum allgemeinen Gesundheitsniveau der Bevölkerung. Allerdings liefert der Indikator keine Informationen darüber, welche Anstrengungen die Kommune zur Förderung des Wohlergehens und der physischen wie psychischen Gesundheit unternimmt.
Datenqualität	Die Daten entstammen der amtlichen Statistik der Todesfälle und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und weisen eine hohe Qualität auf.

Kernindikator **Ärzteversorgung**

Definition	Zahl der Allgemeinärzt*innen je 100.000 Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Ärzteversorgung (hier bezogen auf Allgemeinärzt*innen) ist zentraler Bestandteil einer Versorgung mit grundlegenden Gesundheitsdiensten. Insbesondere vor dem Hintergrund eines sich in den letzten Jahren verschärfenden Stadt- Land-Gefälles gibt der Indikator Aufschluss über die Unterschiede in der medizinischen Versorgungssituation. Eine grundlegende Versorgung mit Gesundheitsdiensten ist dabei als Teil des Prinzips der intragenerationellen Gerechtigkeit zu deuten. Dabei hat jeder Mensch den Anspruch auf eine angemessene medizinische Versorgung – unabhängig von seinem Wohnort bzw. der räumlichen Struktur seines Wohnumfeldes.
Validität	Die Ärzteversorgung ist Teil einer umfassenden Gesundheitsversorgung und bildet daher einen wichtigen Teilaspekt des Unterziels ab. Allgemeinärzt*innen sind hierbei bedeutsam für die Erstversorgung und die mögliche Überweisung zu Fachärzt*innen. Eine höhere Dichte an niedergelassenen Allgemeinärzt*innen erhöht tendenziell die Chance einer flexiblen und individuell ausgerichteten Behandlung (Reduzierung der Wartezeiten als Teilaspekt der Erreichbarkeit). Allerdings liefert der Indikator keine Aussage über die Qualität der Versorgung oder über die tatsächliche Erreichbarkeit – einschließlich weniger mobiler Bevölkerungsgruppen. Insofern sind Menschen in ländlichen Kommunen de facto in ihrer medizinischen Versorgung benachteiligt, da hier im Allgemeinen von einer schlechteren Mobilitätsinfrastruktur auszugehen ist.
Datenqualität	Die Daten zur Zahl der Allgemeinärzt*innen beruhen auf Angaben des Ärztereisters der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Es ist keine nennenswerte „Dunkelziffer“ an praktizierenden Ärzt*innen zu erwarten, da eine Eintragung in das Register die notwendige Voraussetzung für eine Zulassung ist. Diese Zulassung erlaubt wiederum erst, gesetzlich krankenversicherte Patient*innen in einer eigenen Praxis behandeln zu dürfen.
Wechselwirkungen	Eine positive regionalwirtschaftliche Entwicklung (SDG 8) wirkt sich auch auf das Ärzteaufkommen aus.

Kernindikator	Luftqualität
Definition	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Verschiedene Schadstoffe, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen oder Feinstaub, können bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte die Gesundheit sowie Ökosysteme negative beeinflussen und schädigen. Besonders hoch ist die Konzentration dieser Schadstoffe in dicht besiedelten Städten. Der Indikator betrachtet die Konzentration verschiedener Luftschadstoffe, die die Gesundheit beeinträchtigen können. Für deren Erhebung muss die Konzentration der Schadstoffe in der Luft über unterschiedliche Messstellen innerhalb der Kommune festgestellt werden. Zur Einschätzung der vorliegenden Schadstoffkonzentration können die gemessenen Werte mit den Richt- bzw. Grenzwerten der WHO oder der EU abgeglichen werden.
Validität	Der Indikator bildet einen Teil des Unterziels unmittelbar ab, nämlich die Verunreinigung der Luft. Der Indikator verfügt somit über eine hohe Validität.

4

SDG 4 – HOCHWERTIGE BILDUNG

Kernindikator **Betreuung von Kindern (unter 3 Jahre und 3 bis U6 Jahre)**

Definition	<p>— Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden</p> <p>— Betreuung von Kindern (3- bis U6-Jährige): Anteil der Kinder von 3 bis U6 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden</p>
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen. So sollen alle Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden, optimal auf die Grundschule vorbereitet werden. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mit einem steigenden Anteil der Kinder, die in Tageseinrichtungen auf den Schuleintritt vorbereitet werden, auch die Differenzen zwischen betreuten und nicht-betreuten Kindern beim Eintritt in die Schule größer werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise den Eltern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen besitzt die frühkindliche Bildung eine Schlüsselposition für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel, etc.) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen.
Validität	Die Betreuung in Tageseinrichtungen und -pflege ist keine zwingende Voraussetzung für eine optimale Vorbereitung auf die Grundschule. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine solche Betreuung ein standardisiertes Mindestmaß frühkindlicher Bildung gewährleistet. Die Validität des Indikators ist daher gegeben.
Datenqualität	Die Daten stammen aus der amtlichen Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Die Qualität der Daten ist daher hoch.
Wechselwirkungen	Eine hohe Betreuungsquote hat Einfluss auf das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (SDG 5). So können bei einem adäquaten Kinderbetreuungsangebot beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Kernindikator Schulabbrecherquote

Definition	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Insbesondere sozial schwache, bildungsferne und Familien mit Migrationshintergrund stehen hierbei im Fokus, da der Bildungserfolg stark von den sozioökonomischen Faktoren der Eltern abhängt. Die Schulträgerschaft ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bildung ist für die Zukunftsfähigkeit einer Kommunen somit ein weitreichendes Schlüsselthema.
Validität	Die Schulabbrecherquote bildet das Unterziel zutreffend ab, da sie Hinweise zum Anteil der Schülerinnen und Schüler liefert, die keine Grund- und Sekundarschulbildung abschließen konnten. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass der Indikator keine Hinweise auf die Gründe für den Schulabbruch liefert und die Qualität der schulischen Bildung daher nur indirekt messen kann. Zu beachten ist auch, dass Abschlüsse nach der Pflichtschulzeit noch nachgeholt werden können; dieser Aspekt wird durch die Schulabbrecherquote nicht abgebildet.
Datenqualität	Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden; es muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln. Insgesamt ist die Qualität der Daten jedoch sehr hoch.
Wechselwirkungen	Eine hohe Schulabbrecherquote wirkt sich im Lebensverlauf negativ auf die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt aus. Hieraus können sich langfristig Konsequenzen für die Beschäftigungsquote, die Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8), die SGB II-/SGB XII-Quote sowie für die Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1) ergeben.

5

SDG 5 – GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Kernindikator Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern

Definition	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung von Beschäftigungsstandards und -entwicklung. Sie beschreibt den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der nach Alter erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung. Der betrachtete Indikator setzt die Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern ins Verhältnis und liefert auf diese Weise Informationen zur anteiligen Teilhabe von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Beschäftigungsquoten liefern Hinweise auf eine mögliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. Niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen können

dabei vielfältige Gründe haben. So können freiwillige Entscheidungen, das Fehlen kommunaler oder staatlicher Leistungen, die Nicht-Anerkennung weiblicher Arbeitskraft oder eine wertbegründete, gesellschaftliche Zuweisung von Verantwortlichkeiten der Geschlechter Ursache für die Ausformung des Indikators sein. Die Nachhaltigkeitsrelevanz des Indikators basiert insbesondere auf dem Prinzip intragenerationeller Gerechtigkeit. Unter der Prämisse der Geschlechtergleichheit ergibt sich hieraus das Ziel einer Gleichverteilung von Verantwortlichkeiten auch im Hinblick auf das Merkmal „Beschäftigung“.

Validität	Indem das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern betrachtet wird, können wichtige Hinweise über mögliche Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gewonnen werden. Hierdurch wird der ökonomische Teilaspekt des Unterziels abgedeckt. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass die Gründe für niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen vielfältig sein können und nicht zwangsläufig auf Diskriminierung zurückgeführt werden müssen.
Datenqualität	Die Bundesagentur für Arbeit erfasst alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Prinzipiell kann die Datenqualität also als sehr hoch eingestuft werden. Die Beschäftigungsquote misst jedoch lediglich den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht in die Ermittlung der Quote ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn sie systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern aufweisen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. Ein Anstieg der Beschäftigungsquote geht daher nicht zwingend mit einem Anstieg des Arbeitsvolumens einher.
Wechselwirkungen	In Kommunen mit hohen Betreuungsquoten (SDG 4) sind Frauen in der Regel besser in den Arbeitsmarkt integriert, wodurch sie höhere Beschäftigungsquoten aufweisen. Höhere Beschäftigungsquoten von Frauen verringern tendenziell auch den Verdienstabstand zu Männern (SDG 5), was ebenfalls auf die bessere Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Die Kommune kann das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern beeinflussen, indem Frauen Führungspositionen in der Verwaltung sowie in kommunalen Unternehmen übernehmen (SDG 5).

Kernindikator Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Definition	Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmer im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer
Nachhaltigkeitsrelevanz	Noch immer existieren signifikante Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern. Diese Unterschiede sind zum einen auf die Wahl unterschiedlicher Berufsgruppen, den Aufstieg in den unterschiedlich vergüteten Hierarchiegruppen und der Berücksichtigung von Berufserfahrung – ein familienbedingter, befristeter Ausstieg wirkt sich negativ auf die Einkommen aus – zurückzuführen. Zum anderen erhalten Frauen jedoch auch bei der Ausübung gleichwertiger Berufe eine geringere Entlohnung und werden teils, trotz eines bestehenden Diskriminierungsverbotes, bei gleichen Voraussetzungen schlechter entlohnt als Männer. Der betrachtete Indikator setzt das (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Frauen ins Verhältnis zum (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Männer und liefert auf diese Weise Informationen zum Ausmaß des Einkommensunterschiedes zwischen Frauen und Männern auf kommunaler Ebene. Der Grundsatz des „gleichen Lohns für gleiche Arbeit“ betrifft dabei insbesondere die soziale Dimension. Niedrigere Entlohnung verstärkt die Anreize für Frauen, ihre Erwerbsbiographie familienbedingt zu unterbrechen oder nur reduziert zu arbeiten. Dies zementiert die geschlechtsspezifischen Arrangements zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. Auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit ist hiervon betroffen, da sich die Lohnlücke langfristig auch bei der Rentenhöhe bemerkbar

macht. So sind durch die Lohn- und folglich Rentenlücken der Frauen aktuell mehr Frauen von Altersarmut betroffen, was sich direkt auf die kommunalen Haushalte auswirkt. Indirekt werden die Kommunen ebenfalls wirtschaftlich geschwächt, weil ein Teil des Erwerbspersonenpotenzials seine ökonomischen Kapazitäten nicht voll entfalten kann.

Validität	Indem der „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ betrachtet wird, kann eine Aussage über mögliche Formen der Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt getroffen werden. Der Indikator bezieht sich also auf die wirtschaftliche Dimension der Geschlechtergleichstellung und liefert hierfür wertvolle Informationen. Dabei bleibt allerdings unklar, ob die Verdienstunterschiede aus der Wahl unterschiedlicher Berufe oder aber aus einer ungleichen Bezahlung bei der Ausübung identischer Berufe resultieren. Dies muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.
Datenqualität	Grundlage der Statistik sind die Mitteilungen der Arbeitgeber an die Bundesagentur für Arbeit. Bei der Betrachtung des Medianeinkommens werden lediglich Informationen vollzeitbeschäftigter Männer und Frauen herangezogen. Es ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Der Wert des Medianeinkommens ist dabei robuster gegenüber Ausreißern als das arithmetische Mittel. Informelle Beschäftigungsverhältnisse werden in den Daten nicht berücksichtigt. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen, die bereits Teil einer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sein können.
Wechselwirkungen	In Kommunen mit hohen Betreuungsquoten für Kinder (SDG 4) sind Frauen in der Regel besser in den Arbeitsmarkt integriert – mit einem relativ geringen Abstand zur Beschäftigungsquote der Männer (SDG 5). Dies geht einher mit einem geringeren Verdienstabstand.

Kernindikator Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen

Definition	Anteil der Mandate in Stadträten und Kreistagen, die von Frauen besetzt sind
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist trotz massiver Bestrebungen seit Jahren unverändert niedrig. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag dazu geleistet werden, damit dieses Missverhältnis abgemildert wird. So können die politischen Parteien über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den Stadträten und Kreistagen adäquat abgebildet werden kann.
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise hinsichtlich der Teilhabe von Frauen bei der Entscheidungsfindung im politischen Leben auf kommunaler Ebene. Somit wird ein Kernaspekt des Unterziels abgebildet.
Datenqualität	Die Zahlen werden durch das BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) über eine Internetrecherche aller Stadträte und Kreistage ermittelt. Die Datenqualität ist daher hoch.
Wechselwirkungen	Der Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern (SDG 4) und der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (SDG 5) ist unklar. Die Integration in den Arbeitsmarkt kann einhergehen mit einem Aufbrechen traditioneller Rollenbilder und auch zu höherer politischer Repräsentation von Frauen führen. Es kann andererseits die Doppelbelastung mit Arbeit und Familie für Frauen verstärken und zusätzliches politisches Engagement unwahrscheinlicher machen.

6

SDG 6 – SAUBERES WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG

Kernindikator Abwasserbehandlung

Definition	Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird
Nachhaltigkeitsrelevanz	Abwasser bezeichnet vom häuslichen, gewerblichen oder industriellen Gebrauch verunreinigtes Wasser. Eine mangelhafte Abwasserreinigung kann dazu führen, dass schädliche Inhaltsstoffe in Gewässer eingeleitet werden und deren Nährstoffgehalt signifikant erhöhen. Dieser Überschuss an Nährstoffen wird von Bakterien abgebaut. Hierdurch wird Sauerstoff verbraucht, was zu Fischsterben und einem erhöhten Algenwachstum führt. Damit Kommunen eine gefahrlose Nutzung von Gewässern sowie eine nachhaltige Wiedereinführung von Abwasser in die Gewässer gewährleisten können, muss dieses zunächst biologisch behandelt werden. Durch Anwendung der Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination können Nitrate und Phosphate aus dem Abwasser entfernt werden, wodurch die Qualität der Abwasserreinigung weiter verbessert wird. Durch eine nachhaltige Nutzung von Wasser soll dabei auch eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen sichergestellt werden.
Validität	Der Indikator misst den prozentualen Anteil des Abwassers, das unter Anwendung moderner Techniken behandelt wird und somit eine besonders hohe Qualität aufweist. Der Indikator bezieht sich daher direkt auf das Ziel einer Erhöhung der Wasserqualität.
Datenqualität	Die Daten stammen aus der Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung und weisen daher eine hohe Qualität auf. Sie enthalten ausschließlich die Angaben öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen. Für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen liegen hingegen keine Informationen vor.
Wechselwirkungen	Die meisten Kläranlagen leiten gereinigtes Abwasser in den Erdboden ein, wo es sich mit Grundwasser vermischt und damit auch Auswirkungen auf die Qualität des Grundwassers hat. Über die direkte oder indirekte Einleitung in Flüsse kann zudem die Qualität der Fließgewässer beeinträchtigt werden (SDG 6).

Kernindikator Nitrat im Grundwasser

Definition	Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird
Nachhaltigkeitsrelevanz	Bei einer zu intensiven Nutzung von Dünger können Pflanzen den auf diese Weise zugeführten Stickstoff nicht mehr vollständig aufnehmen. Es besteht die Gefahr, dass der überschüssige Stickstoff als Nitrat unter anderem ins Grundwasser gelangt und bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte zu gesundheitlichen Schäden bei Menschen führen kann. Des Weiteren kann das überschüssige Nitrat auch in Oberflächengewässer gelangen und die Ökosystem dort nachhaltig belasten. Deshalb schreibt die Trinkwasserverordnung einen Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter vor. Dieser Wert wird im Moment von ca. 18 % der Messstellen in Deutschland überschritten. Auf kommunaler Ebene liegen derzeit keine flächendeckenden Daten vor, jedoch kann jede Kommune selbst die Nitratbelastung ihres Trinkwassers erheben.
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die Wasserqualität und misst die im Teilziel formulierte Verschmutzung des Wassers unter Berücksichtigung eines bestimmten Stoffes.

7

SDG 7 – BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Kernindikator Anteil Erneuerbarer Energien

Definition	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch ist ein wichtiger Maßstab für das Fortschreiten der Energiewende. Als erneuerbare Energien werden dabei solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen unter anderem die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können den Ausbau erneuerbarer Energien aktiv unterstützen und damit dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien am lokalen Energiemix zu erhöhen. Dieser Beitrag kann dabei jedoch nur unter dem Gesichtspunkt einer gesicherten Energieversorgung wahrgenommen werden. Im Moment liegen entsprechende Daten lediglich auf Bundes- und Länderebene vor, jedoch nicht auf kommunaler Ebene.
Validität	Der Indikator bildet das Unterziel vollumfänglich ab. Die Validität ist daher sehr hoch.

Kernindikator Windenergie

Definition	Installierte Leistung Windenergie je Einwohner*in
Nachhaltigkeitsrelevanz	Windkraftanlagen erzeugen einen erheblichen Anteil der erneuerbaren Energien. Der Indikator gibt Aufschluss über die installierte Leistung aller Windkraftanlagen im Verhältnis zur Einwohnerzahl. In diesem Sinne werden die Kommunen vergleichbar hinsichtlich ihrer Bemühungen, über die Erzeugung von Windenergie einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ein hoher Wert an installierter Leistung aus Windenergie trägt sowohl zur Verwirklichung des Prinzips intergenerationaler Gerechtigkeit als auch zum Prinzip der globalen Verantwortung bei: durch eine CO2-neutrale Energiegewinnung und die entsprechende Schonung des Klimahaushaltes werden die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen erhalten sowie ein Beitrag zur globalen CO2-Bilanz geleistet.
Validität	Der Indikator liefert hilfreiche Informationen zum ausgewählten Unterziel, da eine Erhöhung der installierten Windenergieleistung – bei konstanter Leistung der sonstigen Energiearten – den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix erhöht. Es ist zu berücksichtigen, dass allein mittels Windenergie der aktuelle bzw. zukünftige Energiebedarf voraussichtlich nicht abgedeckt werden kann, sodass prinzipiell weitere „saubere“ Energieträger in den Blick genommen werden müssten. Allerdings stehen für diese noch keine belastbaren Daten zur Verfügung. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich ausschließlich auf die installierte Leistung. Diese gibt an, wie viel elektrische Energie mittels der auf dem Gebiet der Kommune installierten Anlagen theoretisch zu produzieren wäre – unabhängig von dem tatsächlichen Output oder der realisierten Abnahme. Diese Angabe ist insofern sinnvoll, als dass witterungsbedingte Schwankungen nicht den Vergleich innerhalb von Zeitreihen oder zwischen Kommunen verzerren. Zudem wird das Problem des Netzausbaus ausgeblendet, da etwa fehlende Transportwege die tatsächliche Abnahme erzeugter Energie derweil hemmen.

Datenqualität	Die Daten werden von den Betreibern selbst übermittelt, d. h. es erfolgt keine unabhängige Erhebung durch Dritte. Hierdurch ist die Qualität der Daten etwas eingeschränkt.
Wechselwirkungen	Die installierte Leistung an Windenergie kann durch kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien erhöht werden. Werden durch den Bau von Windkraftanlagen fossile Kraftwerke ersetzt, so kann sich dies positiv auf die Vermeidung von CO2-Emissionen sowie auf die Luftqualität auswirken (SDG 11).

Kernindikator Kommunale Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien

Definition	Anteil der Ausgaben des kommunalen Haushalts für Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als erneuerbare Energien werden solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen unter anderem die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können nicht nur die Rahmenbedingungen für private Investitionen in erneuerbare Energien verbessern, sondern auch selbst als Investor tätig werden und damit den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. Eine Schwierigkeit bei der Berechnung des Indikators ist die Frage, welche Ausgaben als Investition in erneuerbare Energien gewertet werden können.
Validität	Der Indikator bezieht sich nicht direkt auf das Unterziel, insofern er keine Verbindung zur internationalen Zusammenarbeit herstellt. Grundsätzlich kann aber ein Zusammenhang zum Primärziel hergestellt werden, da es gilt, überall – d. h. auch in deutschen Kommunen – den Zugang zu nachhaltiger Energie zu gewährleisten.

8

SDG 8 – MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Kernindikator Bruttoinlandsprodukt

Definition	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*in
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Einwohnerzahl liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard. Langfristig sollte die Betrachtung des BIPs durch Indikatoren wie Rohstoff- oder Energieproduktivität ergänzt werden, welche die erzeugte Wertschöpfung ins Verhältnis zum Mittelleinsatz setzen. In Hinblick auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit kann ein Zusammenhang zur Generationengerechtigkeit hergestellt werden, da die Leistungsfähigkeit und der damit verbundene Wohlstand die Grundlagen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen bilden.
Validität	Der Indikator ermöglicht eine valide Abbildung des formulierten Unterziels. Unklar bleibt allerdings, welches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum den „nationalen Gege-

benheiten“ entspricht. In den letzten zehn Jahren betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum innerhalb von Deutschland ca. 1,4%, was hierfür als erster Maßstab dienen könnte. Auf kommunaler Ebene sollten jedoch insbesondere die „regionalen Gegebenheiten“ als Maßstab herangezogen werden, die je nach Kommune unterschiedlich ausfallen können. Ganz allgemein ergibt sich die Schwierigkeit, dass im BIP nur formell getätigte bzw. entsprechend dokumentierte Wertschöpfung erfasst wird. Informell vertriebene Waren oder ausgeführte Dienstleistungen finden im BIP entsprechend keine Berücksichtigung.

Datenqualität	Bei regionalen oder kommunalen Daten zum BIP handelt es sich um Schätzungen/ Umrechnungen von Bundes- und Länderdaten. Die Qualität dieser Daten wird durch die „Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Bundes und der Länder“ gewährleistet. Die Daten können folglich ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden. Auf kommunaler Ebene kann lediglich das BIP zu Marktpreisen, d. h. das nominale und nicht das reale BIP, betrachtet werden. Grund hierfür ist, dass auf dieser Ebene keine seriösen Zahlen zur Entwicklung des Preisniveaus vorliegen. Dieser Umstand muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit nahezu allen Indikatoren, die von der ökonomischen Situation einer Kommune beeinflusst sind oder diese beeinflussen. So wirkt sich z. B. ein hoher Beschäftigungsanteil im Forschungsbereich (SDG 8) tendenziell positiv auf das BIP aus. Genauso bestehen Wechselwirkungen mit der Beschäftigungsquote (SDG 8), dem Anteil der Hochqualifizierten (SDG 8), der SGB II-/ SGB XII-Quote, der Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1) sowie mit der kommunalen Finanzsituation (SDG 16). In all diesen Fällen sind die Wirkzusammenhänge jedoch komplex und zum Teil gegenläufig.

Kernindikator Beschäftigung im Forschungsbereich

Definition	Anteil der SvB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund zunehmend wissensbasierter Ökonomien und steigendem Innovationsdruck sind Forschung und Entwicklung zentrale Voraussetzungen für den Erhalt und den Ausbau der Wettbewerbs- und somit der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen bzw. Standorten/Kommunen. Ein hoher Anteil an Beschäftigten im Forschungsbereich belegt die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit ansässiger Betriebe und lässt auf ein hohes Innovationspotenzial schließen. Der wirtschaftliche Erfolg ansässiger Unternehmen aufgrund innovativer Produkte kann sich positiv auf die Beschäftigtenentwicklung, die Gewerbesteuererinnahmen und die Infrastrukturausstattung auswirken (Prinzip der Generationengerechtigkeit). Weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf das öffentliche Leben, sind möglich, wenn die Beschäftigten im Forschungsbereich nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen.
Validität	Der Anteil der SvB im Wirtschaftszweig „Wissenschaft und Forschung“ erfasst nicht die Beschäftigten an Hochschulen und Fachhochschulen, sondern ausschließlich Beschäftigte bei Arbeitgebern, die hauptsächlich auf den Zweck Wissenschaft, Forschung und Entwicklung ausgerichtet sind. Eine hoch innovative Forschungsabteilung eines Industriebetriebes ist hier etwa nicht erfasst. Ferner lässt der Indikator keine Schlüsse auf die für Innovationen ausschlaggebenden Kooperationen bzw. Cluster (zwischen Hochschule und Unternehmen), tatsächlich realisierte Innovationen (z. B. Veröffentlichungen, Patente) oder dadurch erwirtschaftete Gewinne zu. Dienstleistungen finden im BIP entsprechend keine Berücksichtigung.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht im Wirkungszusammenhang mit ökonomischen Strukturmerkmalen des Arbeitsortes (Durchschnittseinkommen, Unternehmensstruktur etc.), der Innovationskraft (Anzahl der Patente), der Einkommenssituation und den Schulabgängern mit (Fach-)Hochschulreife. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Anzahl der Beschäftigten an Hochschulen (insb. MINT-Fächer) in Beziehung gesetzt wird: Viele Beschäftigte an Universitäten lassen bei einer geringen Zahl von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung auf ein Fehlen von Synergien schließen.

Kernindikator Langzeitarbeitslosenquote

Definition	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als langzeitarbeitslos gelten solche Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren. Ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche, die sich in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirkt und auch die finanzielle Situation der Kommune beeinträchtigen kann. Darüber hinaus kann sich verstärkt auftretende Langzeitarbeitslosigkeit auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune niederschlagen und Abwanderungsprozesse in Gang setzen. Daher müssen insbesondere solche Maßnahmen weiter in den Vordergrund der Arbeitsmarktpolitik rücken, die darauf ausgerichtet sind, langzeitarbeitslose Personen zurück in eine Beschäftigung zu führen.
Validität	Der Indikator liefert Informationen über diejenige Gruppe von Arbeitslosen, die tendenziell am schwierigsten in eine Beschäftigung zu bringen sind. Diese Herausforderung muss gemeistert werden, wenn bis zum Jahr 2030 das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung erreicht werden soll. Die Validität des Indikators ist daher hoch.
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch. Als arbeitslos werden dabei nur solche Personen geführt, die sich bei den entsprechenden Stellen als arbeitslos gemeldet haben. Es ist also möglich, dass die Zahl der tatsächlich arbeitslosen Personen höher ist, als in der Statistik ausgewiesen.
Wechselwirkungen	Die Quote der Langzeitarbeitslosen steht im Wirkungszusammenhang mit sozio-ökonomischen Strukturmerkmalen wie der SGB II-Quote (SDG 1), der regionalen Einkommensverteilung (SDG 10) und der Beschäftigungsquote (SDG 8).

Kernindikator Beschäftigungsquote

Definition	Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung an. Sie lässt Rückschlüsse auf die soziale Situation der Bewohner*innen zu. Eine hohe Beschäftigungsquote sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Die Bedeutung der Beschäftigungsquote für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und die enge Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension (Prinzip der Ganzheitlichkeit) geben diesem Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Validität	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bilden das ab, was man gemeinhin als menschenwürdige Arbeit bezeichnet. Das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung kann nur durch eine Erhöhung der Zahl entsprechender Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Der Indikator besitzt also eine hohe Validität.
Datenqualität	Die Daten basieren auf den Meldungen zur Sozialversicherung mit einer Verzögerung von sechs Monaten (Abgabefristen der Meldungen). Die Qualität der Daten ist sehr hoch. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.

Wechselwirkungen Eine hohe Beschäftigungsquote beugt gegen Armut in der Bevölkerung vor (SDG 1). Auch die kommunalen Einnahmen werden durch eine hohe Beschäftigungsquote verbessert. Zudem sind Wechselwirkungen mit dem Verkehrsaufkommen (Pendelverkehr – SDG 11) zu erwarten.

Kernindikator **Aufstocker**

Definition	Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator beinhaltet Empfänger von ALG II, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Eine hohe Zahl an „Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin, die sich auf die ökonomische und soziale Situation der Betroffenen, und die Kommune insgesamt (z. B. durch verringerte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben) auswirken kann. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension und aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit ab.
Validität	Menschenwürdige Arbeit sollte zumindest so viel Geld einbringen, dass dieses zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht und keine staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss. Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie häufig innerhalb einer Kommune der Fall eintritt, dass das Erwerbseinkommen nicht zur selbstständigen Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Voraussetzung für eine Erfassung in dieser Statistik ist allerdings, dass die Betroffenen einen Antrag auf Leistungen stellen.
Datenqualität	Neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind ab 2005 unter anderem auch 69 zugelassene kommunale Träger (zkT) Lieferanten dieser Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen, die in der BA zusammengeführt werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch.
Wechselwirkungen	Unmittelbare Wechselwirkungen bestehen mit den regionalökonomischen Strukturmerkmalen (z. B. Branchenstruktur, Durchschnittseinkommen, Produktivität oder Qualifikationsniveau – SDG 8 und 10).

9

SDG 9 – INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR

Kernindikator **Existenzgründungen**

Definition	Zahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom selbstständigen Dienstleistungsanbieter für den lokalen Markt (z. B. Friseur, Schnellimbisse) bis hin zum hoch innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. In der Regel handelt es sich um Selbstständige und kleinere Unternehmen. Eine hohe Gründerquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden und erfolgreiche Gründungen zumeist auch Arbeitsplätze nach sich ziehen. Nicht zuletzt stehen hinter Existenz-

gründungen Menschen, die ein hohes Maß an Leistungs- und Verantwortungsbe-reitschaft sowie Gestaltungswillen zeigen. Da Existenzgründungen für das zukünftige Wirtschaftswachstum von Bedeutung sind, haben sie im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.

Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise, die sich auf die Erreichung des Teilziels beziehen. Zwar führen Existenzgründungen nicht zwangsläufig zu Innovationen, dennoch ist eine positive Korrelation dieser beiden Größen nachgewiesen. Bei der Interpretation muss jedoch berücksichtigt werden, dass eine hohe Zahl an Existenzgründungen auch Teil einer schwachen Wirtschaftsstruktur mit hoher Arbeitslosigkeit sein kann.
Datenqualität	Einige Bereiche unterliegen nicht der Gewerbeordnung und sind damit in der Statistik nicht erfasst. Dazu gehören: freie Berufe, die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau oder die Versicherungen. Für die Wirtschaftsstruktur ist weniger die Anzahl als der Erfolg der Gründungen von Bedeutung (Lebensdauer, Umsatzentwicklung, geschaffene Arbeitsplätze, etc.). Eine hohe Gründungsquote kann auch Ausdruck einer eher schwachen Wirtschaftsstruktur sein, da Arbeitslosigkeit zu den häufigsten Beweggründen einer Existenzgründung gehört. Über die KfW, die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter werden Existenzgründungen als „Beschäftigungsmaßnahme“ gezielt gefördert.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen sind insbesondere mit solchen Indikatoren zu erwarten, die Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune liefern (SDG 8). Allerdings kann es hier unterschiedliche Wirkungsrichtungen geben. Einflussfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung können sich auch auf die Zahl der Existenzgründungen positiv auswirken. Gleichzeitig ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine negative wirtschaftliche Entwicklung als Anreiz für Existenzgründungen wirken kann.

Kernindikator **Hochqualifizierte**

Definition	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräftemangels ist ein hoher Anteil an Hochqualifizierten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und speziell der Innovationsfähigkeit zuträglich. Entscheidend für Kommunen ist die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Fachkräften bzw. ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und als Wohnort. Neben positiven ökonomischen Aspekten (wie z. B. höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer), sind weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf die Sozialstruktur und das öffentliche Leben möglich, sofern die Hochqualifizierten nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit.
Validität	Hochqualifiziertes Personal ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungs- und somit Zukunftsfähigkeit vieler Unternehmen. Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort ist dabei ein zentraler Standortfaktor für innovative Unternehmen und damit Voraussetzung für die Entstehung von Innovationen. Der Indikator besitzt also eine hohe Validität. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass dieser keine Informationen darüber liefert, ob der tatsächliche Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt und passgenau erfüllt werden kann.
Datenqualität	Bis 2011 wurden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-) Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 weicht der Stichtag einmalig auf den 31.12. ab. Die Daten können jedoch trotz Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Wechselwirkungen	Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort steht in engem Zusammenhang mit der Innovationskraft der ansässigen Unternehmen (SDG 9) sowie mit der lokalen Wirtschaftsleistung (SDG 8). Zu erwarten ist ein positiver Zusammenhang mit dem

Anteil der Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife (SDG 4), da diese zumindest zum Teil in der Region bleiben bzw. in diese zurückkehren und dort als hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Kernindikator Breitbandversorgung

Definition	Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit / s nutzen können
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Breitbandverfügbarkeit hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Als häufige Grundvoraussetzung für unternehmerisches Handeln wird die Breitbandversorgung verstärkt zum zentralen Standortfaktor. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit dem Breitbandinternet, z. B. durch die Ermöglichung der Arbeit im „Home-Office“. Hierdurch wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert. Auch elektronische Dienste vereinfachen die Erreichbarkeit von Dienstleistungen (e-Medizin, e-Government, etc.). Die Breitbandversorgung ist so zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen (Prinzip der Generationengerechtigkeit) hat dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Validität	Die Breitbandverfügbarkeit ist heute Teil einer zeitgemäßen Infrastrukturbereitstellung und oftmals Voraussetzung dafür, dass Unternehmen handeln und Innovationen hervorbringen können.

10

SDG 10 – WENIGER UNGLEICHHEITEN

Kernindikator Einkommensverteilung (Haushalte mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen)

Definition	<p>_____ Haushalte mit niedrigem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen bis 25.000 Euro pro Jahr</p> <p>_____ Haushalte mit mittlerem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro Jahr</p> <p>_____ Haushalte mit hohem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr</p>
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die persönliche Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation basiert nicht allein auf dem absoluten Wohlstandsniveau, sondern insbesondere auf der empfundenen Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung. Zwar können liberalisierte Arbeitsmärkte einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben, gleichzeitig tragen sie jedoch auch zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit bei. Empirische Untersuchungen zeigen, dass eine solche Entwicklung vor allem mit sozialen, aber auch ökonomischen Problemen einhergeht. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung hängt dabei eng mit dem Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zusammen, welche als eine der Grundformen sozialer Gerechtigkeit definiert wird und das friedliche Zusammenleben aktueller und zukünftiger Generationen sicherstellt.

Validität	Die Betrachtung von Einkommensklassen untersucht zwar nur einen Teilaspekt von sozialer Gleichheit, dennoch liefert sie wichtige Hinweise zum sozialen Gefälle innerhalb einer Kommune. Der Indikator liefert keine Informationen zur individuellen Einkommenssituation, sondern lediglich zur Einkommenssituation von Haushalten, deren Personenzahl nicht bekannt ist. Es kann also sein, dass Ein-Personen-Haushalte und auch Familien innerhalb einer Einkommensklasse verglichen werden. Je nach Personenzahl des Haushalts können also bereits mittlere Einkommen problematisch sein, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Hierdurch wird neben der Datenqualität auch die Validität des Indikators etwas eingeschränkt.
------------------	---

Datenqualität	Die Daten stammen von privaten Anbietern der Markt- und Sozialforschung. Bei der Erfassung der Kaufkraft und Ableitung der Haushalte nach Einkommensklassen handelt es sich nicht um eine statistische Erhebung, sondern um eine Berechnung unter Hinzuziehung vielfältigster Statistiken. Wegen methodischer Änderungen sind die Daten über verschiedene Jahre nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Diese Qualitätseinschränkungen müssen bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.
----------------------	--

Wechselwirkungen	Für die Einkommensverteilung bestehen Wechselwirkungen mit der Kinder-, Jugend- und Altersarmut, zur SGB II-/ SGB XII-Quote (SDG 1), zur Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8), zum Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (SDG 8), zur Schulabbrecherquote (SDG 8) und zur vorzeitigen Sterblichkeit (SDG 3).
-------------------------	--

Kernindikator Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt

Definition	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist definiert als der Anteil an Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, der sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Der betrachtete Indikator setzt diese Quote ins Verhältnis zur Beschäftigungsquote innerhalb der Gesamtbevölkerung und lässt auf diese Weise Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländerinnen und Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt zu. Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern sichert deren wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Ein Ausgleich der Lebensverhältnisse der Bewohner*innen nichtdeutscher und deutscher Staatsangehörigkeit ist somit von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung einer Kommune.

Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise zur ökonomischen Ungleichheit von Aus- und Inländern. Es ist zu beachten, dass Einwanderer zwar grundsätzlich im Arbeitsmarkt integriert sein können (d. h. in Beschäftigung sein), aber immer noch von Diskriminierung (z. B. in der Form niedrigerer Löhne) betroffen sind. Außerdem können durch Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht Zugewanderte in erster und nachfolgender Generation zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, trotzdem von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen sein.
------------------	---

Datenqualität	Es handelt sich um Daten der amtlichen Statistik. Prinzipiell ist die Qualität der Daten entsprechend als hoch einzuschätzen. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote jedoch nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen bestehen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.
----------------------	--

Wechselwirkungen

Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern wirkt Kinder- und Jugendarmut (SDG 1) entgegen, welche unter der ausländischen Bevölkerung besonders hoch sind. Genauso existieren Querbezüge zur Einkommensverteilung der Haushalte (SDG 10), zur SGB II-/XII-Quote (SDG 1) sowie zur Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8).

Kernindikator Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt

Definition	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Der betrachtete Indikator legt einen Fokus auf die Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern und setzt diese ins Verhältnis zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung. Die schulische Grundausbildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für soziale Teilhabe und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Insbesondere für Ausländerinnen und Ausländer, aber auch für die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kommune, ist die Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Grundausbildung von großer Bedeutung. Doch gerade die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist mit zahlreichen Schwierigkeiten bei der Integration in das Bildungssystem konfrontiert. Hier können fallspezifische Diskriminierungen vorliegen, aber auch systematische Faktoren, wie etwa unsichere Aufenthaltsverhältnisse.
Validität	Der Indikator bezieht sich schlüssig auf den gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen. Er liefert Informationen zu einer Bevölkerungsgruppe, die überdurchschnittlich häufig mit Problemen im Bildungssystem konfrontiert ist und daher häufig Gefahr läuft, in prekäre wirtschaftliche Situationen zu geraten. Durch den Vergleich der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern und der Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung wird deutlich, welches Ausmaß die Nachteile im Bildungsbereich für diese Bevölkerungsgruppe annehmen. Seit Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts erhalten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen des Bleiberechts der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. So werden diese in der Gruppe der ausländischen Schulabgänger nicht erfasst.
Datenqualität	Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten, und die Qualität der Daten ist entsprechend hoch. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden, dennoch muss grundsätzlich in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln.
Wechselwirkungen	Eine hohe Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern wirkt sich negativ auf deren Integration in den Arbeitsmarkt aus. Hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Beschäftigungsquote, die Langzeitarbeitslosigkeit, die SGB II-/SGB XII-Quote sowie für die Kinder-, Jugend- und Altersarmut.

11

SDG 11 – NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

Kernindikator Kommunalen Wohnungsbau

Definition	Anzahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Kommunaler Wohnungsbau ist eine wichtige Strategie, Mietpreise zu dämpfen und Bevölkerungsgruppen, die sich nur schwer auf dem Wohnungsmarkt versorgen können (unter anderem Studierende, Ältere, Alleinerziehende, Migranten, Arbeitslose oder Einkommensschwache), Wohnraum anzubieten. Im kommunalen Wohnungsbau kann auf die speziellen Bedürfnisse benachteiligter Personengruppen eingegangen und damit dem Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit entsprochen werden. Durch Nutzungsmischung bspw. kann eine wohnungsnah Grundversorgung sichergestellt werden. Außerdem kann durch entsprechende Anbindungen an den ÖPNV sowie Fuß- und Fahrradwegnetze eine umweltgerechte Mobilität gefördert und dadurch globale Verantwortung wahrgenommen werden. Wohnungsneubau ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die Reserven des vorhandenen Wohnungsbestandes ausgeschöpft sind (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit).
Validität	Der Indikator bildet das Ziel „Bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum sichern“ quantitativ ab. Über die Qualitäten des kommunalen Wohnungsbestandes können jedoch keine Aussagen getroffen werden.
Datenqualität	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sodass eine sehr gute Datenqualität vorliegt.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen unter anderem mit der lokalen Wirtschaft, da kommunale Wohnungsunternehmen je nach ihrer Größe auch Arbeitgeber und Ausbildungsstandorte sind, und dem Flächenverbrauch bzw. der Intensität der Flächennutzung. Des Weiteren erhöht ein geringes Mietniveau die Attraktivität der Kommune für die Bürger*innen und auch für Zuziehende. Schließlich können Bezüge zu umweltgerechter Mobilität hergestellt werden.

Kernindikator Mietpreise

Definition	Durchschnittliche Nettokaltmiete je m ²
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Thema „Wohnen“ nimmt eine zentrale Rolle im Leben der Menschen ein und hat daher eine elementare Bedeutung für deren Lebensqualität. Die eigene Wohnung wird im Wesentlichen als Ort der Geborgenheit, der Selbstbestimmtheit, der Sicherheit und der Gemeinschaft gesehen und damit als zentraler Ort des Ausgleichs zum Arbeitsplatz wahrgenommen. Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten gibt es oft große Engpässe in der Wohnraumversorgung. Gleichzeitig herrschen in anderen Städten und Gemeinden massive Abwanderungstendenzen mit einhergehenden Problemen bei der Wohnqualität. In beiden Fällen sind die ökonomische sowie die soziale Dimension betroffen und in beiden Fälle zeigen sich die Auswirkungen in den Mietpreisen.
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf den Preis des Wohnens und liefert daher wertvolle Informationen, ob in der Region bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist.
Datenqualität	Die Daten basieren auf einer Erhebung von Angebotsinseraten bei über 100 Online-Plattformen und Tageszeitung. Berücksichtigt wurden Wohnungen zwischen 40 und 130 m ² . Es handelt sich um Nettokaltmieten ohne Nebenkosten für

nicht-möblierte Wohnungen. Doppelte Erfassungen wurden systematisch bereinigt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen können die durchschnittlichen Mietpreise nur innerhalb von Ein-Euro-Klassengrenzen angegeben werden. Daten zu Bestandsmieten können auf diesem Wege nicht erhoben werden.

Wechselwirkungen Wechselwirkungen sind insbesondere zu allen Indikatoren zu erwarten, die Rückschlüsse auf die Wirtschaftsstruktur erlauben. So hängt der durchschnittliche Mietpreis mit dem BIP je Einwohner*in (SDG 8), den Existenzgründungen und dem Anteil von Hochqualifizierten (SDG 8) zusammen. Auch ein Zusammenhang mit der Sozialstruktur der Bevölkerung ist erkennbar (SDG 1 und 10).

Kernindikator	Modal Split
Definition	Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Transportaufkommens auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (i. d. R. Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV und MIV). Der Indikator vermittelt auf diese Weise ein Bild vom Mobilitätsverhalten innerhalb der Kommune. Dabei sollen langfristig die Anteile des nicht-motorisierten Verkehrs (d. h. Fuß- und Radverkehr) und des öffentlichen Personennahverkehrs gesteigert werden, um die Nachhaltigkeit der Verkehrssysteme zu sichern. Im Moment liegen für Deutschland noch keine flächendeckenden Daten auf kommunaler Ebene vor. Die entsprechenden Werte können jedoch über Bürgerbefragungen von jeder Kommune selbst erhoben werden.
Validität	Der Indikator bildet den Anteil der verschiedenen Verkehrssysteme aufschlussreich ab und kann somit als Basis für eine Bedarfsanalyse dienen.

Kernindikator	Motorisierungsgrad
Definition	Anzahl der privaten Pkw pro 1.000 Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Allein der Pkw-Besitz stellt bereits eine Umweltbelastung dar, da das Fahrzeug eine Abstellfläche benötigt und damit zum Flächenverbrauch beiträgt. Wird der Pkw genutzt, verbraucht er fossile Brennstoffe, emittiert Feinstaub, CO ₂ und weitere Luftschadstoffe sowie Lärm und beeinträchtigt damit die Gesundheit und Lebensqualität der Bewohner*innen vor Ort, aber auch global. Die Einflussnahme auf den Motorisierungsgrad folgt dem Nachhaltigkeitsprinzip der globalen Verantwortung (Klimaschutz; effizienter Ressourceneinsatz) und damit gleichzeitig dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit. Zudem leben Personen mit geringerem Sozialstatus häufiger an vielbefahrenen Straßen und sind damit den beeinträchtigenden Wirkungen des Verkehrs stärker ausgesetzt, sodass auch die intragenerative Gerechtigkeit betroffen ist.
Validität	Der Motorisierungsgrad misst den Aspekt „MIV reduzieren“; die weitergehenden Aspekte des zugehörigen Ziels der Reduzierung der Emissionen bzw. des Energie- oder Flächenverbrauchs stehen zwar in einem engen Wirkungszusammenhang, werden durch den Indikator aber nicht abgebildet.
Datenqualität	Beim Kraftfahrt-Bundesamt wurden bis einschließlich 2007 stillgelegte Pkw (z. B. Cabriolets) mit erfasst; zudem war bis dahin der Erstwohnsitz des Halters ausschlaggebend, ab 2008 der Standort des Wagens. Deshalb weichen diese Daten mitunter von den kommunalen Daten ab. Zu beachten ist auch, dass große Unternehmen, Carsharing-Anbieter und Autoverleiher ihre Fahrzeugflotte oftmals an einem Standort anmelden. Dies kann den Wert verzerren; aus diesem Grund wird hier empfohlen, möglichst nur privat angemeldete Fahrzeuge zu berücksichtigen.

Wechselwirkungen Weitergehende Erkenntnisse ließen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Erschließung mit Bus und Bahn, dem CO₂-Ausstoß des Verkehrs und der Lärmbelastung gesetzt würde, da trotz guter ÖPNV-Erschließung die Zahl der zugelassenen Pkw nicht sinkt, oder – positiv gewendet – etwa durch umweltfreundliche Antriebe trotz überdurchschnittlichem Pkw-Besitz der verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß niedrig ist. Es besteht kein statistischer Zusammenhang zur Zahl der Verunglückten im Verkehr; dennoch könnte ein Wirkungsbezug postuliert werden.

Kernindikator	Verunglückte im Verkehr
Definition	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Weltweit sind Verkehrsunfälle – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes – die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Insgesamt ereignen sich in Deutschland jährlich rund 300.000 Unfälle mit Personenschäden, was ca. 800 Unfällen mit Verletzungen oder Todesfolgen pro Tag entspricht. Die gesellschaftlichen Kosten, die sich aus den Gesundheitsschäden und Verkehrsauswirkungen dieser Unfälle ergeben, sind beträchtlich und betreffen daher das Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit. Doch auch innerhalb einer Generation bestehen Ungleichheiten in der Verkehrssicherheit, da bestimmte Personengruppen und insbesondere Kinder erhöht gefährdet sind. Daher müssen präventive Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen.
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die Verkehrssicherheit und deckt damit den Kernaspekt des Teilziels treffend ab.
Datenqualität	Die Daten enthalten keine Angaben zu nicht gemeldeten Verkehrsunfällen, die sich allerdings weitestgehend auf Sachschäden und geringfügige Personenschäden beschränken und damit die Datenqualität nicht bedeutsam beeinflussen.
Wechselwirkungen	Für den Indikator sind insbesondere Wechselwirkungen mit dem Modal Split (SDG 11) zu erwarten.

Kernindikator	Flächenverbrauch
Definition	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche
Nachhaltigkeitsrelevanz	Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche innerhalb Deutschlands im Zeitraum zwischen 1992 und 2015 jeden Tag um durchschnittlich 104 ha zu. Insgesamt beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche des Bundesgebiets (beschrieben durch „Flächenverbrauch“ oder „Flächeninanspruchnahme“) inzwischen ca. 40 %. Diese stetige Zunahme führt zu einem Verlust wichtiger Bodenfunktionen und einer Entwertung von Naturräumen. Außerdem wird hierdurch die Entstehung von Hochwasser begünstigt. Bundesweit soll bis zum Jahr 2030 der durchschnittliche tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 20 ha reduziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels ist es nötig, dass auch auf kommunaler Ebene entsprechende Schritte eingeleitet werden, die zu einer nachhaltigen Flächennutzung beitragen können. In besonderem Maße sollte also die zeitliche Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche betrachtet werden.
Validität	Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er das Ziel einer nachhaltigen Gestaltung der Verstädterung zum Ausdruck bringt. Allerdings kann eine Reduzierung der Siedlungs- und Verkehrsfläche allein keine nachhaltige Verstädterung gewährleisten.
Datenqualität	Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird von allen Gemeinden ohne Einschränkungen erfasst. Allerdings ist diese statistische Erfassung bundesweit nicht einheitlich

geregelt, wodurch kleinere Einschränkungen bei der Datenqualität entstehen. Auch Änderungen im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit über verschiedene Jahre ein.

Wechselwirkungen Der Indikator interagiert mit der Branchenstruktur (SDG 8), dem Angebot der Erholungsflächen (SDG 11) und der Bevölkerungsentwicklung. Besonders interessant kann in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Intensität der Flächennutzung sein (SDG 11). Dieser Indikator setzt die Siedlungs- und Verkehrsfläche ins Verhältnis zur Bevölkerung.

Kernindikator Intensität der Flächennutzung

Definition Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner*in

Nachhaltigkeitsrelevanz Analog zum Indikator Flächenverbrauch stehen auch hier das Ziel der Verringerung der Neuinanspruchnahme von Flächen und die Entwicklung kompakterer Siedlungs- und Infrastrukturen im Vordergrund. Der Indikator setzt die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bezug zu den Einwohner*innen und fokussiert daher weniger auf die „Kompaktheit“ der Gesamtfläche wie der Indikator „Flächenverbrauch“, sondern auf den Flächenverbrauch pro Einwohner*in. Diese rechnerische „Verfügbarkeit“ von Fläche pro Einwohner*in ist keine reale und lässt dadurch auch nur begrenzt Wertungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit zu; sie muss vielmehr mit anderen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren in Bezug gesetzt werden.

Validität Im Hinblick auf die Ausnutzung von kommunalen Flächen gibt die Relation von Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Einwohnerzahl hinreichend Aufschluss über eine effektive Flächennutzung. Allerdings werden unter „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ verschiedenste Flächentypen erfasst, die eine Effizienzbewertung nicht ausreichend gewährleisten.

Datenqualität Einschränkungen ergeben sich unter anderem dadurch, dass die statistische Erfassung von Flächendaten bundesweit nicht einheitlich geregelt ist.

Wechselwirkungen Es können weitere Erkenntnisse gewonnen werden, wenn Kennzahlen zur Wirtschaftsstruktur (z. B. Branchenstruktur, Flächenbedarf von Arbeitsplätzen), zur wohnungsnahen Grundversorgung und andere Indikatoren zur Flächennutzung (z. B. Umgang mit Flächen) in Beziehung gesetzt werden.

Kernindikator Flächenbedarf von Arbeitsplätzen

Definition Anzahl der Arbeitsplätze nach Gewerbefläche

Nachhaltigkeitsrelevanz Viele Kommunen versuchen über die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ökonomisches Wachstum und damit Einnahmen für die Kommune zu generieren. Diese Ansiedlungspolitik führt zu einem wachsenden Flächenverbrauch. Flächen stellen eine begrenzte natürliche Ressource dar, die nach einer Bebauung nachfolgenden Generationen nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Eine flächenspar-same Ansiedlungspolitik, die der Wiedernutzung von Brachflächen Priorität einräumt, spart Erschließungskosten und trägt zur Reduktion der Flächenversiegelung bei. Durch die Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Anforderungen entspricht dieser Indikator den Prinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit.

Validität Eine nicht unerhebliche Anzahl der Arbeitsplätze liegt außerhalb ausgewiesener Gewerbeflächen. Büronutzungen werden bei diesem Indikator grundsätzlich besser bewertet als flächenintensivere Nutzungen des produzierenden Gewerbes. Flächenintensive Nutzungen, wie z. B. Lagerhaltung oder Gärtnerei, können aufgrund geringer Emissionen und einer geringen Bodenversiegelung – trotz des Flächenverbrauchs – sehr nachhaltig sein.

Datenqualität Die Daten haben eine hohe Qualität, d. h. sie werden vollständig erfasst.

Wechselwirkungen Der Indikator steht in Wechselwirkung mit den Bodenpreisen, ökonomischen Kennzahlen, wie z. B. der Branchenstruktur und dem Arbeitsplatzangebot, aber auch mit ökologischen Kennzahlen, wie z. B. der Flächenversiegelung, Abwassermengen und dem Energieverbrauch sowie den Folgekosten für die Kommunen für die ÖPNV-Erschließung und dem Erhalt der weiteren Infrastruktur (Kanalisation, Breitbandversorgung etc.). Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenübergestellt wird: Ein niedriges BIP und eine gleichzeitig geringe Arbeitsplatzproduktivität sind besonders problematisch.

Kernindikator Naherholungsflächen

Definition Erholungsflächen pro Einwohner*in

Nachhaltigkeitsrelevanz Erholungsflächen umfassen unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Zu diesen Flächen gehören unter anderem Grünanlagen, Parks, Schrebergärten sowie Sportflächen und Campingplätze. Erholungsflächen erfüllen wichtige soziale, ökologische und ökonomische Funktionen. So haben Erholungsflächen einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben jedoch auch einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung insbesondere in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können. Letztlich sind Erholungsflächen aber auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit von ökonomischer Relevanz.

Validität Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er sich direkt auf das regionale Angebot an Grün- bzw. Erholungsflächen bezieht. Er liefert jedoch keine Informationen dazu, ob die bereitgestellten Erholungsflächen sicher und inklusiv sind und von den genannten Bevölkerungsgruppen genutzt werden.

Datenqualität Durch regelmäßige und flächendeckende Vermessungen und Kartierungen ist die Datenqualität hoch. Änderungen und Unterschiede im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit des Indikators sowohl im räumlichen als auch im zeitlichen Kontext etwas ein.

Wechselwirkungen Der Indikator weist Wechselwirkungen mit zahlreichen ökologischen Indikatoren (v. a. Flächenverbrauch, Naturschutzflächen und Indikatoren der biologischen Vielfalt, SDG 11 und 15) sowie Indikatoren zum preiswerten Wohnraum (insbesondere Mietpreisentwicklung, SDG 11) auf. Zudem sind Interdependenzen mit der Luftqualität (SDG 3) zu erwarten.

12 SDG 12 – VERANTWORTUNGSVOLLE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER

Kernindikator Trinkwasserverbrauch

Definition Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) pro Einwohner*in und Tag

Nachhaltigkeitsrelevanz Insgesamt gesehen ist Deutschland ein wasserreiches Land. Vom jährlichen Wasserdargebot, d. h. der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, wird nur ein geringer Prozentsatz entnommen und

nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt. 2014 wurden in Deutschland im Schnitt 121 Liter Wasser pro Tag und Einwohner*in verbraucht, wobei der Verbrauch seit den 1990er Jahren stark rückläufig ist. Diese Entwicklung zeigt das wachsende Bewusstsein für den sorgsamen Umgang mit Wasser. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der in Deutschland auch weiterhin sorgsam umgegangen werden sollte. Insbesondere die Entnahme von Tiefenwasser, welche in zahlreichen Regionen stattfindet, kann langfristig zu einer Reduzierung der Grundwasserreserven führen und damit das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit beeinträchtigen.

Validität	Wasser gehört zu den wichtigsten natürlichen Ressourcen. Eine schonende und effiziente Nutzung dieser Ressource muss also zentrales Ziel sein und kann durch den betrachteten Indikator abgebildet werden. Die Validität ist daher hoch.
Datenqualität	Es handelt sich um eine amtliche Statistik, die Qualität der Daten ist also grundsätzlich hoch. Für einen kleinen Teil der Kreise in Deutschland liegen allerdings keine Zahlen vor. Neun Prozent des Pro-Kopf-Verbrauchs entfallen auf das Kleingewerbe, das statistisch mit dem Haushaltsverbrauch zusammengefasst wird. Hierdurch ist die Datenqualität minimal eingeschränkt.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen können mit der Intensität der Flächennutzung (SDG 15) auftreten; z. B. verbrauchen Haushalte in Strukturen mit freistehenden Einfamilienhäusern und Gärten mehr Wasser als Haushalte in dicht bebauten Gebieten.

Kernindikator Abfallmenge

Definition	Entsorgte Abfallmenge je Einwohner*in
Nachhaltigkeitsrelevanz	Eine nachhaltige Abfallpolitik hat das Ziel der Schonung natürlicher Ressourcen und der Verminderung von Emissionen. Die Abfallvermeidung ist dabei zentrales Anliegen von Abfallpolitik und besitzt laut Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrGW) die höchste Priorität in der fünfstufigen Abfallhierarchie. Abfallvermeidung kann unter anderem über eine ressourceneffiziente Produktion oder über ein umsichtiges Verbraucherverhalten erreicht werden. Da durch eine reduzierte Abfallmenge der Rohstoffbedarf der gesamten Volkswirtschaft reduziert werden kann, ist die Abfallvermeidung und somit die Reduzierung der Abfallmenge eine globale Verantwortung der staatlichen und kommunalen Politik.
Validität	Der Vermeidung von Abfall kommt in der fünfstufigen Abfallhierarchie höchste Priorität zu. Die vermiedene Abfallmenge lässt sich jedoch nicht beobachten. Über die entsorgte Abfallmenge je Einwohner*in lässt sich allerdings ein Rückschluss auf die Dringlichkeit und den nötigen Umfang der Abfallvermeidung ziehen.
Datenqualität	Es handelt sich um Daten aus einer amtlichen Statistik, d. h. die Datenqualität ist grundsätzlich hoch. Die Erhebung der Abfallentsorgung wird bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Anlagen durchgeführt, die eigene oder von Dritten übernommene Abfälle entsorgen. Es existieren keine Informationen darüber, ob die entsorgten Abfälle auch vor Ort entstanden sind, was zu Einschränkungen bei der Datenqualität führt. Zusätzlich sind in der Statistik bis 2005 keine Angaben zu betriebseigenen Abfällen enthalten.
Wechselwirkungen	Ein Anstieg der Produktionsmenge (d. h. des Bruttoinlandsprodukts, SDG 8) ist in der Regel mit einer höheren Abfallmenge verbunden, wobei langfristig eine Entkoppelung dieser beiden Größen erfolgen sollte. Auf der Produktionsseite kann dies durch ein betriebsinternes Umweltmanagement erreicht werden, was unter anderem durch das Umweltmanagement- und Auditsystem EMAS (SDG 12) unterstützt wird.

Kernindikator EMAS-zertifizierte Standorte

Definition	Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Betriebe
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Naturgütern die optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und – sofern möglich – gleichzeitig Kosteneinsparungen zu ermöglichen. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist eines von mehreren Zertifizierungssystemen (neben beispielsweise ISO14001, ÖKOPROFIT, QuB). Ein Öko-Zertifikat dient der Imagepflege des Unternehmens, da es werbewirksam eingesetzt werden kann. Auch einige Großunternehmen (z. B. in der Automobilindustrie) verlangen von ihren Zulieferbetrieben eine Umwelt-Zertifizierung. Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie wird mit der Zertifizierung das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit verfolgt. Die Förderung des Umweltschutzes wird aber auch der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit gerecht.
Validität	Die Anzahl der EMAS-zertifizierten Standorte bildet das Ziel einer nachhaltigen Produktionsweise sinnvoll ab. Die Validität des Indikators ist daher hoch. Allerdings ist EMAS nur eines von mehreren Zertifizierungssystemen. Zudem legen viele Unternehmen Wert auf nachhaltige Produktionsweisen und eine entsprechende Berichterstattung ohne Zertifizierungen zu besitzen. Der Indikator kann somit nur zum Teil die Verbreitung nachhaltiger Produktionsweisen anzeigen.

13

SDG 13 – MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Kernindikator Kommunalen Wohnungsbau

Definition	<p>_____ CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte: CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte je Einwohner*in</p> <p>_____ CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Einwohner*in</p> <p>_____ CO₂-Ausstoß des Verkehrs: CO₂-Ausstoß des Verkehrs je Einwohner*in</p>
Nachhaltigkeitsrelevanz	Internationale Bestrebungen zur Festlegung langfristiger Ziele zur Minderung der weltweiten CO ₂ -Emissionen erfordern auch Anstrengungen auf der kommunalen Ebene. Um Vergleiche zwischen Kommunen zu ermöglichen, braucht es eine regional und zeitlich vergleichbare Bilanzierung der CO ₂ -Emissionen nach dem Verursacherprinzip. Der vorgeschlagene Indikator setzt die produzierte Menge an CO ₂ -Emissionen, differenziert hinsichtlich unterschiedlicher Gruppen von Emittenten, in Bezug zur Einwohnerzahl der Kommune. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO ₂ -Ausstoß vergleichbar. Hierbei ist zu beachten, dass regionale Unterschiede vor dem Hintergrund der Branchenstruktur, der Nähe zu Autobahnen und anderen regionalen Faktoren interpretiert werden müssen. Der Indikator steht in direktem Bezug zum Unterziel und zu SDG 13, insofern CO ₂ ein Stoff ist, der neben weiteren zum Klimawandel beiträgt. Die Verringerung des CO ₂ -Ausstoßes ist verankertes Ziel sowohl auf Bundes- wie auch auf Länderebene. Es adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.

Validität Der CO₂-Ausstoß kann durch Klimaschutzmaßnahmen reduziert werden. Solche Maßnahmen müssen auch auf der kommunalen Ebene implementiert werden, um nationale und internationale Ziele zu erreichen.

14

SDG 14 – LEBEN UNTER WASSER

Kernindikator Fließwasserqualität

Definition Anteil der Fließgewässer mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“, „gut“ und „mäßig“

Nachhaltigkeitsrelevanz Ein unzureichender ökologischer Zustand von Fließgewässern ist in den meisten Fällen auf übermäßige Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, auf Verbauungen und Begradigungen sowie auf die Einleitung von unbehandeltem bzw. mangelhaft behandeltem Abwasser zurückzuführen. Da Fließgewässer im Meer münden, hat deren Qualität auch Einfluss auf die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen. Eine Messung des ökologischen Zustands der Fließgewässer erfolgt nach der Wasserrahmenrichtlinie anhand von physiko-chemischen, hydromorphologischen und biologischen Qualitätskomponenten. Je höher die Abweichung vom natürlichen Zustand, desto geringer die Wasserqualität. Die Bewertungsskala reicht dabei über fünf Stufen von „sehr gut“ bis „schlecht“. Der Indikator gibt den Anteil der Fließgewässer innerhalb der Kommune an, die mindestens Güteklasse III erreichen.

Validität Der Indikator bezieht sich direkt auf eine Möglichkeit der Meeresverschmutzung, welche vom Land ausgeht. Der Validität des Indikators ist daher gegeben.

15

SDG 15 – LEBEN AN LAND

Kernindikator Naturschutzflächen

Definition Anteil der Naturschutzflächen (Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) an der Gesamtfläche

Nachhaltigkeitsrelevanz Die Sicherung biologischer Vielfalt erfordert ausreichend große Flächen, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann. Nur so können wildlebende Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume geschützt werden. Innerhalb ausgewiesener Naturschutzflächen ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich geordnet. Zu diesen Flächen gehören z. B. Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks. Der betrachtete Indikator gibt an, welchen Anteil diese Flächen an der kommunalen Gesamtfläche einnehmen.

Validität Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel, die Validität des Indikators ist daher hoch.

Kernindikator Nachhaltige Forstwirtschaft

Definition Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC bzw. FSC an der gesamten Waldfläche

Nachhaltigkeitsrelevanz Das PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council) vergeben Zertifizierungen an solche Waldflächen, die besonders hohe Anforderungen an die Nachhaltigkeit und an die Umweltverträglichkeit der Waldbewirtschaftung erfüllen. Der betrachtete Indikator, der den Anteil der zertifizierten Flächen an der gesamten Waldfläche misst, bezieht sich daher direkt auf das ausgewählte Unterziel. Innerhalb Deutschlands tragen dabei ca. 7 % der Waldflächen das Zertifikat des FSC und ca. zwei Drittel der Waldflächen das Zertifikat des PEFC. Die notwendigen Daten zur Erstellung dieses Indikators stehen derzeit nur auf Bundes- und Länderebene zur Verfügung.

Validität Der Indikator bezieht sich direkt auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, die Validität ist daher hoch.

Kernindikator Landschaftsqualität und Artenvielfalt

Definition Entwicklung der Bestände von Vogelarten

Nachhaltigkeitsrelevanz Der Indikator beschreibt den Zustand der Landschaftsqualität, welche durch die quantitative Bestandsentwicklung repräsentativer Vogelarten dargestellt wird. Die ausgewählten Vogelarten reagieren sensibel auf Veränderungen der Flächennutzung, weshalb Aussagen zur Nachhaltigkeit der Flächennutzung gemacht werden können. Für die Beurteilung des Indikators wird ein Zielwert festgelegt, der unter Einhaltung von Naturschutzregelungen und Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung eingehalten werden kann. Eine Methode zur Festlegung dieses Zielwerts findet sich in Achtziger et al. (2004). Auf diese Weise lässt sich in jedem Jahr überprüfen, wie nahe die tatsächlich beobachteten Vogelbestände diesem Zielwert kommen. Signifikante Abweichungen deuten darauf hin, dass Regelungen und nachhaltige Leitlinien in der Flächennutzung missachtet wurden. Für Deutschland weist der Indikator seit Jahren einen negativen Trend auf und lag im Jahr 2013 nur noch bei 68 %.

Validität Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel. Die Validität ist daher sehr hoch.

16

SDG 16 – FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

Kernindikator Straftaten

Definition Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner*innen

Nachhaltigkeitsrelevanz Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Eine am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Kommune sollte demnach eine Reduzierung der Anzahl der Straftaten zum Ziel haben, als Indikator eines objektiv höheren Sicherheitsniveaus der Bürger*innen. Im Jahr 2016 wurden innerhalb Deutschlands ca. 6,37 Millionen Straftaten registriert. Der betrachtete Indikator setzt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten innerhalb einer Kommune ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und vermittelt dadurch ein Bild der Sicherheitslage.

Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf den Aspekt der Kriminalität und liefert Informationen zu deren Ausmaß. Aufgrund dieser wichtigen Informationen besitzt der Indikator eine hohe Validität.
Datenqualität	Die Daten stammen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und werden auf Grundlage der Daten der 16 Landeskriminalämter erstellt. Die Qualität der Daten ist daher sehr hoch.
Wechselwirkungen	Kriminalität liegt insbesondere in Regionen mit hohen Armutsraten (SDG 1) und hohen Langzeitarbeitslosenquoten (SDG 8) vor. Der Grund ist ein doppelter. Zum einen ist die polizeilich erfasste Kriminalität bei der armen Bevölkerung überdurchschnittlich. Zum anderen finden Straftaten überdurchschnittlich in innerstädtischen Gegenden statt, die von Ärmern bewohnt werden, ohne dass die Täter unbedingt aus der lokalen Bevölkerung kommen.

Kernindikator Verschuldung im Kernhaushalt

Definition	Verschuldung im Kernhaushalt je Einwohner*in
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Haushaltslage einer Kommune hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und nachfolgender Generationen. Eine hohe kommunale Verschuldung beeinträchtigt die ökonomischen, sozialen und auch ökologischen Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Infrastruktur, soziale Leistungen, Wasserqualität). Ein hoher Schuldendienst mindert die Investitionsquote, worunter z. B. Erhalt, Ausbau und Anpassung der lokalen Infrastruktur leiden. Das Problem verschärft sich, wenn die Schulden nicht abgebaut werden können. Dies bedeutet für nachfolgende Generationen unter Umständen, dass die gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gesichert werden können, sodass hier in der mittel- bzw. langfristigen Perspektive das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit betroffen ist.
Validität	Der Indikator bezieht sich insbesondere auf die finanzielle Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit, welche mit zunehmender Verschuldung eingeschränkt wird. Somit wird ein wichtiger Aspekt des Unterziels abgedeckt. Allerdings existieren keine Informationen darüber, inwieweit der Schuldenlast sinnvolle Investitionen gegenüber stehen oder inwieweit die jeweiligen Kommunen in der Lage sind, die Schulden zu tilgen. Ein hoher Verschuldungsgrad erhöht jedoch das Risiko, bei strukturellen oder konjunkturellen Abschwüngen, den Schuldendienst schlechter bedienen zu können. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Indikator nur die Verschuldung im Kernhaushalt, nicht aber im „Konzern Kommune“ abbildet. Die Verschuldung von ausgelagerten Bereichen, d. h. beispielsweise von kommunalen Unternehmen, wird durch den Indikator nicht dargestellt. Strategische Auslagerungen führen zu einer Unterschätzung der kommunalen Verschuldung mittels der Schuldenlast der Kernhaushalte.
Datenqualität	Die kommunale Verschuldung bezieht sich auf die Schulden der Kernhaushalte der Kommune. Die Qualität der Daten ist hoch.
Wechselwirkungen	Kommunale Schulden werden (neben vielen weiteren Faktoren) von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (SDG 8), dem Bedarf bei der Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben, insbesondere Sozialleistungen abhängig von Armutsquoten (SDG 1), sowie dem regionalen Investitionsbedarf beeinflusst. Wirtschaftliche Schwäche kann zu höheren Schulden führen, da Investitionen oder gar laufende Ausgaben nicht anders finanziert werden können als über Verschuldung. Wirtschaftsstarke Kommunen haben dagegen die Möglichkeit, tendenziell mehr Schulden aufzunehmen, da sie diese leichter zurückzahlen können.

Kernindikator Informelle Bürgerbeteiligung

Definition	Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren pro 1.000 Einwohner*innen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren beschreiben unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die nicht gesetzlich geregelt und darauf ausgerichtet sind, die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung zu beeinflussen. Die Verfahren sind in erster Linie an einem Austausch von Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen orientiert und finden im Idealfall in den frühen Phasen der politischen Willensbildung statt. Die Ausgestaltung dieser informellen Beteiligungsverfahren kann dabei sehr unterschiedliche Formen annehmen (z. B. Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Bürgerversammlungen, Runde Tische). Der Indikator liefert Informationen darüber, welche Bedeutung solche informellen Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb der Kommune haben und kann daher Aufschluss darüber geben, wie partizipatorisch die Meinungsfindung innerhalb der Kommune verläuft.
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel und verfügt somit über eine hohe Validität.

17

SDG 17 – PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

Kernindikator Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

Definition	Anteil der kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die ODA-Quote (Official Development Assistance) beschreibt den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen. In Deutschland betrug diese Quote im Jahr 2016 0,7 %. Entwicklungspolitik fällt zwar in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, dennoch hat sich in vielen Ländern und auch Kommunen Entwicklungszusammenarbeit als freiwillige Aufgabe etabliert. Unter kommunale Entwicklungszusammenarbeit fallen verschiedene Maßnahmen, wie z. B. kommunale Partnerschaften, projektbezogene Kooperationen, Vorträge und Ausstellungen sowie Austauschprogramme für Studierende. Flächendeckende Daten liegen auf kommunaler Ebene bislang nicht vor. Ein Grund hierfür ist unter anderem die Unklarheit darüber, welche Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit zuzurechnen sind.
Validität	Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Die Validität des Indikators ist daher hoch.

Kernindikator Ausgaben für fair gehandelte Produkte

Definition	Anteil der kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte
Nachhaltigkeitsrelevanz	Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeuger*innen der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt. Er unterstützt dabei eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit sowie das Gemeinwesen vor Ort. Als

öffentliche Auftraggeber können Kommunen fairen Handel aktiv befördern, indem sie primär fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die unter Verletzung sozialer oder ökologischer Mindeststandards hergestellt wurden. Der betrachtete Indikator bemisst die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte im Verhältnis zu den kommunalen Gesamtausgaben und liefert daher Aufschluss darüber, welche Bedeutung das Thema des fairen Handels für die Kommune besitzt. Auch wenn bislang keine zentrale Verfügbarkeit der Daten gegeben ist, können die Kommunen diesen Indikator für sich selbst ermitteln und nutzen.

Validität

Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß des fairen Handels. Die Idee des Indikators zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu unterstützen.

**GLOBAL
DENKEN
LOKAL
HANDELN**

